Deutschland: Pleitegeier im Anflug S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

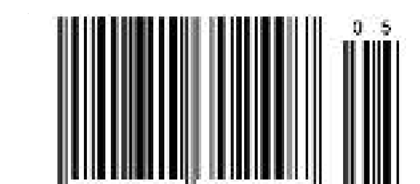
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 5 – 4. Februar 2012

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Von Freunden umzingelt: Schon jetzt hat die deutsche Kanzlerin sich viele Versprechen abringen lassen

Bild: J. Eisele/dapd

Schiere Hilflosigkeit

Experten verurteilen Merkels »Fiskalpakt« als zahnlosen Tiger

Experten geben Merkels EU-„Fiskalpakt“ kaum Chancen. Deutschland treibt immer schneller in den Strudel der maroden Euro-Partner.

Wieder spricht Angela Merkel nach einem EU-Gipfel von einem „Erfolg“, doch immer weniger wollen ihr glauben. Der von der Kanzlerin durchgesetzte „Fiskalpakt“ findet vor den Augen der Fachwelt keine Gnade: Als „zahnlosen Tiger“ verspotten Experten den Vertrag der 25 EU-Länder (ohne Großbritannien und Tschechien), künftig auf ihre Haushaltsdisziplin zu achten.

Denn dass dieses Versprechen in die Praxis umgesetzt werden kann, ist ziemlich unwahrscheinlich. Als wahrscheinlich darf gelten, dass der Pakt den gleichen Weg geht wie sein Vorgänger, die sogenannten „Maastrichter Stabilitätskriterien“, die nicht einmal von Deutschland und Frankreich eingehalten wurden und heute nur noch graue Erinnerung sind.

Dabei ist schon fraglich, ob die Staaten die vereinbarte Schuldenbremse überhaupt in ihr nationales Recht übernehmen. In Frankreich wird im April und Mai ein neuer Präsident gewählt. Der aussichtsreiche Kandidat der Sozialisten, François Hollande, hat bereits sein Nein zur Schuldenbremse angekündigt. In Spanien sehen Autonome Regionen wie Katalonien ihre verfassungsmäßigen Rechte beschnitten und wollen klagen. Und Länder wie Griechenland haben noch alles unterschrieben, ohne auch nur die Absicht zu hegen, sich daran zu halten.

> Deutschlands Pleite rückt in den Bereich des Möglichen

Auch wenn der Pakt alle nationale Hürden nähme, bliebe er vermutlich unwirksam, da Verstöße nur geahndet werden, wenn Staaten sich gegenseitig anzeigen, was kaum geschehen dürfte. Und selbst dann kann ein Strafverfahren noch mit „qualifizierter Mehrheit“ von den übrigen Ländern gestoppt werden.

Deutschland sieht sich zunehmend eingekreist von einer Koalition, die deutsche Stabilitätsanforderungen nur theoretisch erfüllt, dafür bei der Forderung nach immer mehr deutschem Geld aber sehr real wird. Dabei rückt die Horrorvision einer finanziellen Überforderung, sprich: Pleite der Bundesrepublik zunehmend in den Bereich des Möglichen (siehe Seite 7).

So erweist sich der „Fiskalpakt“ als Produkt schierer Hilflosigkeit einer Politik, die sich in ihren eigenen Illusionen und ideologischen Blockaden verfangen hat. Und die mit Formelkompromissen bloß die eigene Hilflosigkeit zuzudecken versucht.

Die harte Realität lässt solche Scheinerfolge indes immer schneller auffliegen. Griechenlands Pleite ist offensichtlich. Was auf Deutschland zukommt, wenn alle Gelder der Europäischen Zentralbank (EZB), des IWF und der Euro-Partner, die sinnlos nach Hellas gepumpt wurden, verlorengehen, ist kaum abzusehen – und Griecheland ist nur der Anfang. Auf die Frage der *PAZ*, wie die EZB ihre Verluste im Falle eines Athener Bankrotts ausgleichen will, antwortete ein Sprecher der Notenbank, das könne er „leider nicht kommentieren“. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Verschweigen

Einen deutschen Staatsakt hätte er verdient, bekommen hat Friedrich der Große lediglich einen von den Bundesländern Brandenburg und Berlin ausgerichteten Festakt. Immerhin, durch die Anwesenheit des Bundespräsidenten erhielt die Feier aus Anlass des 300. Geburtstages des Preußenkönigs doch noch etwas Staatstragendes.

Dabei hat Christian Wulff bewiesen, dass man über das Preußentum reden kann, ohne dessen herausragende Merkmale zu erwähnen. Dafür hat er dankbar die Steilvorlage angenommen, die ihm Friedrich gegeben hat, um auf sein Lieblingsthema Integration zu sprechen zu kommen. Vorbildlich sei Friedrichs Einwanderungspolitik und jeder in Preußen willkommen gewesen. Die Botschaft des Staatsoberhauptes an seine Landeskinder, sich des großen Königs zu besinnen und nett zu den Zuwanderern zu sein, war dann auch unüberhörbar. Was Wulff wohlweislich verschwieg, war, dass Friedrich zwar nichts dagegen hatte, dass Fremde „das Land peublieren“, er „liederliche Leute und solche, die sich besaufen und der Völlerei hingeben“, jedoch nicht im Lande haben wollte. Im Klartext heißt das: Zuwanderer ja, aber nur solche, die anständig sind und dem Staat nicht auf der Tasche liegen. Eine Politik der Vernunft eben. Davon will Wulff freilich nichts hören, denn das ist ja nicht nett und bringt angeblich Unfrieden in die von ihm so geschätzte „bunte Republik“.

Auch über die preußischen Tugenden wollte der Bundespräsident besser nicht reden. Ein Appell, Aufrichtigkeit, Pflichtbewusstsein, Redlichkeit und Unbestechlichkeit zu üben, hätte aus seinem Mund auch nur wie blanker Hohn geklungen.

Kampf gegen das System

»Die Linke« strebt eine andere Republik an

Der Parteichef der Partei „Die Linke“, Klaus Ernst, fordert vom Verfassungsschutz, binnen einer Woche die Zahl und Namen der ausgeforschten Abgeordneten zu nennen. Andernfalls müsse ein Untersuchungsausschuss eingerichtet werden.

Die Empörung spitzte sich zu, als bekannt wurde, dass Politiker der Linkspartei schärfer unter Beobachtung stehen als bisher angenommen. 27 Bundestagsabgeordnete der SED-Nachfolgepartei sollen in einigen Landesämtern auch mit geheimdienstlichen Mitteln wie Abhören oder dem Einsatz von V-Leuten überwacht worden sein.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) verteidigt die Überwachung der Partei „Die Linke“. Sie sei vollkommen gerechtfertigt. Den Grund dafür liefert die Partei selbst. Das im Oktober 2011 verabschiedete Parteiprogramm zeige „keinerlei Mäßigung, sondern eher eine Verschärfung“. In ihm wird die Überwindung des Kapitalismus und die Etablierung eines neuen Gesellschafts- und Ordnungssystems angestrebt. Der linke Bundestagsabgeordnete Harald Koch äußerte beispielsweise: „Wer von uns Linken meint, nur für den demokratischen Sozialismus zu kämpfen, ebnet dennoch den Weg zum Kommunismus.“

> Offene Sympathie mit Terrororganisationen

Weitere Gründe für die Beobachtung sind die Zugehörigkeit von Teilen der Linken zu extremistischen Gruppierungen wie der Kommunistischen Plattform, der Sozialistischen Linken, des Marxistischen Forums oder der Arbeitsgemeinschaft Cuba Si. Andere unterstützten Terrororganisationen wie die PKK und hätten kein Problem damit, wenn bei Demonstrationen Gewalttaten verübt werden. Genügend Gründe also, dass der Staat einmal nicht nur nach Rechts schaut (siehe Seite 8). *MRK*

Pentagon schürt Angst

USA warnen vor iranischer Atombombe und erhöhen Truppenpräsenz

Nach Einschätzung der US-Regierung kann der Iran innerhalb der kommenden zwölf Monate eine Atombombe herstellen. Zwei weitere Jahre werde es dauern, bis ein Trägersystem entwickelt und die Waffe damit einsetzbar sei, so Verteidigungsminister Leon Panetta in einem Fernsehinterview. Panetta ließ keinen Zweifel daran, dass seine Regierung es nicht zulassen werde, dass der Iran in den Besitz von Atomwaffen gelange. Um das zu verhindern, gebe es „keine Optionen, die nicht auf dem Tisch sind“. Selbst ein militärisches Vorgehen gegen den Iran sei nicht ausgeschlossen. Um seine Entschlossenheit zu demonstrieren, lässt US-Präsident Barack Obama seine Truppen auf den strategisch wichtigen Inseln Sokotra am Ostausgang des Golfs von Aden und Masira am Südausgang der Straße von Hormus massiv verstärken.

> US-Nuklearexperte: »Keine Bedrohung«

Clinton Bastian, Atomwissenschaftler, früherer Sicherheitsberater, Abrüstungsexperte und Direktor für die Produktion von Nuklearmaterial und Komponenten für Kernwaffen im US-Energieministerium, sieht dagegen keine Bedrohung durch das iranische Atomprogramm. In einem offenen Brief an Obama legt er detailliert dar, dass es keine militärische Nutzung des „vollständig gesicherten“ (fully safeguarded) und überwachten iranischen Nuklearprogramms gebe und auf viele Jahre aus Kapazitätsgründen auch nicht geben könne.

Unterdessen hat die iranische Regierung den Kontrolleuren der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA den ungehinderten Zugang zu allen atomaren Anlagen im Land zugesagt. Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchener Sicherheitskonferenz, warnt dennoch davor, die Gefahr zu unterschätzen. Er betont aber auch, es dürfe „am Ende nicht nur die Antwort Krieg geben“. *Jan Heitmann*

(siehe Kommentar Seite 8)

Zwischenruf

Antisemitmismus

Eine vor wenigen Tagen vorgelegte Studie gibt Auskunft über die antisemitische Einstellung der Menschen in Deutschland. Demnach haben rund 20 Prozent der in dieser Republik lebenden Personen eine mehr oder weniger stark ausgeprägte antisemitische Einstellung. Sie ist fast immer verbunden mit rassistischen und extremistischen Vorurteilen.

Die *PAZ* hat in ihrer über 60-jährigen Geschichte nie Zweifel aufkommen lassen: Antisemitismus darf keinen Platz in Deutschland haben. Die Freundschaft und Unterstützung Israels gehört zur Staatsraison Deutschlands. Gleichwohl wirft die Studie Fragen auf. Inwieweit wird der Antisemitismus in Deutschland befeuert durch die nach Hundertausenden zählende Einbürgerung von Menschen aus den islamischen Ländern? Es ist ja bekannt, dass in der Vergangenheit gelegentlich antisemitische Straftaten zunächst bundesdeutschen Neonazis zugerechnet wurden; erst im Zuge der Ermittlungen wurden islamische Glaubenskrieger als Täter ausgemacht. Angeblich soll der Antisemitismus in Polen heute stärker ausgeprägt sein als in Deutschland. Wenn dem so ist? Wie viel von dieser Geisteshaltung schwappt herüber in die neuen Bundesländer?



An der Studie sollen Wissenschaftler, Politiker und Verbandsvertreter mitgearbeitet haben. Man hätte gerne gewusst, wer beteiligt war. Es gibt nicht wenige „Aufklärer“ in Deutschland, die hauptberuflich – bezahlt mit Steuergeld – ein Interesse haben, die Belastung der Gesellschaft durch Antisemitismus, Rassismus und (rechts-)extremes Gedankengut hochzuhalten. Anderenfalls könnten sie arbeitslos werden.

Unstrittig, nicht jeder glatzköpfige antisemitische Parolen brüllende Skinhead ist überzeugter Antisemit. Nicht ganz wenige aus dieser Gruppe laufen bei den unverbesserlichen Demagogen mit, weil sie durch ihren Tabubruch auf sich aufmerksam machen wollen. Es sind Menschen der jungen Generation, arbeitslos, denen diese Republik keine Ideale vermittelt hat.

Wilhelm v. Gottberg

London deckt Stasi-Agenten

Geheimdienste im Visier: Großbritannien verhindert Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit

Das DDR-Regime ließ nicht nur Deutsche auf mittel- und westdeutschem Boden agieren, auch Nicht-Deutsche spitzelten im Auftrag von Ostberlin im Ausland. Doch bisher ist dieses Kapitel der DDR-Vergangenheit kaum erforscht, auch weil das Ausland abblockt.

Briten und Amerikaner in Stasi-Diensten? Dass Bürger westlicher Länder als Stasi-Mitarbeiter in der öffentlichen Wahrnehmung bisher kaum eine Rolle spielen, hat nicht nur mit dem Vernichten von Akten in den Wendejahren 1989/90 zu tun. Bis heute halten die USA und Großbritannien von der Stasi erbeutetes Material zurück: Würde man einen Wettbewerb veranstalten, welcher Nachrichtendienst die wenigsten Spuren in den Archiven hinterlassen hat, gäbe es einen klaren Anwärter für eine Spitzenposition: die militärische Aufklärung der NVA. Einige wenige enttarnte Agenten in Westeuropa, einige Zeitzeugen und eine Handvoll Akten im Bundesarchiv sind schon fast alles, was man mit dem 1990 aufgelösten Nachrichtendienst noch in Verbindung bringen kann.

Die geheime Truppe, die den Ruf hatte, recht effektiv zu arbeiten, ist heute nur noch das Spezialgebiet einiger Historiker und Geheimdienstexperten. Nicht ganz so erfolgreich beim Beseitigen von Spuren war die Auslandsspionage der Staatssicherheit, die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS. Das Beseitigen von schriftlichem Material ist ihr nur teilweise gelungen. Zum Debakel geriet sogar der Versuch, hochbrisante Daten beim KGB in Sicherheit zu bringen. Wie es dem CIA gelungen ist, das unter der Bezeichnung „Rosenholz“-Datei bekannt gewordene Material an sich zu bringen, ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Kolportiert

Wie die CIA an die Informationen kam, bleibt ein Geheimnis

wird, dass die Bestechung eines Mitarbeiters in der Ostberliner KGB-Residentur eine entscheidende Rolle gespielt hat. Unbestritten ist allerdings die Bedeutung des von der CIA erbeuteten Materials: Nicht nur die Ergebnisse der Stasi-Auslandsspionage wurden rekonstruierbar, sondern auch die Identitäten der angeworbenen Agenten in Westeuropa und den USA.

Nach hartnäckigem Bemühen durch die Bundesregierung wurden zwischen 1999 und 2003 durch die US-Behörden Kopien der „Rosenholz“-Datei an Deutschland übergeben. Das übergebene Material kam nicht nur reichlich spät, es ist auch bis heute unvollständig: Auf den insgesamt 381 Datenträgern, die an Deutschland übergeben wurden, fehlt Material, das sich auf nichtdeutsche Stasi-Agenten in Westeuropa bezieht. Diese Daten wurden von den Amerikanern zwar den betreffenden Staaten ausgehändigt, aber nicht Deutschland.



Unvollständige CD-Sammlung: 2003 übergab die CIA der deutschen Stasi-Unterlagenbehörde sichergestellte Informationen über nicht-deutsche Stasi-Agenten. Doch es fehlten die Daten über Westeuropäer. Bild: M. Kappeler/dapd

Die Regierungen von Norwegen, Dänemark und Schweden haben inzwischen signalisiert, dass sie die Datenbestände, die sie von der CIA erhalten haben, Deutschland zugänglich machen wollen. Auf Granit gebissen ist die deutsche Anfrage allerdings im Falle Großbritanniens. Obwohl für die wissenschaftliche Forschung die Zusammenführung der Datenbestän-

Technik wie aus einem James-Bond-Film

de dringend nötig wäre, wird eine Einsichtnahme bisher strikt abgelehnt. Gestützt auf Angaben des britischen Inlandsgeheimdienstes MI5 wurden im Jahr 1999 vom damaligen Innenminister Jack Straw gegenüber Parlamentariern angegeben, dass etwa 100 Briten für die Stasi gearbeitet hätten. Zumindest in juristischer Hinsicht scheint diese Zusammenarbeit in keinem einzigen Fall Folgen gehabt zu haben.

Anthony Glees, Professor an der University of Buckingham, gab gegenüber dem „Guardian“ an, dass es in Großbritannien bisher keine Verurteilung wegen Spionage für die Stasi gegeben habe. Über den modus operandi, auf den sich der Inlandsgeheimdienst MI5 und die enttarnten Agenten geeinigt haben, kann man nur spekulieren.

Ähnlichen Pragmatismus kennzeichnet auch die britische Auslandsspionage durch den MI6. Bereits 2006 sah er sich Vorwürfen russischer Behörden ausgesetzt. Außer der „üblichen“ Spionage ging es bei den damaligen Vorwürfen um die verdeckte Unterstützung auf von Bürgerrechtsgruppen. Dass es sich damals nicht um russische Paranoia gehandelt hat, wurde vor kurzem durch eine Dokumentation des Senders BBC2 aufgedeckt. Die russischen Vorwürfe waren zutreffend, wie Jonathan Powell, ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter Tony Blairs, gegenüber der BBC bestätigte.

Die damals vom britischen Botschafter vehement bestrittene geheime finanzielle Unterstützung von Bürgerrechtsgruppen gehört eigentlich zum Standardrepertoire von Nachrichtendiensten. Mehr aus einem James-Bond-Film könnten allerdings Geräte stammen, die dem russischen FSB im Zusammenhang mit den damaligen britischen Aktionen aufgefallen waren. Als moderne Variante des „Toten Briefkastens“ nutzte der MI6 Mini-Computer zur Datenübermittlung. In Steinattrappen eingebaut, wurden die Computer unauffällig am Rande Moskauer Straßen deponiert und konnten per Funk von Agenten mit Daten beschrieben und ebenfalls per Funk im Vorbeigehen oder Fahren ausgelesen werden. *Norman Hanert*

Was sie Demokratie nennen

Wien: Vereinigte Linke im Einsatz gegen einen Traditionsball

Die „Opernball-Demo“ galt jahrzehntelang als Pflichttermin für heimische Linke und Chaoten und zog auch immer deutsche „Demo-Touristen“ an. Zuletzt allerdings wurde der Zulauf deutlich schwächer, und 2010 gab es nicht einmal mehr einen Internetaufruf. Doch ein Ersatzanlass war bereits propagandistisch aufgebaut und auch genutzt worden: Der WKR-Ball, seit 1952 vom Wiener Korporationsring, einer Arbeitsgemeinschaft national-liberaler Hochschulkorporationen, jeweils am letzten Freitag im Januar veranstaltet, seit mehr als vier Jahrzehnten in der Wiener Hofburg.

Auch diesmal setzte es ein Trommelfeuer von Linken, Grünen und der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), die den Ball ein Treffen von „Rechtsextremisten“, „Neonazis“ und dergleichen nennen. Besonders empört gab sich IKG-Präsident Ariel Muzicant, weil der Ball-Freitag auf den 27. Januar fiel, den die Uno 2005 zum Holocaust-Gedenktag erklärt hat.

Es gab eine „Aktionswoche gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus“ mit einem „Demo- und Blockadetraining“. Taxifahrer wurden in mehrsprachigen Flugblättern aufgefordert, keine Ballgäste zu befördern. Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) untersagte Heeres- und Milizangehörigen die Ballteilnahme in Uniform. Die Unesco hatte wegen des WKR-Balls – wie durch Zufall gerade noch rechtzeitig – die Bezeichnung „Wiener Bälle“ gleich

Taxifahrer wurden aufgefordert, keine Ballgäste zu befördern

ganz aus der Liste des immateriellen Weltkulturerbes gestrichen. Und die Hofburg-Betriebsgesellschaft verkündete, die Räumlichkeiten 2013 nicht mehr an den WKR zu vermieten – so wie ja auch die FPÖ, die heute in Umfragen gleichauf mit der SPÖ liegt, schon wiederholt damit konfrontiert war, dass man ihr aus Angst vor linkem Terror Veranstaltungsräume nicht vermietete.

Am Ball-Abend standen dann 1200 Polizisten etwa 3000 Demonstranten gegenüber, die versuchten, zur Hofburg vorzudringen und Gäste am Zugang zu hindern. Späher auf Fahrrädern erkundeten Schwachstellen der Einsatzkräfte, denen „Deeskalation“ befohlen worden war, und dirigierten ihre Genossen dorthin – das übliche Katz- und Mausspiel. Mehrere Ballgäste und Polizisten wurden verletzt, es gab 20 Festnahmen, und bei einem deutschen Demonstranten wurde ein Sprengsatz sichergestellt. Angezeigt wurden auch Sachbeschädigungen und eine Brandstiftung.

Der Ball wurde dann erst mit einstündiger Verspätung von FPÖ-Chef Heinz Christian Strache eröffnet, der auch wieder zahlreiche Studenten und Alte Herren aus Deutschland und der Schweiz begrüßen konnte sowie als besonderen Gast die französische Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen. Er kündigte an, die Diffamierungen und der lasche Polizeieinsatz würden ein „parlamentarisches Nachspiel“ haben.

Die Wiener Anarcho-Szene ist übrigens gut vernetzt mit Berlin, Hamburg, Lausanne und Marseille, und ein anarchistischer Versandhandel hat seinen Sitz in Wien. *R. G. Kerschhofer*

Schwere Kindheit

Prozess gegen Piraten neigt sich dem Ende

Ein beispielloser Prozess neigt sich nach 71 Verhandlungstagen und 14 Monaten dem Ende zu. Angeklagt sind in Hamburg zehn Somalier, die im April 2010 das deutsche Containerschiff „Taipan“ gekapert hatten und auf frischer Tat ertappt worden waren. Angesichts der eigentlich eindeutigen Sachlage – ein niederländisches Spezialkommando hatte die mutmaßlichen Piraten direkt auf der „Taipan“ überwältigt – hatten Beobachter auf einen „kurzen Prozess“ gehofft. Doch die 20 Verteidiger der Angeklagten zogen mit unzähligen Anträgen das Verfahren immer wieder in die Länge. Erst musste das Alter festgestellt, dann die Ausflüchte der Somalier behandelt werden. „Ich bin kein Seeräuber“, behauptete der eine; andere wollten für das hohe Honorar von 500 Dollar nur zum „Fischen“ gefahren sein. Die meisten gaben an, unter Zwang gehandelt zu haben. Erziehungsdefizite, Korruption, Gewalt, zerrüttete Familienverhältnisse und leergefischte Meere vor der Küste Somalias mussten als Ausflüchte herhalten.

Kreative Ausflüchte der Angeklagten

In ihrem dreistündigen Schlussplädoyer forderte die Oberstaatsanwältin Friederike Dopke dennoch hohe Freiheitsstrafen zwischen vier und elfeinhalb Jahren. Auch in Anbetracht strafmildernder Umstände sei die „hochprofessionelle, quasi militärische Tatbegehung“ zu würdigen gewesen. Mit fünf Maschinengewehren und zwei Raketenwerfern stürmten die Piraten das mit Nato-Stacheldraht gesicherte Schiff, das einen Wert von 20 Millionen Euro gehabt habe. Ohne das geistesgegenwärtige Handeln des Kapitäns, der sofort SOS gefunkt und die Mannschaft in einem Panikraum gesichert habe, wäre das Schiff vollständig in der Hand der Piraten gewesen. Für den 49-jährigen Ahmed A. kam erschwerend hinzu, dass er wenige Wochen zuvor bei einer ähnlichen Attacke vom niederländischen Militär aufgegriffen worden war. Die Verteidiger zeigten sich empört über die Höhe des geforderten Strafmaßes und wollen in zehn Schlussplädoyers mildere Strafen erreichen. Das Urteil soll Ende März verkündet werden. *Hinrich E. Bues*

Die Schulden-Uhr:

Karlsruhe

Wie in der Euro-Gemeinschaft gibt es auch in der Bundesrepublik auf Seiten der Geberländer Versuche der Politik, zumindest zu suggerieren, dass man die Nehmerländer zum Sparen zwingen wolle. Bayerns CSU macht da keine Ausnahme. So ist nun ein internes CSU-Papier an die Öffentlichkeit gelangt, in dem als Ziel festgehalten wird: „Keine Zahlungen mehr aus dem Länderfinanzausgleich erhalten künftig Länder, die die Schuldenbremse missachten oder die bereits jetzt auf eine Verfehlung der Nullneuverschuldung 2020 hinsteuern.“ Für dieses Ziel müsse man notfalls im Alleingang vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. *M.R.*

2.032.977.605.915 €

Vorwoche: 2.032.179.190.203 €
Verschuldung pro Kopf: 24.853 €
Vorwoche: 24.843 €

(Dienstag, 31. Januar 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Berlin verdreckt

Von VERA LENGSFELD

Wer wissen will, wie sehr der Versorgungsstaat die Menschen demoralisiert und zu einer Verlotterung der Sitten führt, der kann das an unserer Hauptstadt studieren. Ende Januar liegen immer noch Weihnachtsbäume am Straßenrand. Sobald stärkerer Wind weht, werden sie entweder auf die Fahrbahn vor die Kühlerhauben der Autos getrieben oder landen auf dem Kinderwagen, der über den Bürgersteig geschoben wird. Dazu braucht man inzwischen gewisse Fertigkeiten, besonders, wenn man noch ein Kind an der Hand hat.

Die Gehwege, selbst in den bürgerlichen Vierteln, verwandeln sich immer mehr in wilde Mülldeponien. Wo er geht und steht, lässt der versorgte Bürger seine nicht mehr benötigten Reste fallen. Pappbecher, Plasteteller, Tüten, Kartons liegen auf Schritt und Tritt herum. Die sind wenigstens ungefährlich. Die häufig anzutreffenden zerschlagenen Bier- und Schnapsflaschen stellen dagegen eine erhebliche Gefährdung, besonders für Kinder, dar.

Da kann man schon froh sein, wenn man nur in Hundekot tritt.

Rücksichtsvolle Mitmenschen haben ihre vierbeinigen Lieblinge inzwischen darauf trainiert, mit ihren Hinterlassenschaften die Ziegelmäuerchen der Vorgärten zu dekorieren. Das beleidigt zwar das Auge, schont dafür die Schuhe. An die allgegenwärtige Graffiti hat man sich gewöhnt. Einige Hausbesitzer versuchen, die Schmierereien zügig zu beseitigen, die Sprayer sind aber meist schnell wieder zur Stelle.

In den Parks findet man immer wieder Brandstellen von nächtlichen offenen Feuern. Parkbänke werden regelmäßig zertrümmert, Papierkörbe aus den Halterungen gerissen. Auf Spielplätzen finden Eltern häufig zerstörte Spielgeräte vor. In den Sandkästen erleichtern sich nicht nur Hunde, auch Besucher der nahe gelegene „Tafel“ entsorgen ihr Morgenbier schamlos auf der Spielstätte der Kleinsten.

Höflichkeit und Rücksichtnahme waren gestern. Beim Besteigen der immer seltener fahrenden, oft überfüllten S-Bahnen gilt das Recht des Stärkeren. Es wird nicht gewartet, bis alle Aussteigenden draußen sind, sondern rabiat gedrängelt, um einen der begehrten Plätze zu ergattern. Eine Chance hat man nur, wenn der Fahrgast, der mit seinem Rucksack einen Sitz blockiert, einschätzt, dass er bei einer Auseinandersetzung den Kürzeren ziehen würde.

Das sind Schlaglichter einer Gesellschaft, in der nicht mehr Verantwortlichkeit und Bürgersinn gefördert werden, sondern die Versorgung propagiert wird, auch für Menschen, die in der Lage wären, für sich selbst zu sorgen. Mit dem Versorgungsniveau steigt die Wohlstandsverwahrlosung. Es ist Zeit, diesen Trend umzukehren.

Sprachlos auf dem Schulhof

Mehrere hundert Roma-Kinder überfordern Berlins Schulen – Tausende noch auf der Straße



Politik des Wegschauens gescheitert: Roma in Berlin entwickeln sich zum sozialen Sprengstoff

Bild: Ullstein

Schüler, die kein Wort Deutsch sprechen, und Eltern, die mangels Sprachkenntnisse auch nicht „erreichbar“ sind. Das sind nur einige der Probleme, mit denen Berlins Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) bei einem Besuch von Schulen konfrontiert wurde.

Seit einigen Jahren steigt an mehreren Berliner Schulen die Zahl von Roma-Kindern, die über keine Deutschkenntnisse verfügen. „Wir brauchen jetzt Hilfe von der Bildungsverwaltung“ – Der dramatische Hilferuf des Lehrer-Kollegiums der Hermann-Schulz-Grundschule an Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) hatte zumindest schon mal einen Erfolg. Der Besuch der Senatorin lenkte den Blick der Öffentlichkeit auf ein Problem, dem sich immer mehr Berliner Lehranstalten gegenübersehen: Die Zahl von Schülern, die „über keinerlei Deutschkenntnisse verfügten“ (siehe auch Seite 5 und Seite 8), steigen.

Hintergrund ist der lebhafte Zuzug von Roma-Familien aus Bulgarien und Rumänien. Allein in Dezember sind 16 Kinder ohne jegliche Deutschkenntnisse der Reinickendorfer Schule zugewiesen worden. Bereits jetzt existiert dort eine erste Klasse, in der jedes fünfte Kind ohne Deutschkenntnisse den Schulbesuch beginnt. „Auch der begabteste Pädagoge kann unter dieser Voraussetzung keinen für alle Kinder zufriedenstellenden Unterricht durchführen“, heißt es dazu im Brief der Lehrer. Die Forderungen des Lehrer-Kollegiums sind eindeutig: Kleinklassen und mehr Lehrerpersonal, damit die Roma-Kinder überhaupt erst einmal Deutsch lernen können. Bis die Schulsenatorin nun öffentlichkeitswirksam insgesamt drei betroffene Schulen besucht hat, fühlten sich die Lehrer mit ihren Problemen alleingelassen: Erst nach monatelangem Bitten hat der Oberschulrat des Bezirks der Schule nun zeitlich begrenzte Lerngruppen und zusätzliches Lehrpersonal zumindest in Aussicht gestellt.

Auch wenn derzeit der Blick auf die Probleme in Reinickendorf gelenkt wurde, im Bezirk Neukölln sind die Probleme im Zusammenhang mit den Roma-Kindern schon länger und in einer ganz anderen Größenordnung bekannt. Bereits seit dem Jahr 2007, in dem Rumänien und Bulgarien der EU beigetreten sind, verzeichnet der Bezirk wachsende Zuzugszahlen von Roma. Die Neuköllner Hans-Fallada-Grundschule hat 90 Roma-Schüler aufgenommen, wodurch sie bereits 20 Prozent der Schülerschaft ausmachen.

Der nun ins Licht der Öffentlichkeit gerückte Ansturm nicht deutschsprechender Kinder auf Berliner Lehranstalten ist allerdings nur die Spitze eines Eisbergs: Die Befragung eines Quartiersmanagements in Nord-Neukölln ergab, dass mehr als 80 Prozent der rumänischen und bulgarischen Kinder in dem untersuchten Wohngebiet überhaupt nicht zur Schule gehen. Rechnet man diese Zahl anhand der 400 bis 500 Schulanmeldungen von Roma-Kindern hoch, bedeutet dies, dass mehrere tausend Kinder derzeit auf den Straßen Berlins heranwachsen, ohne je eine Schule zu besuchen.

Dieses Drama spielt sich quasi in einer juristischen Grauzone ab. Die Heimatländer der Zigeuner, Bulgarien und Rumänien, sind am Schicksal der Kinder offensichtlich nicht interessiert. Doch solange die Eltern der Kinder nicht polizeilich in Berlin angemeldet sind, unterliegen die Kinder auch nicht der deutschen Schulpflicht, sondern theoretisch der in ihren Heimatstaaten, denen dies offenkundig schnuppe ist.

80 Prozent ignorieren die Schulpflicht

Sollte der Senat seine bisherige Strategie des Wegschauens beibehalten, dann wächst derzeit in Berlins Straßen sozialer Sprengstoff heran. Eine politische Strategie des Senats in Bezug zum wachsenden Ansturm von Roma ist allerdings nicht erkennbar. Noch vor zwei Jahren wurden in einigen Fällen Geldprämien für die Rückkehr in die Heimatländer bezahlt. Die Maßnahmen der letzten Zeit deuten indes mehr darauf hin, dass sich der Senat darauf einrichtet, dass Roma zunehmend in der Stadt bleiben werden.

Die damit verbundenen Probleme werden derweil vom Senat weitgehend ignoriert. Nicht nur mit der eigentlich unmöglichen Unterrichtung von 1384 Schülern verschiedenster Nationalitäten, die im Jahr 2011 in Berlin eingeschult wurden, ohne überhaupt Deutschkenntnisse zu haben, fühlen sich die Lehrer alleingelassen. Vor allem im sozialen Brennpunktbezirk Neukölln ist zudem die Sicherheitsfrage an den Schulen zu einem Dauerbrenner geworden. In einer bundesweit einmaligen Aktion ließ der Bezirk seit dem Jahr 2007 an 15 Schulen ein Wachschutzunternehmen für Sicherheit sorgen. Die Kosten, die der Bezirk jährlich aufbringen musste, betrugen immerhin 700 000 Euro.

Die Zahl der Gewalttaten an den bewachten Schulen verminderte sich immerhin deutlich – zumindest, bis das Projekt aus Kostengründen im vergangenen Jahr eingestellt wurde. Inzwischen liegt die Forderung auf Fortführungen des Projekts auf dem Tisch. Der traurige Anlass: Anfang Januar entdeckten Schüler Drogensüchtige, die gerade dabei waren, sich Spritzen zu setzen, auf der Toilette einer Neuköllner Schule. Die Kosten für einen Sicherheitsdienst, der dafür sorgt, dass keine Fremden auf das Schulgelände gelangen, kann der Bezirk allerdings nicht mehr stemmen – und der Senat fühlt sich nicht zuständig. *Norman Hanert*

Streit um Marx-Monument

Ramsauer will DDR-Denkmal aus Berlins Mitte verbannen

In der Hauptstadt tobt eine Kontroverse um den Abbau des Marx-Engels-Denkmals in Berlin-Mitte. Nach den Vorstellungen von Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) sollte das Denkmal, das schon 1986 bei seinem Aufbau im Ostteil der Stadt umstritten war, auf den Friedhof Friedrichsfelde in Berlin-Lichtenberg verbracht werden, wo viele kommunistische Veteranen liegen.

Linke-Fraktionschef Gregor Gysi beschimpfte Ramsauer daraufhin als „Kulturschänder“ und behauptete, Marx und Engels seien die bedeutendsten deutschen Philosophen und Ökonomen. Bausenator Michael Müller (SPD) wies Ramsauers Vorschlag als „geschichtsvergessen“ zurück.

Überraschende Unterstützung erhalten die Marx-Engels-Freunde von der CDU-Bundestagsabgeordneten Monika Grütters. Grütters gilt als Vertreterin des profiliert linken CDU-Flügels. Ramsauers Vorschlag nannte Grütters „Polemik“, die „den Berlinern nicht liegt“. Da irrt sie möglicherweise: Laut Umfrage der Zeitung „B.Z.“ sind 75 Prozent der Berliner dafür, die Ikonen des Bolschewismus nach Lichtenberg zu verlegen.

Statue drei Jahre vor dem Mauerfall aufgestellt

Die DDR-Bürgerrechtlerin, CDU-Politikerin und *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld ist verärgert: „Das Denkmal stand gerade mal drei Jahre, als die SED-Diktatur gestürzt wurde. Als es 1986 aufgestellt wurde, war es umstritten … Daraus nachträglich ein Geschichtsereignis zu konstruieren, das unbedingt für die Nachwelt am ursprünglichen Ort bewahrt werden muss, ist Teil der Legendenbildung, die von der Linken seit dem Untergang der DDR betrieben wird.“

Aber auch einflussreiche Leute in der Berliner CDU haben die Nase voll von Grütters Marx-freundlichen Aktivitäten: Der Kreuzberger CDU-Chef Kurt Wansner meint: „Das ist ein guter Denkanstoß von Ramsauer“, der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Robbin Juhnke, ist dafür, das Denkmal abzuräumen, weil es am derzeitigen Standort nicht mehr den stadtplanerischen Erfordernissen entspreche und es nicht notwendig sei, jedes DDR-Relikt an solch zentraler Stelle aufzubewahren. Torsten Hippe, kommunaler Faktionschef im mitgliederstärksten CDU-Kreisverband Zehlendorf Steglitz, erklärte gegenüber dieser Zeitung, das Denkmal „gehört weder künstlerisch noch seinem Zweck nach in die Mitte Berlins, es ist hingegen Personenkult aus der DDR“. *Theo Maass*

Lage brenzlig

Zahlen zur Kriminalität an der Grenze

Wie angespannt die Sicherheitslage in den Gemeinden entlang von Oder und Neiße ist, machen aktuelle Zahlen des Brandenburger Innenministeriums deutlich: Selbst ohne die noch nicht vorliegenden Daten vom vierten Quartal 2011 summierte sich der Schaden durch Diebstähle in der Grenzregion vergangenes Jahr auf 8,8 Millionen Euro.

Mit den noch ausstehenden Daten für das vierte Quartal dürfte der Gesamtschaden höher als im Jahr 2010 ausfallen, als durch Diebstähle Kosten von 10,9 Millionen Euro verursacht wurden. Noch im Jahr 2009 waren lediglich 7,8 Millionen Euro zu verzeichnen. Den steigenden Schäden stehen sinkende Aufklärungsquoten in den 25 Grenzgemeinden gegenüber: Wurden im Jahr 2009 noch 33,4 Prozent der Diebstähle aufgeklärt, so ist die Quote in den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 auf nur noch 29,9 Prozent abgesunken. Sogar lediglich 15 Prozent betrug die Aufklärungsquote bei Autodiebstählen laut den bisher vorliegenden Daten.

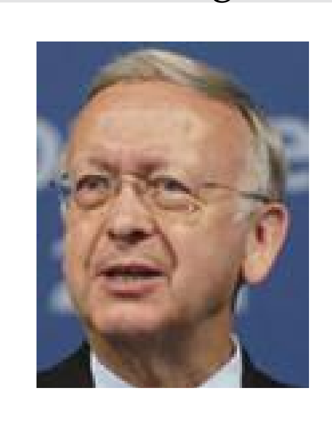
Mehr Taten, weniger Aufklärung

Zumindest vorübergehend könnte sich die Lage durch drei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei entspannen, die seit Jahresbeginn im Grenzgebiet im Einsatz sind. Der nur bis zum März befristete Einsatz hat bereits zu einigen Aufklärungserfolgen geführt, vor allem in der Uckermark. Allerdings scheinen selbst die nun aufgebotenen Hundertschaften auf Diebe noch nicht sehr abschreckend zu wirken: Im Spree-Neiße-Kreis hatte das Deutsche Rote Kreuz in der Nacht vom 20. zum 21. Januar den Diebstahl von gleich vier Transportfahrzeugen zu beklagen. *N.H.*

Öl-Funde in der Lausitz

In Brandenburgs Niederlausitz vermuten Geologen 15 Millionen Tonnen Öl. In rund 2800 Metern Tiefe befinden sich demnach mögliche Rohstoffquellen. Im Herbst sollen weitere Bohrungen Aufschluss über das bisher unbekannte Vorkommen geben. Nicht zum ersten Mal wird in der Mark nach Erdöl gesucht. Bereits die DDR förderte das schwarze Gold. Bis auf einen Bohrturm nahe Küstrin sind diese Quellen jedoch versiegt. Seit Jahren hoffen Privatinvestoren auf neue Funde. Die deutsch-kanadische Firma Central European Petroleum GmbH (CEP) glaubt nach zahlreichen Testbohrungen nun eine ölführende Gesteinsschicht entdeckt zu haben. Nahe der Stadt Goyatz zeigen Erdmessungen mögliche Lagerstätten. Die Firma wertete dazu nicht nur frühere Daten aus, sondern unternahm über Jahre jeweils Millionen Euro teure Bohrungen. Die insgesamt dazu eingesetzten 40 Millionen Euro stammen laut CEP ausschließlich von Privatinvestoren. *SV*

Zeitzeugen



Bernard Meyer – Der 1948 geborene Ingenieur übernahm 1982 die Leitung des Familienunternehmens Meyer-Werft im ostfriesischen Papenburg. Unter seiner Regie wurde mit dem Bau von Luxus-Kreuzfahrtschiffen ein neuer Geschäftszweig erschlossen. Innovativ denkend, wie es der über 200-jährigen Familientradition entspricht, entwickelte Meyer auch völlig neuartige Fertigungsmethoden. So kann das Unternehmen mit seinen 2500 Mitarbeitern trotz immer härterer internationaler Konkurrenz durchaus optimistisch in die Zukunft blicken.



Peter Deilmann – Der 1935 in Travemünde geborene Schifffahrtskaufmann machte sich 1968 selbständig, veranstaltete Tagesausflüge mit kleinen Angelkuttern. 1973 kaufte er ein ausgemustertes norwegisches Postschiff und verdiente gutes Geld mit „Butterfahrten“ nach Dänemark. 1979 setzte er seine Vision von einer „deutschen Kreuzfahrttradition“ um, seit 1996 mit der als ZDF-Traumschiff bekannten „MS Deutschland“. Sie ist bis heute das einzige unter deutscher Flagge laufende Kreuzfahrtschiff. Möglicherweise haben die dadurch verursachten höheren Personalkosten und Sicherheitsstandards dazu geführt, dass die Reederei 2009 in Insolvenz ging. Deilmann musste dies nicht mehr miterleben; seit seinem Tode 2003 wurde das Unternehmen von seinen Töchtern Gisa und Hedda geleitet.



Francesco Schettino – Der 1959 in Meta di Sorrento bei Neapel geborene Italiener arbeitet seit zehn Jahren für die Kreuzfahrtreederei Costa Crociere in Genua. Bevor er 2006 das Kommando auf der Brücke übernahm, war er als Offizier für die Sicherheit an Bord verantwortlich, was nach der Havarie der „Costa Concordia“ geradezu makaber erscheint. Denn offensichtlich hat der Kapitän das Unglück durch bodenlosen Leichtsinn verursacht und dann während der Evakuierung der Passagiere und Besatzungsmitglieder das exakte Gegenteil von seemännischem Verhalten gezeigt. Ob er aber wirklich das „schwarze Schaf“ unter den vorzugsweise in blütenweißer Gala-Uniform auftretenden Kreuzfahrtkapitänen ist oder vielleicht doch nicht ganz so eigenmächtig gehandelt hat, muss nun die italienische Justiz klären.

Als der Luxus schwimmen lernte

Vor Ort in Papenburg: Das Milliardengeschäft mit den Kreuzfahrtschiffen

Während andere deutsche Werften Pleite gehen, ist die Meyer-Werft in Papenburg zu einem der Weltmarktführer geworden. Doch wieso ist das so?

Gigantisch. Da steht der Besucher in dieser Halle, in die locker fünf Fußballfelder passen würden, und kommt sich ganz winzig vor. Die Halle ist fast 600 Meter lang. Hier werden Schiffe gebaut, riesige Schiffe, die in dieser gigantischen Halle aber gar nicht mehr so groß wirken. Zuletzt lag da die „Disney Fantasy“ auf Kiel, 340 Meter lang, ausgelegt für über 4000 Passagiere und 1500 Besatzungsmitglieder. Anfang Januar lief der Kreuzfahrtriese zu erfolgreichen Probefahrten aus, am 9. Februar soll er der „Disney Cruise Line“ übergeben werden. Derweilen wird im Baudock II bereits der nächste Gigant auf Kiel gelegt.

Wir sind in Papenburg im Emsland und sehen den weltweit modernsten Schiffsbaubetrieb, die Meyer-Werft. Das in sechster Generation familiengeführte Unternehmen, 1795 gegründet, war schon immer dem Fortschritt verschrieben. 1872 wurden hier die ersten Eisenschiffe mit Dampfmaschine gebaut, 1964 die ersten RoRo-Autofähren. Als erstes Kreuzfahrtschiff der Meyer-Werft lief 1986 die „Homeric“ vom Stapel. Seit der Luxus schwimmen lernte, wurden hier über 30 Nobel-Liner gebaut, immer größer und immer teurer. Bei zwei bis drei Auslieferungen pro Jahr liegt der Umsatz oberhalb einer Milliarde Euro.

China und Korea: Konkurrenzkampf mit allen Mitteln

Vom Stapel läuft hier allerdings längst nichts mehr. Die Kreuzfahrtschiffe werden in zwei riesigen überdachten Baudocks montiert, mit immer wieder verfeinertem technischen Know-how. Eine halbe Milliarde Euro wurde in den letzten Jahren in die Optimierung von Arbeitsprozessen investiert. Dem zunehmenden Fachkräftemangel begegnet Meyer mit über 300 Ausbildungsplätzen und einer firmeneigenen Fortbildungsakademie.

Firmenchef Bernard Meyer lässt sich auch von den Horrorbildern aus Italien nicht schrecken. Die Kreuzfahrt sei „nach wie vor eine der sichersten Arten zu reisen“, bekundet er und zeigt sich optimistisch, dass trotz der Havarie der „Costa Concordia“ die Menschen „das Vertrauen in die Kreuzfahrt nicht verlieren“ werden.

Angesichts der fernöstlichen Konkurrenz braucht man allerdings auch eine gute Portion Optimismus. Denn Chinesen und Koreaner tun alles, um sich von diesem lukrativen Milliardenmarkt einen immer größeren Anteil zu sichern. Direkte staatliche Subventionen, gezielte Währungsmanipulation, Billigstlöhne, inakzeptable Arbeitsbedingungen, lasche Sicherheits- und Qualitätsnormen – dagegen hat eine deutsche Werft einen schweren Stand.

Bislang aber kann Meyer sich gut behaupten. Noch schätzen die großen Reedereien Verarbeitungsqualität, Sicherheit und technische Innovation „made in Germany“. Und noch sind sie bereit, dafür angemessene Preise zu zahlen.

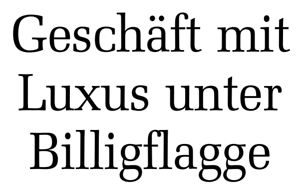
So ist die Werft bis 2015 ausgelastet, hat weltweit mehr als ein Drittel aller Aufträge in ihren Büchern. Im laufenden Jahr werden drei Kreuzfahrtschiffe und ein Gastanker ausgeliefert. Das spektakuläre Auslaufen über die Ems wird – wie gehabt – begleitet vom Beifall tausender begeisterter Zuschauer und von der Kritik einiger unbelehrbarer Greenpeace-Aktivisten.

1997 hatte Meyer die Neptun-Werft in Rostock-Warnemünde übernommen, die kurz nach dem Ende der DDR den Betrieb einstellen musste. Seit 2001 werden hier wieder Schiffe gebaut. Heute sind die Auftragsbücher wieder gut gefüllt: acht Flusskreuzfahrtschiffe und ein Forschungsschiff. Neptun beschäftigt 400 Mitarbeiter und 70 Auszubildende; etwa gleich viele Arbeitsplätze in Zulieferbetrieben in der Region Rostock sind dem wieder erstarkten Traditionsunternehmen zu verdanken.

Hans-Jürgen Mahlitz



Gigantisch: Nicht nur die Schiffe sind beachtlich, auch das Auftragbuch der Werft ist bis 2015 gefüllt Bild: Nigel Treblin/dapd



Geschäft mit Luxus unter Billigflagge

Gemütlich von Hafen zu Hafen schippern, das war gestern. Heute will das Kreuzfahrtpublikum „action“: ganz nah ran an die Felsenküste, auf Tuchfühlung mit allerlei maritimem Getier, und in polaren Gewässern mit echtem Titanic-Nervenkitzel – nichts kühlt den Whisky besser als von der Reling aus handgepflücktes Gletschereis.

Natürlich wissen die Kapitäne, was der moderne Kreuzfahrer erwartet. Aber nicht alle wissen, wie sie dies mit seemännischer Verantwortung für die ihnen anvertrauten Passagiere und Mannschaften vereinbaren können. Wie der Kommandant der „Costa Concordia“: Um den Gästen zum Dinner ein ordentliches Spektakel zu bieten, riskierte er einen allzu küstennahen, für viele tödlichen Kurs.

Sicherheit statt »action«

Die Reederei bestreitet energisch, dem Kapitän entsprechende Direktiven gegeben zu haben. Das ist glaubwürdig, zumal die Reederei Costa Crociere in der Branche als sicherheitsbewusst gilt. Aber wer sich so verhält wie Signore Schettino, braucht dafür auch keine Befehle; es reicht die eigene Hybris und Verantwortungslosigkeit.

Reedereien und Reiseveranstalter aber müssen sich fragen, wie weit sie den brutalen Preiskrieg noch treiben wollen. Dass die „MS Deutschland“ als einziges Schiff unter deutscher Flagge fährt, dass alle anderen viel Geld machen, indem sie Luxus unter Billigflaggen verkaufen, das ist der wahre Skandal. Da wird, zu Lasten der Passagiere, beim Personal gespart. Beim Captain's Dinner eine gute Figur zu machen, scheint die wichtigste Qualifikation zu sein. Hier sind Reeder und Reisebüros gefragt. Aber auch die Kunden sollten ihre Ansprüche überdenken. Denn weniger „action“ heißt oft mehr Sicherheit. *H.J.M.*

Deutsche Häfen im Aufwind

Hamburg will drittes Kreuzsfahrtterminal bauen

Kreuzfahrten per Schiff werden zum Massentourismus. Weltweit haben im vergangenen Jahr nahezu 15 Millionen Menschen eine mehr oder minder luxuriöse Seereise angetreten, allein in deutschen Häfen gingen rund 750 000 Kreuzfahrer an Bord.

Vor allem Hamburg profitiert davon – mit satten zweistelligen Zuwachsraten. Die beiden Terminals der Hansestadt sind mit über 200 000 Passagieren pro Jahr dem Marktführer Kiel (über 300 000) auf den Fersen. Schon planen die Hanseaten den Bau eines dritten Terminals; sie wären dann für den Ansturm von bis zu einer halben Million Fahrgästen im Jahr gerüstet.

Hohe Zuwachsraten melden auch Bremerhaven und Rostock-Warnemünde. Lediglich Cuxhaven weist eine negative Bilanz auf. Die großen Reiseveranstalter haben bereits reagiert und lassen ihre Luxus-Flotten weitaus länger statt in der Karibik in europäischen Gewässern kreisen.

Die Branche ist sich auch sicher, dass die Havarie der „Costa Concordia“ vor der italienischen Insel Giglio keinen nennenswerten Einbruch bei den Kreuzfahrt-Buchungszahlen bewirken wird. Sie verweisen auf Erfahrungen vor einem Jahrzehnt: Nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA war zunächst befürchtet worden, den vor derartigen Attacken kaum zu schützenden Schiffen würden die Passagiere in Scharen fernbleiben. Doch hielt die Zurückhaltung der Reiselustigen nicht lange vor, stattdessen setzte schon bald ein überraschender Boom ein.

»Schwimmende Kleinstädte« für viele tausend Passagiere

Zugleich wurden auch die Schiffe immer größer. 300 Meter Länge galten vor zehn Jahren noch fast als schwimmendes Weltwunder, heute sind 340 Meter schon Standard.

Die in Finnland für „Royal Caribbean“ gebaute „Allure of the Seas“ ist das derzeit größte Kreuzfahrtschiff der Welt. Mit 360 Meter Länge und über 225 000 Tonnen ist sie für 6300 Passagiere und 2100 Besatzungsmitglieder ausgelegt. Die schwimmende Kleinstadt kostete fast eine Milliarde Dollar.

Ein ganz besonderer Tag für den Kreuzfahrttourismus war der 19. Juli 2004. Erstmals steuerte die 345 Meter lange „Queen Mary II“ den Hamburger Hafen an. Die angeblich so kühlen Hanseaten bereiteten ihr einen überwältigenden Empfang: Mehr als eine halbe Million Menschen säumten das Elbufer. Darauf änderte die Cunard-Reederei die Routenpläne und lässt den Luxus-Liner regelmäßig in der Hansestadt gastieren.

Neben der „Queen Mary II“ wurde die „MS Deutschland“ zum Flaggschiff der Branche. Als ZDF-Traumschiff lockte sie Tausende an Bord der Kreuzfahrtschiffe. So registrierten die Reedereien denn auch einen deutlichen Wandel in der Struktur ihrer Kundschaft. Suchten früher vor allem ältere Paare Ruhe und Erholung auf hoher See, so gehen heute immer mehr Familien auf Entdeckungs- und Abenteuerreise. Damit sank innerhalb von zehn Jahren der Altersdurchschnitt der Passagiere von 60 auf 46 Jahre. *H.J.M.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8965**

Aktionismus ist wichtiger als Erfolg

Kaum Fortschritte bei Sprachförderung: Berlin-Institut nennt Gründe und klagt die Politik offen an

„Der Aktionsplan enthält sehr konkrete, verbindliche Zielsetzungen, Maßnahmen und Zeiträume“, erwiderte die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) auf die Kritik an den Ergebnissen des Anfang der Woche abgehaltenen Integrationsgipfels. Doch es gibt viele Hinweise, die den Verdacht nahelegen, dass oft Aktionismus überwiegt. Ein Beispiel:

Als im Jahr 2000 der erste internationale Bildungsvergleichstest vorlag, reagierte die politische Klasse in Deutschland geschockt. Deutschlands Schüler lagen beim Lesen und Schreiben nur im Mittelfeld, vor allem bei den Kindern von Zuwanderern schnitt Deutschland schlecht ab. Völlig überrascht stellte nun auch der Gesetzgeber fest, dass häufig schon die Beherrschung der deutschen Sprache keine Selbstverständlichkeit war. Schnell wurden Programme aus dem Boden gestampft und viel Geld in die Hand genommen, doch nun hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in einer von der Siemens-Stiftung geförderten Studie belegt, dass die Ergebnisse ernüchternd sind.

Die Autoren Tanja Kiziak, Vera Kreuter und Reiner Klingholz haben erfreulich nüchtern zahlreiche Erkenntnisse zur Sprachförderung von Kindern zusammengetragen und verweisen nun darauf, dass offenbar Kinder mit Förderung am Ende nicht bessere Sprachkenntnisse aufweisen als ihre Altersgenossen ohne Unterstützung.

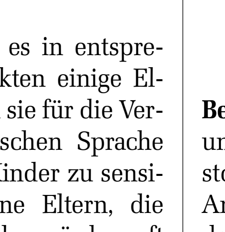
Allerdings machen es sich die Autoren keineswegs leicht und beschreiben nur einen Zustand hin, sie erklären auch schlüssig, wieso viele der Sprachförderkurse nichts bringen. Ob Maria Böhmer die Studie beim Integrationsgipfel dabei hatte, ist zwar nicht bekannt – bisher hat sich kein Politiker zu der Veröffentlichung geäußert –, allerdings haben laut Berlin-Institut einige Ministerien die Untersuchung angefordert.

Dieses beginnt seine Kritik damit, dass es in jedem Bundesland andere Erhebungsinstrumente gebe, um nachzuweisen, wie weit Probleme bei der Beherrschung der deutschen Sprache verbreitet seien. 2009 wurde in Köln bei 30 Prozent der vierjährigen Kinder Sprachförderbedarf festgestellt. In Berlin wurde nur der Bedarf von Vierjährigen untersucht, die in eine Kindertageseinrichtung gingen, und man stellte fest, dass acht Prozent der deutschen Kinder Sprachprobleme aufwiesen, bei dem Nachwuchs nichtdeutscher Herkunft waren es 34 Prozent. In München wurden wiederum Kinder in Kitas eineinhalb Jahre vor der Einschulung getestet und man kam auf einen Förderbedarf bei 46 Prozent der nichtdeutschen Kinder. Und all das, obwohl Politik, Stiftungen und andere Akteure seit Jahren Programme zur Förderung entwickeln.

Türkischstämmige Kinder haben die meisten Probleme

Allein für die Förderung von Kindern in sozialen Brennpunkten stellt der Bund von 2011 bis 2014 400 Millionen Euro zur Verfügung. Doch oft erreiche das Geld die Kinder zu spät, heißt es in der Studie.

Je jünger die Kinder seien, desto leichter lernen sie Sprache. Gerade Kinder aus türkischen Familien würden Zuhause nicht Deutsch lernen, nur in 41 Prozent der türkischstämmigen Familien würde Deutsch gesprochen. Das läge auch daran, dass nur fünf Prozent der Türken Deutschstämmige ehelichen würden, in den Jahren 2000 bis 2004 heirateten noch 36 Prozent der türkischstämmigen Männer und 23 Prozent der Frauen einen Partner aus der Türkei, der des Deutschen nur selten mächtig war. Auch würde der Großteil der Türken nur selten Besuch von Deutschen erhalten oder Deutsche besuchen. Zwar gebe es in entsprechenden Brennpunkten einige Elternprogramme, um sie für die Verwendung der deutschen Sprache im Interesse ihrer Kinder zu sensibilisieren, doch jene Eltern, die man erreichen wolle, würden oft die Möglichkeiten nicht nutzen.



Die Distanz zu den Deutschsprechenden würde dazu führen, dass gerade den türkischstämmigen Kindern das sogenannte deutsche Sprachbad fehle. Denn selbst, wenn sie in einen Kindergarten gehen würden, sei das oft einer, in dem türkischstämmige Kinder die Mehrheit bildeten, so dass auch hier der alltägliche Gebrauch der Sprache fehle.

Die meisten der Sprachförderprogramme müssten also im Kindergarten ansetzen, doch dies sei keineswegs selbstverständlich. Zudem seien die Erzieherinnen für spielerischen Spracherwerb zumeist nicht ausgebildet. Auch würde die Vielzahl der Programme die Orientierung erschweren. Denn außer Angeboten von Staat und Stiftungen hätten auch Verlage den Markt entdeckt. Doch die meisten Angeboten zur Sprachförderung eint eins: Sie wurden nie auf ihren Erfolg hin überprüft.

„Der Nachweis der Wirksamkeit ist erst erbracht, wenn die geförderten Kinder über einen Beobachtungszeitraum hinweg größere sprachliche Fortschritte machen als Kinder“, die nicht gefördert würden, heißt es in der Studie. Aber diese seien aufwändig und teuer. „Zudem verträgt sich die wissenschaftliche Langfristigkeit oft nicht mit politisch vorgegebenen Zeitrahmen ... Außerdem widerstrebt dieses Vorgehen dem Drang nach schnellen Erfolgen.“ So käme es, dass Programme in die Breite getragen würden, deren Wirksamkeit unbekannt sei. Auch kritisieren die Autoren, dass politische Vorgaben oft eine fachliche Diskussion unterminieren würden und Ergebnisse, die nicht den Erwartungen der Politik entsprechen, mitunter nicht oder nur zögerlich veröffentlicht würden.

Rebecca Bellano



Spielerisch Deutsch lernen: Gerade in bildungsfernen Schichten spielen Bücher keine Rolle Bild: pa

MELDUNGEN

Linke diffamieren Kritiker

Berlin – Die von CDU-Politikern unterstützte „Aktion Linkstrend stoppen“ (ALs) wehrt sich gegen Angriffe von linker Seite. Nachdem der sächsische Juso-Chef sie als eine „rechtsradikale Bewegung“ bezeichnet hatte und der Landesvorsitzende der SPD Sachsen den CDU-Landeschef Stanislaw Tillich und den Generalsekretär Michael Kretschmer aufgefordert hatte, die Aktion in ihre Schranken zu weisen, verteidigte Kretschmer diese: „Für die CDU ist die Meinungsfreiheit ein hohes Gut. Dass sich die SPD über eine Initiative mit dem Namen ‚Linkstrend stoppen‘ ärgert, ist kein Wunder.“ Allerdings betonte er auch, dass die ALs keine Organisation der CDU sei. Die ALs selbst erwiderte, sie sei „eine bundesweite Basisbewegung, die innerhalb der Unionsparteien für eine Rückbesinnung auf die christlich-abendländischen Werte kämpfe und sich dem Trend zu ‚Multikulti‘ sowie Werte-ungebundener Politik und Lebensformen entgegenstemme“. *Bel*

Mit Kopftuch zum Erfolg

Istanbul – Ibrahim Burak Birer und Mehmet Volkan Atay, die Macher des 2011 von ihnen gegründeten türkischen Frauenmagazins „Ala“, überlegen, eine deutsche Ausgabe zu machen, da 1500 der 5000 Abonnenten des in der Türkei produzierten Magazins in Deutschland lebten. Vor allem fromme Muslime seien von der Mischung aus Mode und Islam angetan. Das besondere an „Ala“ ist, dass alle Models Kopftuch tragen. Doch das ruft auch islamische Theologen auf den Plan, die kritisieren, dass der Wunsch einer Frau, sich zu präsentieren, unislamisch sei. Eine Muslima habe demütig im Hintergrund zu stehen. Die „Ala“-Macher hingegen sind überzeugt, dass auch „die Bedecken ein Recht auf stilvolle Mode haben“. *Bel*

Geschäftskonzept Scharia

Mitfahrzentrale speziell für Moslems setzt auf Geschlechtertrennung

Geschäftsgründungen islamischer Unternehmer lassen deutlich werden, mit welcher Selbstverständlichkeit inzwischen an der Etablierung einer muslimisch geprägten Parallelgesellschaft in Deutschland gearbeitet wird: „Muslim-Taxi“, so nennt sich ein Unternehmen, das bereits zum Ende des Jahres 2011 in Hamburg gegründet wurde. Etwas irreführend ist der Firmenname, da es sich um eine Mitfahrzentrale handelt. Allerdings um eine sehr spezielle: Vermittelt werden nur Mitfahrgelegenheiten, bei denen Frauen und Männer getrennt befördert werden. Was den Gründer des Unternehmens, Selim Reid, veranlasst haben soll, die erste muslimische Mitfahrzentrale Deutschlands und Europas ins Leben zu rufen, machte er in einem Interview mit der „taz“ deutlich: „Viele muslimische Schwestern und Brüder haben sich beschwert, dass sie herkömmliche Angebote nicht nutzen können, weil dort die nach dem Islam vorgeschriebene Geschlechtertrennung nicht umgesetzt wird.“

So wenig nachvollziehbar für die meisten Normalbürger die Idee einer islamkonformen Mitfahragentur samt Geschlechtertrennung auch sein mag, es gibt dafür erfolgreiche Vorbilder: Weniger in kommerzieller Hinsicht als im Hinblick auf die langfristige Eroberung von politischer Macht. Mit Mitfahrgemeinschaften bereiteten etwa die Muslimbrüder nach 1970 den Boden für ihren heutigen Einfluss auf die ägyptischen Massen. Im Jahr 1928 als Splittergruppe gegründet, sind die Muslimbrüder inzwischen die stärkste politische Kraft in Ägypten. Ähnlich wie die Muslimbrüder, die als Grund für die Geschlechtertrennung bei ihren Projekten vorgaben, muslimische Frauen und Ehen schützen zu wollen, argumentiert auch der Hamburger Unternehmensgründer Reid: „Die Geschlechtertrennung grenze das Fremdgehrisiko weitgehend ein.“

Gründer wolle nur das Fremdgehrisiko minimieren

Verblüffend ist allerdings auch ein anderer vorgetragener Rechtfertigungsversuch für das Projekt: „Die Geschlechtertrennung ist Teil unseres Glaubens, und der Islam ist Teil von Deutschland.“ Zumindest mit der Aussage der Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland kann sich Reid sogar auf den derzeit amtierenden Bundespräsidenten berufen. Lässt man sich auf die gesamte Argumentationskette ein, dann scheint inzwischen auch die Geschlechtertrennung zu Deutschland zu gehören. Immerhin zeigt sich die Mitfahragentur für Nichtmuslime offen, wenn auch anscheinend nur zu Missionierungszwekken: „Es handelt sich um eine Einladung zum Islam, solche Einladungen sind die Aufgabe eines jeden Muslims.“

Noch einen Schritt weiter in Richtung einer abgeschotteten Parallelgesellschaft geht eine andere Unternehmensgründung. In Hamburg laufen derzeit die Vorbereitungen für ein Islam-Kaufhaus. Schenkt man Berichten der Lokalpresse glauben, dann ist geplant, dass Räumlichkeiten in einem Gewerbebau in Hamburg-Harburg nach einem Umbau ausschließlich an muslimische Geschäftsinhaber vermietet werden sollen. Naheliegend ist dann auch die Zielgruppe, auf die das Warenangebot abzielen soll: Muslime. Bis die Bauarbeiten am Gebäude des künftigen Islam-Kaufhaus abgeschlossen sind, muss sich die potenzielle Kundschaft einstweilen noch mit einer arabisch geschriebenen Parole im Schaufenster begnügen: „Allah ist der einzige Gott und Mohammed ist sein Prophet.“

Hermann Müller

Kein »goldener Handschlag«

Finanzminister lehnt Vorruhestandsregelung für Bundeswehr ab

Kaum ist die große Bundeswehrreform verkündet, droht sie auch schon zu scheitern, denn Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière hat vorher offenbar nicht mit seinem Kollegen Wolfgang Schäuble gesprochen. Kern der Wehrreform soll ein umfangreicher Personalabbau sein. Der ist dem Bundesfinanzministerium jedoch zu teuer. Die Pläne des Verteidigungsministers würden Mehrkosten in dreistelliger Millionenhöhe verursachen. Dem könne es, so das Finanzministerium gleich im ersten Satz seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundeswehr-Reformbegleitgesetzes, „gegenwärtig nicht zustimmen“. Das zentrale Ziel, überzähliges Personal der Bundeswehr „vorrangig durch Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst“ und damit kostengünstig abzubauen, könne damit nicht erreicht werden.

Bei der Vorstellung der Bundeswehrreform hatte de Maizière noch verkündet, für die ausscheidenden Soldaten werde es „keinen goldenen Handschlag“ geben. Doch nun sind es gerade die in dem Gesetzentwurf vorgesehenen Vorruhestandsregelungen, die das Finanzministerium als „übermäßig großzügig ausgestaltet“ ablehnt. Dadurch sei zu erwarten, dass der Personalabbau bei Soldaten und Wehrbeamten überwiegend durch eine finanziell attraktive vorzeitige Zurruhesetzung erfolge. Diese solle aber erst greifen, wenn alle anderen Möglichkeiten zum Personalabbau, wie Altersteilzeit oder eine Weiterverwendung in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes, ausgeschöpft seien. Außerdem kritisieren Schäubles Beamte, die Daten ihrer Kollegen von der Hardthöhe zum Personalabbau und dessen Folgekosten seien zu unkonkret und die Vorruhestandsregelungen nicht befristet. Sie rügen auch, dass einerseits viel Geld ausgegeben werden soll, um Personal loszuwerden, andererseits aber mit attraktiven finanziellen Konditionen um Nachwuchs geworben werde.

Soldaten sollen in anderen Bereichen arbeiten

Was der Bundesverteidigungsminister will, ist klar: Möglichst schnell viel von seinem Überhangpersonal loswerden. Das geht jedoch nur durch finanzielle Anreize zum Vorruhestand, denn für einen altgedienten Soldaten ist es kaum attraktiv, sich zum Verwaltungsbeamten umschulen zu lassen und fortan Dienst am Schreibtisch zu leisten. Da bleibt er doch lieber bei der Truppe. Deshalb ist das von de Maizières Ressort entworfene Reformbegleitgesetz ganz auf die kurz- und mittelfristige Reduzierung des Personals seines Hauses zugeschnitten. Schäuble dagegen geht es nicht nur darum, die Kosten der Bundeswehrreform niedrig zu halten. Er muss ressortübergreifend planen und alle Folgen bedenken. Die aber könnten ungeahnte Ausmaße annehmen, sollte die großzügige Vorruhestandsregelung für die Bundeswehr Begehrlichkeiten in anderen Bereichen der Verwaltung wecken, in denen ebenfalls Personal abgebaut werden muss. Dann könnte das Reduzierungsmodell unter Hinweis auf den verfassungsmäßigen Gleichheitsgrundsatz schnell Schule machen, wodurch ein Fass ohne Boden geöffnet wäre.

In der Truppe ärgert man sich über die Knauserigkeit des Finanzministeriums, hatte es sich doch bei der Privatisierung von Post und Bahn überaus großzügig gezeigt. Damals musste kein Beamter in einen anderen Bereich wechseln. Tausende wurden pensioniert, kurzerhand für dienstunfähig erklärt oder bei vollen Bezügen freigestellt. Wer kann es den Soldaten verdenken, dass sie sich das auch wünschen?

Jan Heitmann

MELDUNGEN

»Spitzen«-Mann für Euro-Rettung

Brüssel – Zum Chef einer Zweckgesellschaft im Rahmen des EFSF-Rettungsfonds ist Ex-Kommissionspräsident Jacques Santer ernannt worden. Der Luxemburger war im Jahr 1999 vom Posten des Kommissionspräsidenten zurückgetreten, nachdem gegen Mitglieder seiner Kommission Vorwürfe wegen Korruption und Verschwendung erhoben worden waren. Die damaligen Vorgänge stehen bis heute für den bisher größten aufgedeckten Skandal bei Brüsseler Behörde. Bei Abgeordneten des EU-Parlaments hat die Nachricht von der Berufung Santers zum Teil heftige Kritik ausgelöst. *N.H.*

Weitere Panzer für Athen

Athen – Griechische Pläne zur Aufstockung des Panzerbestands der Streitkräfte scheinen immer konkretere Formen anzunehmen. Berichte über ein griechisches Interesse an Abrahms M1-Panzern aus US-Beständen lösten noch vor einem halben Jahr ein Dementi offizieller Stellen aus. Einem Bericht des „Handelsblatts“ zufolge soll sich aber bereits im Dezember eine neunköpfige Expertenkommission des griechischen Generalstabs in Nevada aufgehalten haben, um in einem Depot der US-Armee 400 Panzer für die Streitkräfte auszuwählen. Griechenland sollen die außer Dienst gestellten Panzer umsonst überlassen werden, allerdings werden Transportkosten von fünf bis acht Millionen Euro und weitere Millionen für die Instandsetzung der Panzer anfallen. Mit 1600 Panzern hat Griechenlands Armee im internationalen Vergleich einen hohen Bestand. Aufgrund von Geldmangel sind aber weder ausreichend Treibstoffe noch Munition vorhanden, so dass der größte Teil der Panzer als nicht einsatzfähig gilt. *N.H.*

Berlin im Trilemma

Frankreichs Vorstoß, Völkermordleugnung grundsätzlich zu bestrafen, bringt Deutschland in Erklärungsnot

Frankreich bringt ein neues Gesetz gegen die Leugnung von sogenannten gesetzlich anerkannten Völkermorden auf den Weg. Auf den deutschen Gesetzgeber verstärkt sich so der Druck, ähnliches Recht zu schaffen, das grundsätzlich alle Fälle von Völkermordleugnung straft. Doch das öffnet der Instrumentalisierung Tür und Tor.



Vor der französischen Botschaft in Istanbul: Zahlreiche Türken forderten als Reaktion den Boykott französischer Waren *Bild: Getty*

Das Oberhaus des französischen Parlaments machte vergangene Woche den Weg für das neue Völkermordgesetz frei. Es wurde vor allem auf Betreiben der in der Grande Nation stark vertretenen Armenier formuliert. Folglich steht gleichwertiges Strafen, in Rechtsstaaten eigentlich selbstverständlich, nicht im Vordergrund, sondern die Bewertung türkisch-osmanischer sowie armenischer Geschichte, allen Drohungen der türkischen Politik zum Trotz. Nach der zu erwartenden Unterzeichnung durch Präsident Nicolas Sarkozy tritt das Gesetz in Kraft. Dann macht sich auch strafbar, wer von der französischen Justiz allgemein anerkannte Völkermorde abstreitet, die vor der UN-Völkermordkonvention von 1948 begangen wurden. Das schließt den Genozid gegen die armenischen Bürger des Osmanischen Reiches 1915 und 1916 ein.

Ist die Liste der Widersprüche und Probleme solcher Regelungen doch lang – allein der Anspruch rückwirkender Rechtssetzung ist umstritten –, so folgt Frankreichs konservative Regierung mit dem Gesetz doch einem EU-weiten Kurs. Während Frankreichs Außenminister Alain Juppé das Papier als „wenig zweckdienlich“ kritisiert und das türkische Außenministerium von einem „Schlag gegen die Meinungsfreiheit“ spricht, folgt das neue Recht einem sich immer weiter durchsetzenden Maßstab. In Spanien und der Slowakei bestehen bereits ähnliche Strafvorschriften. In Deutschland hingegen ist eine allgemeine Ausweitung des maßgeblichen Paragraphen gegen Volksverhetzung (130 StGB) zuletzt 2008 an der Politik gescheitert. Schon damals drängten hiesige armenische Gruppen auf eine allgemeine Gleichbehandlung von Völkermord vor dem Gesetz. Doch hier wird § 130 StGB weiter vorrangig als Strafinstrument gegen Rechtsextreme genutzt. Zwar prüften jüngst Ermittler auch den Einsatz gegen Islamisten, doch erwähnt der Rechtstext allein den Nationalsozialismus namentlich. Wer Handlungen dieser Epoche, die dem Völkerrecht entgegenstehen, „billigt, leugnet oder verharmlost“, hat demnach mit „Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe“ zu rechnen. Eine Formulierung, die erst 1994 eingeführt wurde. Sie „lässt viele Leugnungstaten unbestraft“ kritisiert die „Arbeitsgruppe Anerkennung (AGA)“. Direkt nach der Pariser Entscheidung will dieser deutsche Zusammenschluss mehrerer Armenierorganisationen, „jetzt die deutschen Gesetzgeber um eine zügige Entscheidung im Sinne der Antragsteller bitten“. Bisherige deutsche Regelungen sind demnach „begrenzt und ineffizient“.

Ab wann beginnt ein Völkermord?

Die deutsche Politik steht Änderungen bisher genauso ablehnend gegenüber wie sie die Argumente der Rechtswissenschaften ignoriert. Von einer dreifachen Zwickmühle spricht dort eine aktuelle Arbeit: „Das Rechtsgüter-Trilemma. Von der Legitimität staatlichen Strafens am Beispiel der Völkermordleugnung“. Schließlich straft der Staat, ohne dass ein Rechtsgut erkennbar verletzt wurde. Eine der drei aufgezeigten Auswege aus der Zwickmühle besteht demnach in der Abschaffung des Tatbestandes selbst. Doch danach sieht es weder in Deutschland noch Europa aus. Ob Kambodscha, Ruanda oder das Osmanische Reich, dessen Rechtsnachfolger die Türkei ist: In allen diesen Staaten haben unabhängige Wissenschaftler übereinstimmend Völkermorde festgestellt. Sie abzustreiten ist in den meisten EU-Ländern aber straffrei. In Belgien und den Niederlanden sind Reformen der auch dort vor allem auf den Nationalsozialismus beschränkten Gesetze in Arbeit.

Eine Abschaffung des Tatbestandes steht indes nirgends in Europa ernsthaft zur Diskussion. Dabei hat jede Nation bei entsprechenden Regeln schwerste Probleme mit der praktischen Umsetzbarkeit. Schon jede Auflistung anerkannter Völkermorde mit Gesetzeskraft schließt Opfer aus. In Deutschland ist das ein Verstoß gegen das Grundgesetz (Art. 3), gegen den die Nachkommen der Ausgeschlossenen klagen könnten. Haben die Schweiz und Spanien im Gegensatz dazu eine generell jede Leugnung von Völkermord verfolgende Regelung, so haben beide Staaten umso mehr ein Problem: Ihre Gerichte müssen in jedem Einzelfall einen breiten Auslegungsspielraum überbrücken. Sie haben jedes Mal neu zu klären, was jeweils Völkermord ist und was nicht. Diese Auslegungen werfen die Frage auf, warum Gerichte Völkermorde feststellen sollen und ab welcher Opferzahl.

Opfer werden in Kategorien eingeordnet

Diese Arten der Festlegung entscheiden, so Kritiker, auch darüber, welches nationale Recht sich über die Rechtsnormen anderer Staaten erhebt. Auch die Gefahr politischer Instrumentalisierung steigt: Algerien verwahrte sich nun gegenüber der Türkei, als Beispiel für französische Kolonialverbrechen im aktuellen Streit genannt zu werden.

Sverre Gutschmidt

Angst vor Teilung

Spanien gegen EU-Beitritt Schottlands

Ein unabhängiges Schottland hat nicht nur in London starke Gegner. Je konkreter die Pläne werden, über die schottische Loslösung von Großbritannien abstimmen zu lassen, desto nervöser wird auch die spanische Regierung. Wie die Tageszeitung „Independent“ mitgeteilt hat, wurde gegenüber britischen Regierungsvertretern inzwischen sogar ein spanisches Veto gegen eine zukünftige Mitgliedschaft Schottlands in der EU angekündigt.

Hintergrund sind die Bestrebungen von Katalanen und Basken, sich von Spanien abzuspalten. Insbesondere für die Katalanen könnte ein Schottland-Referendum im Herbst 2014 Startschuss für ähnliche Bestrebungen sein. Dass Madrid auch auf internationaler Ebene keine Sympathien für Sezessionsbestrebungen hegt, wurde bereits im Fall des Kosovo deutlich: Die bereits 2008 erklärte Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien wird bis heute von Spanien nicht anerkannt.

Katalanen und Basken Grenzen aufgezeigt

Ähnlich weitreichend sind die Überlegungen über die Auswirkungen einer schottischen Unabhängigkeit in Bezug auf die EU inzwischen auch in London und in Edinburgh. Tenor der Diskussion: Die britische EU-Mitgliedschaft geht nicht automatisch auf ein unabhängig gewordenes Schottland über. Dass die schottische EU-Mitgliedschaft neu ausgehandelt werden muss, wirft allerdings einige Fragen auf: nicht nur für Schottland, sondern auch für den dann verbleibenden Rest Großbritanniens.

Grund sind die von London ausgehandelten Sonderregelungen. Großbritannien ist beim Schengen-Vertrag ausgeschert und hat Kontrollen an seinen Grenzen beibehalten. Sollte Schottland Teil des Schengen-Raums werden, könnten Kontrollen an der englisch-schottischen Grenze die Folge sein.

Noch folgenschwerer könnten die Konsequenzen für den 1984 ausgehandelten Briten-Rabatt sein. Eine vollständige Abschaffung steht bei der EU-Kommission ohnehin seit einiger Zeit auf der Agenda. Höhere Zahlungen nach Brüssel wären allerdings eine willkommene Steilvorlage für die EU-Skeptiker auf der Insel. Nach der Schottland-Frage könnte dann leicht die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens Thema eines Referendums werden.

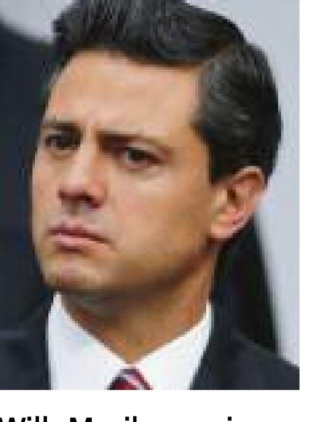
Norman Hanert

Wahlkampf über einem Gräberfeld

Drogen-Syndikate terrorisieren Mexikaner – Präsidentschaftskandidaten ratlos

Nicht nur die USA befinden sich in diesem Jahr in einem dramatischen Wahlkampf um die Präsidentschaft: Dem Nachbarland Mexiko geht es ebenso. Dort läuft die Amtszeit von Präsident Felipe Calderon ab, und im Juli wählen die Mexikaner ihren neuen Präsidenten. Dies gibt der Partei PRI, die Mexiko nahezu diktatorisch über sieben Jahrzehnte regierte, bis sie 2000 wegen Korruptionsskandalen und der zunehmenden Gewalt der Drogenkartelle abgewählt wurde, die Hoffnung, ihre alte Macht zurückzuerobern. Diese ist nicht unberechtigt, zumal Calderons 2008 groß angekündigter Krieg gegen die Kartelle statt mehr Sicherheit bereits über 50 000 Tote gebracht hat und die brutale Gewalt kein Ende nimmt. Politiker oder Journalisten, die wagen, sich gegen die Kartelle zu stellen, werden entführt und zu Tode gefoltert. Und in den eigenen Reihen der Drogen-Syndikate gibt es auch keine Gnade. Wo so viel Geld auf dem Spiel steht wie beim Drogenhandel, da hört die Menschlichkeit auf. Im letzten September warfen die Zeta-Killer, eine neue Killer-Bande, die für das rivalisierende Sinaloa-Kartell des milliardenschweren Joaquin „El Chapo“ Guzman arbeitet, Dutzende von verstümmelten Leichen auf die Straße. 300 weitere, angeblich Zetas, wurden in Massengräbern gefunden. Am 26. Dezember gelang Calderon doch noch ein Coup: Die Nummer 2 der Sinaloa, Felipe Cabrera, genannt "Der Ingenieur", wurde verhaftet.

Doch das dürfte die Partei des Präsidenten, die konservative Nationale Aktionspartei, auch nicht mehr retten. Denn laut PRI soll alles anders werden. Unter Anführung ihres Präsidentschaftskandidaten, des attraktiven, dynamischen Enrique Pena Nieto (45), von 2005 bis September 2011 Gouverneur des Staates Mexiko, wird dem Wahlvolk eine neue Hoffnung suggeriert. Pena Nieto, seit 2010 verheiratet mit dem Seifenoper-Star Angelica Rivera, hat mit seinem fabelhaften Aussehen (manche nennen ihn „männliche Barbie-Puppe“) vor allem die Jugend erobert.


Will Mexiko regieren: Enrique Pena Nieto

Doch in letzter Zeit ging einiges schief. Aus Nieto, dem Helden, wurde eine Art Rick Perry. Wie dieser patzte er mit peinlichen Gedächtnislücken. Ausgerechnet bei der Präsentation seines Buches „Mexiko: Die große Hoffnung“ auf der Buchmesse von Guadalahara wurde er gefragt, welche drei Bücher ihn in seinem Leben beeinflusst haben. Er konnte kein einziges nennen. Stotternd erwähnte er dann die Bibel. Um nach Beratung mit seinen Assistenten eine Novelle namens „La Silla del Aguila“ („Der Thron des Adlers“) hinzuzufügen. Doch leider nannte der Jurist den falschen Autoren. Nicht Enrique Krauze hatte das Werk verfasst, sondern Mexikos berühmtester Schriftsteller Carlos Fuentes. Trotz Nietos Entschuldigung („Beim Lesen achte ich mehr auf den Inhalt als auf den Autoren“) reagierte Fuentes entrüstet: „Pena Nieto hat das Recht, meine Bücher nicht zu lesen. Aber er hat nicht das Recht, Präsident von Mexiko zu werden.“

Dem Fauxpas folgte sein Versagen bei einem Interview mit der spanischen Zeitung „El Pais“, die Höhe eines mittleren Arbeiterlohnes zu nennen. Und, als wenn das noch nicht genug gewesen wäre, für die Wähler, so wusste er auch nicht, wie viel ein Kilo Tortillas kostet, eine Selbstverständlichkeit in mexikanischen Haushalten der Arbeiter- und Mittelklasse. („Ich bin eben keine Hausfrau“, entschuldigte er sich.“) Doch viele erinnerten sich, dass er bei einem Interview nicht sagen konnte, woran 2007 seine Frau und die Mutter seiner drei Kinder gestorben war (an einem epileptischen Anfall), und dass er wenig später sein Verhältnis zu jener TV-Schönheit, die er dann heiratete, bekanntgab.

So entsteht langsam der Eindruck, dass Pena Nietos Image als strahlender Hoffnungsträger für die PRI und das geplagte Mexiko seinen wirklichen Fähigkeiten nicht standhält. Ähnlich wie bei den Präsidentschaftskandidaten der Republikaner in den USA erfreuen sich bisher vor allem die satirischen Fernsehshows an dem guten Stoff. Und natürlich die Rivalen der anderen Parteien wie die linke „Demokratische Revolutionspartei“, für die Andres Manuel Lopez Obrador, der die Präsidentschaft 2006 knapp gegen Calderon verlor, ins Feld zieht. Calderons Partei muss ihren Kandidaten noch benennen, und die Auswahl ist eher uncharismatisch.

Ob Pena Nietos „Mexiko: The Great Hope“ sich daher für seinen Verfasser erfüllen wird oder auch nur ein Buch bleibt, dessen Autor man vergisst, wird sich bald entscheiden.

Liselotte Millauer

Bis Deutschland bankrott ist

ESM-Vertrag ermöglicht Belastungen in unbegrenzter Höhe – wirksame Kontrolle bleibt Wunschdenken

Der dauerhafte Euro-Rettungsschirm ESM legt das finanzielle Schicksal der Deutschen in die Hände fremder Regierungen. Merkels „Fiskalpakt“ erweist sich als Beruhigungspille.

„Die Wahrscheinlichkeit eines deutschen Staatsbankrotts wächst“, warnt der Chef des Ifo-Intstituts Hans-Werner Sinn. Die Nachricht passt so gar nicht zur jüngsten Jubelmeldung über die Rekord-Steuereinnahmen aus dem Bundesfinanzministerium. Doch ein Nebensatz in der freudigen Bekanntmachung von Wolfgang Schäuble ließ bereits durchblicken, woher die Gefahr lauert. An eine Entlastung der Steuerzahler sei nicht zu denken, weil Deutschland erhebliche Lasten durch die Euro-Schuldenkrise zu schultern haben werde.

Sinn hält diese zunehmend unüberschaubaren Mehrbelastungen für kaum mehr vertretbar. Schon jetzt hafte Deutschland für 595 Milliarden Euro, diese Summe könne sich auf 785 Milliarden Euro erhöhen. Ergebnis: „Die Finanzmärkte taxieren die Wahrscheinlichkeit für einen Staatsbankrott Deutschlands in den nächsten zehn Jahren schon jetzt auf zwölf Prozent, mit steigender Tendenz.“ Zudem mindere die deutsche Zahlungsbereitschaft den Anreiz für die Schuldenländer, ihre Hausaufgaben zu machen, was die Sache noch weiter verschlimmere, so Sinn.

Die deutschen Lasten bestehen im Wesentlichen aus Verpflichtungen der EZB und Euro-Rettungspaketen. Zuletzt stemmte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel noch gegen eine Aufstockung des dauerhaften Euro-Rettungsschirms ESM über die bislang vereinbarte Summe von 700 Milliarden Euro, wovon Deutschland für gut 190 Milliarden geradestehen soll. Bei 700 Milliarden Gesamtvolumen könnten 500 Milliarden an Schuldenländer verliehen werden, was den meisten Euro-Regierungen einschließlich der deutschen Opposition aus SPD, Grünen und Linken noch zu wenig erscheint.

Allerdings wird die öffentliche Wahrnehmung des Streits von einem schwerwiegenden Missverständnis getrübt: Bei den 700 Milliarden handelt es sich lediglich um das für den Anfang angepeilte Volumen, von dem 80 Milliarden (davon Deutschland: 22 Milliarden) in bar zu entrichten sind, der Rest besteht aus Bürgschaften. In der Praxis kann die Summe laut ESM-Vertrag jedoch bei Ausfall anderer Zahler und Verlust des bereits Eingezahlten immer weiter wachsen.

Der Vertrag, der als „Inoffizielle Arbeitsübersetzung – Nur für den Dienstgebrauch“ in seiner endgültigen Fassung vorliegt, sieht vor, dass das Leitungsgremium des ESM bei Bedarf jede von ihm bestimmte Summe von den Staaten nachfordern kann. Das Gremium besteht aus einem „Gouverneursrat“, in welchem jedes Euro-Land mit zwei Vertretern sitzt (unter ihnen der Finanzminister), und einem „Direktorium“. Der Bundestag verpflichtet Deutschland mit seiner Zustimmung zum ESM, „uneingeschränkt und unwiderruflich“ jeder Geldforderung des ESM binnen sieben

Gouverneursrat kann beliebig Geld nachfordern

Tagen nachzukommen (ESM-Vertrag Artikel 8). Das Haushaltsrecht des Parlaments wäre damit de facto ausgehebelt, allein der deutsche Finanzminister könnte im Gouverneursrat noch etwas bewegen.

Solche Nachforderungen können fällig werden, wenn ein Land wie etwa Griechenland, dem Hilfskredite gewährt wurden, zahlungsunfähig wird. Dann darf der ESM aus eigenem Recht und ohne Einspruchsmöglichkeit der Nationalparlamente soviel Geld eintreiben, bis sein durch den Verlust geschmälertes Volumen wieder die ursprüngliche Größe erreicht.

Der ESM darf allerdings nicht bloß Staaten Geld leihen. Er darf auch Banken, anderen Finanzinstituten, sonstigen Institutionen und sogar Personen unter die Arme greifen (Artikel 21). Und dies auch nicht erst im akuten Krisenfall, sondern laut Vertrag auch vorsorglich, um eine Krise gar nicht erst entstehen zu lassen.

Sollte ein Euro-Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, darf der ESM dessen Beitrag auf die anderen, noch zahlungswilligen oder -fähigen Länder umlegen, womit sich deren Belastung noch einmal erhöht.

Ob die Staaten ihren Verpflichtungen in Sachen verantwortungsbewusster Haushaltsführung nachkommen, das soll übrigens die EU-Kommission überwachen. Jenes Gremium also, das bei der Überwachung etwa des griechischen Finanzgebahrens auf ganzer Linie versagt hat und die zahlreichen Warnhinweise auf hellenische Tricksereien als „antieuropäisch“ vom Tisch fegte.

Der ESM selbst, seine Führungsgremien und sogar seine Bediensteten genießen volle Immunität vor Gerichten, können also nicht belangt werden. Die Räume des ESM werden „unverletzlich“ sein, Ermittler haben keinen Zutritt, ebenso werden seine Akten und Archive als geheim klassifiziert. Abschlussprüfungen der ESM-Bücher nehmen „unabhängige“ Prüfer vor, die der ESM-Gouverneursrat selbst bestimmt.

Um einer uferlosen Schuldenmacherei auf dem Rücken der deutschen Steuerzahler mit dem Endergebnis eines Staatsbankrotts der Bundesrepublik vorzubeugen, strebt die Bundeskanzlerin ein System verpflichtender Schuldenbremsen nebst Kontroll- und Strafmaßnahmen im gesamten Euro-Raum an. Dazu zählte auch die Idee eines EU-„Sparkommissars“ für Griechenland.

Experten bezweifeln indes, dass ein solches System mit dem Etikett „Fiskalpakt“ jemals funktioniert. Zunächst weigert sich die Mehrheit der Euro-Länder vehement gegen automatische Strafen für Schuldensünder. Selbst die Kanzlerin hat von der Forderung, die EU-Kommission müsse Schuldensünder beim Europäischen Gerichtshof anzeigen können, Abstand genommen. So müssten die Regierungen sich gegenseitig anzeigen. Bundestagspräsident Nobert Lammert (CDU) fürchtet, dass diese dies aus „gegenseitiger Rücksichtnahme“ aber nie tun werden.

Kritiker verweisen in diesem Zusammenhang auf den Geburtsfehler des Euro: Länder mit völlig unterschiedlichen Traditionen und Mentalitäten ließen sich auch mit noch so harten „Regeln“ nicht unter eine gemeinsame Ordnung zwingen. Wer es wolle, der finde immer wieder Schlupflöcher oder ignoriere frech alle Regeln im Vertrauen auf die „Solidarität“ der anderen – so wie Griechenland seit Jahren. Merkel wisse das, wird vermutet; ihre zur Schau gestellte Hartleibigkeit solle lediglich die deutschen Steuerzahler beruhigen. *Hans Heckel*



Pleitegeier über Deutschland ist nicht mehr undenkbar: Experten sehen die Wahrscheinlichkeit einer deutschen Pleite aufgrund der Euro-Rettung bereits bei zwölf Prozent Bild: Bildmaschine

KURZ NOTIERT

Schlechte Zeiten für Elektronik-Konzerne: Das Jahr 2011 war weder für Siemens oder Philips noch für General Electrics (GE) glorreich. Umsatz- und Gewinneinbrüche kennzeichneten vor allem das Europa-Geschäft. Genau hier hatte GE 2011 allerdings Marktanteile hinzugewinnen wollen. Doch die Amerikaner konnten trotz massiver Werbung nicht das gewünschte Ergebnis erzielen. In einigen Sparten sank sogar der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr. GE will nun sein Europa-Geschäft „umbauen“, ließ aber offen, was das bedeutet. *Bel*

Riesenparkplatz Pakistan: Tausende von Lastwagen blockieren seit über einem Monat die Parkplätze am Hafen von Karachi in Pakistan. Seit die Regierung in Islamabad aus Verärgerung über US-Eingriffe in die Souveränität des Landes und Drohnenangriffen auf Terroristen auch mit zivilen Opfern die Zulieferungen auf dem Landweg für die Nato-Truppen blockiert, herrscht in Karachi das absolute Chaos. Rund 25 Prozent der Versorgungsgüter für die 130 000 Mann starken Nato-Truppen können nicht angeliefert werden und eine Wiedereröffnung der Grenze und die Freigabe des Warentransfers nach Afghanistan sind unsicher. Viele der Lastwagen stehen inzwischen verlassen da, da die Fahrer aus Geldmangel und Hunger zu ihren Familien zurückgekehrt sind. Und noch immer landen Tanker an, die ihre Treibstofffracht abpumpen wollen. Täglich werden Attacken der Taliban auf die verlassenen Fahrzeuge befürchtet. *J.F.*

Commerzbank zieht sich aus Russland zurück: Die Commerzbank wird ihre Anteile an der russischen Promswjasbank, eine der 30 größten Banken in Russland, verkaufen. Bereits im vierten Quartal 2011 hat die Frankfurter Bank 1,6 Milliarden Euro aus riskanten Anlagen abgezogen. 2006 hatte sich die Commerzbank zu 15 Prozent bei der Promswjasinvest eingekauft. Um der Forderung der deutschen Regierung nach Kapitalerhöhung der Banken zu entsprechen, will sie bis Jahresmitte diese Anteile abstoßen. *MRK*

Alles nur Scheingefechte

Griechenlands »Liste der Schande« dürfte wenig einbringen

Öffentlichkeitswirksam hat Griechenlands Finanzminister Evangelos Venizelos eine 170 Seiten lange Liste mit den Namen von Steuersündern ins Internet gestellt: 4152 Namen, die für 15 Milliarden Euro an hinterzogenen Steuern stehen. Ganz oben auf der Liste rangiert ein 58-jähriger Steuerberater, der dem griechischen Fiskus allein 950 Millionen Euro schuldig ist. Die Veröffentlichung seines Namens dürfte zumindest diesen Steuersünder kaum noch beeindrucken: Er wurde bereits zu einer Haftstrafe von über 100 Jahren wegen Steuerhinterziehung verurteilt.

So spektakulär die derzeitige Kampagne des Finanzministers auch ist, das Resultat wird mager ausfallen: Maximal ein Fünftel der geschuldeten 15 Milliarden Euro dürfte noch einzutreiben sein, so die Meinung in der griechische Presse. Ein großer Teil der Steuerhinterzieher ist inzwischen pleite, sitzt in Haft oder betreibt seine Geschäfte inzwischen von London oder Zypern aus.

Auch an einem anderen Problem geht die derzeitige Kampagne völlig vorbei: der Korruption innerhalb der Steuerverwaltung. Was sich hinter der Formel „40-40-20“ verbirgt, nach der viele Steuerprüfungen verlaufen, machte unlängst ein ehemaliger Mitarbeiter des griechischen Finanzministeriums deutlich: 40 Prozent des festgestellten Steuerbetrags behält der geprüfte Unternehmer und 40 Prozent fließen in die Privattasche des Finanzbeamten. Mit den verbleibenden 20 Prozent muss sich die

Rom hat Kontrolle über Wirtschaft verloren: Die Mafia wird stärker

Staatskasse begnügen, nachdem der beteiligte Steuerprüfer die Bilanz entsprechend frisiert hat. Wer in der Vergangenheit nach diesem Modell vorgegangen ist, hat große Chancen, nie auf einer „Liste der Schande“ aufzutauchen.

Es ist allerdings nicht nur Griechenland, das nach jahrzehntelangem Wegsehen nun plötzlich die Steuerhinterziehung und Schattenwirtschaft zu Themen macht: In Italien sollen laut der Tageszeitung „La Repubblica“ allein im Jahr 2009 120 Milliarden Euro an Steuern hinterzogen worden sein. Die Summe – meist nicht gezahlte Einkommens- und Umsatzsteuer – entspricht fast 30 Prozent der gesamten Steuereinnahmen Italiens. Dass der von Ministerpräsident Mario Monti angekündigte Kampf gegen Steuerhinterziehung erfolgreicher verläuft als in Griechenland, ist unwahrscheinlich.

Eher im Gegenteil: Über einen beachtlichen Teil des wirtschaftlichen Lebens hat der italienische Staat bereits jegliche Kontrolle verloren. Die Aktivitäten der organisierten Kriminalität entsprechen nach vorsichtigen Schätzungen inzwischen sieben Prozent des italienischen Bruttoinlandsprodukts. Mit hochgerechneten 65 Milliarden Euro an flüssigen Finanzreserven stellen die verschiedenen Mafiagruppierungen sogar italienische Großbanken in den Schatten. Durch die Wirtschaftskrise wachsen die Einnahmemöglichkeiten sogar noch: Da Geschäftsbanken ihre Kreditvergabe zurückfahren, geraten immer mehr Unternehmer in die Fänge von Kredithaien. Auch dieses Geschäft ist mittlerweile straff durchorganisiert. Geschätzt wird, dass inzwischen 200 000 Kleinunternehmer und Geschäftsinhaber in Italien von Wucherkrediten der Mafia abhängig sind. *Norman Hanert*

Adieu China

Mehrere Firmen verlagern Produktionsstätte zurück nach Europa

Dass die Produktionsverlagerung nach China beileibe kein Selbstläufer mehr ist, macht eine Entscheidung des niederländischen Elektronikkonzern Philips deutlich: Geschlossen wird ein chinesischer Standort und die Produktion wird an den Standort in der niederländischen Stadt Drachten zurückgeholt. Betroffen von der Entscheidung bei Philips ist die Produktion elektrischer Rasierer im obersten Preissegment. Rob Karsmakers, der seit 2009 für den niederländischen Konzern in Asien aktiv ist, erläuterte die Hintergründe des Schritts: „Ein Produktingenieur ist in Shanghai inzwischen genauso teuer wie in Drachten. Aber in China ist die Personalfluktuation höher. Das ist nicht tragfähig.“ Für den lokalen Markt wird in China zunächst noch die Produktion von Elektrorasierern im unteren Preissegment bleiben.

Einen Schritt weiter geht da sogar der deutsche Kochgeschirr-Hersteller Berndes. Der will seine Produktion zukünftig sogar komplett nach Deutschland zurück holen. Das Kalkül: Mit dem „Made in Germany“ lassen sich am Markt höhere Verkaufspreise erzielen, auch bei den Käufern in China.

Entscheidungen von Unternehmen wie Philips oder Berndes, die Produktionsstandorte in China zu schließen, um wieder im Heimatland zu produzieren, sind mittlerweile keine Seltenheit. Die Gründe, die von westlichen Firmen für den Rückzug aus China angeführt werden, sind immer die gleichen: Rasant steigende Löhne, hohe Per-

Ein Ingenieur in Shanghai ist ähnlich teuer wie hier

sonalfluktuation, geringe Qualifikation von Mitarbeitern und aus dem Ruder laufende Transportkosten.

Als massiver Kostentreiber hat sich die hohe Inflation in China entpuppt, die höhere Lohnforderungen und steigende Preise bei den Zulieferern nach sich zieht. In der Summe führen die Faktoren dazu, dass sich die vermeintliche Kostenersparnis durch eine Produktion in China immer weniger rechnet. Falls dann noch Probleme dazu kommen, die Qualitätsstandards zu erfüllen, oder Mindestlöhne um 20 Prozent im Jahr angehoben werden, ist das häufig der Anlass, über den Produktionsstandort China noch einmal nachzudenken.

Systematisch hat sich die Unternehmensberatung Roland Berger mit den zunehmenden Risiken des Wirtschaftsstandortes China auseinandergesetzt. Seit dem Jahr 2006 sind die Exportkosten in China stärker gestiegen als in jedem anderen Land: um 49 Prozent gegenüber einem weltweiten Durchschnittswert von 13 Prozent. Für den Zeitraum von 2010 bis 2015 prognostiziert Roland Berger einen weiteren Anstieg der Produktionskosten um 75 Prozent.

Darauf, dass eine Rückholung der Produktion nicht immer so reibungslos wie bei Philips oder Berndes funktioniert, machte unlängst die „New York Times“ aufmerksam. US-Unternehmen, die statt in China lieber wieder im Heimatland produzieren wollen, sehen sich häufig einem Problem gegenüber, das sich nicht kurzfristig abstellen lässt: Nachdem man mehrere Jahrzehnte auf eine „moderne“ Dienstleistungswirtschaft gesetzt hat, ist es in den USA schwierig, überhaupt noch leistungsfähige industrielle Zulieferer zu finden. *N.H.*

Vorgeschoben

Von Jan Heitmann

Es ist noch keine zehn Jahre her, dass die USA und einige ihrer Verbündeten in den Irak einmarschierten. Der Angriff wurde vor allem damit begründet, dass der Irak durch Entwicklung und Besitz von Massenvernichtungswaffen gegen die über ihn verhängten UN-Resolutionen verstoße. Die westlichen Geheimdienste hätten, so hieß es damals aus Washington, gesicherte Erkenntnisse über die Produktion von biologischen Kampfmitteln in geheimen Anlagen. Gefunden wurde allerdings nichts. Mittlerweile ist bekannt, dass diese Waffen und Produktionsstätten nie existiert haben und die Informationen darüber fingiert waren. Saddam Hussein hat bekommen, was er schon lange verdient hatte, aber der Kriegsgrund war schlicht erlogen. Es ging bei der Militäroperation nur darum, den Diktator zu beseitigen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass sich die US-Regierung heute auf gleiche Weise des Erzfeindes Iran entledigen will, indem sie der Welt Angst vor dessen angeblicher Atomrüstung macht. Angst ist jedoch kein guter Ratgeber. Daher sollten sich die westlichen Regierungen erst auf eine militärische Intervention einlassen, wenn sichere Beweise für eine Gefahr vorliegen und kein anderes Mittel mehr greift.

Politisch-korrekter Maulkorb

Von Rebecca Bellano

Neben konkreten Vorschlägen, wie man die Sprachförderung von Kindern, vor allem jener mit Migrationshintergrund, verbessern kann, bot das Berlin-Institut in seiner Studie „Dem Nachwuchs eine Sprache geben" auch Kritik an der Politik. Dabei ließen folgende Sätze aufhorchen: „Auch im Hinblick auf Sprachförderung gibt es nach wie vor viele ungeklärte Fragen, deren Beantwortung dadurch erschwert wird, dass politische Vorgaben die fachliche Diskussion zuweilen unterminieren. Dies wird etwa an dem Umstand deutlich, dass Evaluationsergebnisse mitunter nicht oder nur sehr zögerlich veröffentlicht werden, wenn sie nicht den Erwartungen entsprechen."

Selten hat man in einer Studie so deutlich die Kritik am staatlich vorgegebenen vor allem politisch-korrekten Maulkorb gelesen wie hier. Merkwürdigerweise gab es keinen Aufschrei. Keine Kanzlerin Angela Merkel, die die Veröffentlichung mit den Worten kommentierte, sie sei „wenig hilfreich". Möglicherweise ist es das Glück der Wissenschaftler, dass sie anders als der ehemalige Berliner Finanzsenator und Ex-Bundesbanker Thilo Sarrazin nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen, doch letztendlich ist der Erfolg beider gering. Bei Thilo Sarrazins zum überwiegenden Teil begründeter und auf Studien basierender Kritik an gesellschaftlichen Missständen wurde vor allem über die Vorwürfe gegen ihn diskutiert. Bei der Studie des Berlin-Instituts hingegen ist die Wahrnehmung gering. Zwar berichteten einige Medien wie die „Frankfurter Rundschau", der „Spiegel", Deutschlandfunk und ZDF über die Arbeit, doch jeder hatte seinen Blickwinkel und eine Debatte über die Folgen der Erkenntnisse auf politischer Ebene ist bisher nicht erkennbar. Aber nur die Politik kann diese Missstände beheben. Es kann nicht sein, dass Milliarden ohne Sinn und Verstand ausgegeben werden, ohne dass geprüft wird, ob die Maßnahmen erfolgreich sind und wie man sie verbessern könnte.

Man fühlt sich an den Fall Thilo Sarrazin erinnert

Letztendlich werden so nicht nur die Zukunftsaussichten der unter mangelnden Deutschkenntnissen in der Schule leidenden Kinder getrübt, sondern auch die der Gesellschaft. Fakt ist nun mal, dass der Anteil von Kindern aus Zuwandererfamilien wächst. Werden diese aber nicht in die Lage versetzt, einen ordentlichen Schulabschluss samt Berufsausbildung zu erlangen, werden sie nie zu Leistungsträgern der Gesellschaft und integriert. Hierfür ist die Beherrschung der deutschen Sprache ein Schlüssel zum Erfolg.

Aber die Politik hört bestimmte Dinge nicht gerne, zum Beispiel, dass es vor allem bei Kindern aus muslimischen Familien Sprachdefizite gibt. Nur Verschweigen hilft hier niemandem. Mit Verschweigen findet man keine Lösungen und sorgt dafür, dass auch die Kinder der Nicht-Integrierten nichtintegriert sein werden. Das ist diskriminierend!



Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), 2010 vor einem Plakat: Die Plakataktion sollte junge Immigranten motivieren, die deutsche Sprache zu erlernen. Unter dem Motto „Raus mit der Sprache. Rein ins Leben" warben mehrere Prominente dafür, Deutsch zu lernen. Ihre Botschaft: Wer die Sprache beherrscht, kann sozial aufsteigen.

Bild: pa

Keine zweite Stasi

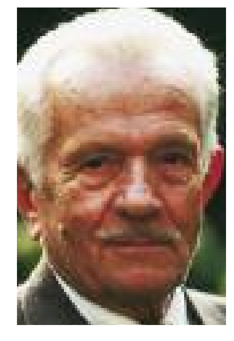
Von Manuel Ruoff

Warum sollte man nicht von der Nachfolgerin der DDR-Regierungspartei Gegnerschaft gegen die Bundesrepublik und deren Grundgesetz erwarten dürfen – und sie entsprechend behandeln? Zwei Argumente werden dagegen gerne angeführt. Da heißt es zum einen, dass die Parlamentarier den Verfassungsschutz zu kontrollieren hätten und nicht umgekehrt. Und da heißt es zum anderen, wer die SED-Nachfolger als Gefahr einschätze, sei ein Mann des Kalten Krieges, der seit über zwei Jahrzehnten vorbei sei.

Dabei wird der konsequente Analogieschluss auf die NPD unterlassen. Diese Partei stellt auch Parlamentarier, aber keiner der Meinungsmacher fordert deshalb eine Schonung der Nationaldemokraten. Auch wird kein Befürworter einer NPD-Beobachtung durch den Verfassungsschutz als Mann des Zweiten Weltkrieges kritisiert, der doch nun mit 67 Jahren weit länger als der Kalte Krieg zurückliegt.

Sicherlich wäre es eine Diskussion wert, ob wir überhaupt einen Verfassungsschutz brauchen angesichts des Risikos, dass dieser von den Regierenden zur Bekämpfung unliebsamer Kritiker missbraucht werden kann. Aber eine Abschaffung des Verfassungsschutzes wollen ja inzwischen die wenigsten Linken. Dafür haben sie mittlerweile zu sehr Besitz von diesem Staat und seinen Organen ergriffen. Ihnen schwebt eine zweite Stasi vor, die ausschließlich gegen Rechts eingesetzt wird. Und davor kann nur gewarnt werden. Eine DDR reicht in der deutschen Geschichte genauso wie ein Drittes Reich.

Moment mal!



Verfassungsfeinde unter Beobachtung

Von Klaus Rainer Röhl

Die Abgeordneten der dreimal umbenannten SED – die ehemalige Stasi-Partei heißt zur Zeit etwas missverständlich „Die Linke" – schreien im Bundestag und im Fernsehen Zeter und Mordio. Am meisten schreit der Altmeister der Fernsehunterhaltung Gregor Gysi, der bis zum Fall der Mauer als Anwalt in der DDR tätig war und seinen Mandanten und dem Staat, so gut es ging, redlich diente. Sie alle stellen dieses große Geschrei an, weil sie vom Verfassungsschutz des Bundes und der Länder beobachtet werden. 27 Abgeordnete, die meisten aus der ehemaligen SED, sind betroffen. Das Innenministerium betonte die Rechtmäßigkeit der Linken-Überwachung, die bereits im Jahr 2009 in allen Details bekanntgegeben und 2010 vom Bundesverwaltungsgericht für rechtens erklärt worden sei. Der Verfassungsschutz müsse das Wirken der Linken im Blick behalten, weil sich in dieser Partei „Kräfte sammeln, die eine Veränderung der bisherigen Staats- und Gesellschaftsform wollen", erläuterte ein Sprecher. Der Verfassungsschutz habe Bestrebungen zu analysieren, die gegen die freiheitliche Demokratie gerichtet seien, und zwar unabhängig von Person, Nationalität oder Partei. Insbesondere die „Kommunistische Plattform" der Linkspartei verfolge solche Ziele, hob der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Thomas Oppermann hervor.

»Die Linke« macht um Pläne zum Systemwechsel kein Geheimnis

Die fast ausnahmslos linksdrehende Provinzpresse ließ sich sogleich auf das Geschrei ein und titelte: „Staatsschutz ließ Linke ausspähen" („Kölner Stadtanzeiger"). Gleich drei falsche Zungenschläge: Nicht Linke wurden ausgespäht, sondern Abgeordnete der Partei „Die Linke". Als ehemalige Parteigänger eines Unrechtsregimes, nämlich der Ulbricht-DDR, wurden sie von den Verfassungsschutzbehörden in Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern beobachtet. Bis heute haben noch nicht alle Abgeordneten der „Linken" ihre Stasi-Vergangenheit aufgearbeitet oder sich gar öffentlich dafür entschuldigt. „Bespitzelt" wurde niemand, das wurde man als Regime-Gegner im Ulbricht-Honecker-Staat, und zwar von der Staatssicherheit. Oder bei Hitler von der Gestapo. Die Provinzzeitungen, die ihren Lesern suggerieren, dass schon wieder, wie früher, linke Politiker in Deutschland bespitzelt werden, sind vielleicht nicht böswillig, sondern nur fahrlässig und denkfaul. Das hat dazu geführt, dass viele Jugendliche nicht wissen, wie das Leben in Mitteldeutschland zur Zeit Walter Ulbrichts war.

Am 13. August 1961 wurde die Mauer um West-Berlin errichtet, der sogenannte „antifaschistische Schutzwall" aus Stacheldraht, Beton und Stahlkonstruktionen durch Deutschland gezogen, gesichert mit Todesfallen, einem Minengürtel und auf den Mann dressierten Kampfhunden. Gelang es dennoch einem „Grenzverletzer", die Sperren zu überwinden, gab es den Befehl, den Flüchtling zu erschießen, mit einem gezielten Todesschuss. Den Schießbefehl gaben Funktionäre des Staates, die nach einem halbherzigen Versuch, sie dafür wegen Anstiftung zum Mord anzuklagen, heute unangetastet unter uns leben und meistens sogar Renten erhalten. Beinahe jeder zweite mitteldeutsche Jugendliche und sogar 66,5 Prozent der westdeutschen Schüler meinten, die DDR sei keine Diktatur gewesen!

Über die Diktatur des Nationalsozialismus werden die Schüler in allen Bundesländern sozusagen pausenlos informiert. Ein Vergleich beider Diktaturen – im Sinne der Totalitarismus-Theorie – findet sich offenbar in keinem Lehrplan.

Obwohl es in Thüringen, so fand die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" („FAZ") heraus, Lehrpläne und Unterrichtsmaterial gibt, die die totalitären Strukturen der DDR erörtern, werden diese Materialien (Terror und Tod durch Zwangsaussiedlungen und sogar Berichte über das sowjetische Speziallager II. im ehemaligen KZ Buchenwald) wenig angenommen, und Systemvergleiche auch nur zwischen Ost und West in den Lehrplänen durchzusetzen, sei bei Politikern und Wissenschaftlern „sehr umstritten" gewesen, berichtete die Leiterin des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung und Medien, Siegrid Biskupek, der „FAZ".

Wie viel schwieriger und „umstrittener" wird es dann wohl sein, die rote und die braune Diktatur zu vergleichen und zum Gegenstand des Unterrichts zu machen? Wird das in der ganzen Welt in Millionenauflage verbreitete „Schwarzbuch des Kommunismus" je zum Unterrichtsstoff?

Nur jeder zehnte Jugendliche berichtete, in der Schule sei ihm ein negatives Bild über die DDR vermittelt worden. Es war nicht alles schlecht! Die wichtigsten Vermittler des geschönten DDR-Bildes sind allerdings nach wie vor die Eltern, in deren Erinnerung die Honecker-Diktatur zunehmend verklärt wird, je länger der Fall der Mauer her ist.

Die Mehrzahl der untersuchten Schüler, Gymnasiasten und Hauptschüler, verfügt heute über einen Zugang zum Internet und kann gut damit umgehen, etwa beim Herunterladen von Musik, Klingeltönen, Pornofilmen oder beim Bestellen von Handys, Spielekonsolen, Modeklamotten und anderen Gegenständen bei „e-bay". Die totalitären Diktaturen gehören nicht zu den bevorzugten Interessengebieten der jungen Internetsurfer. Eine Generation ohne Gedächtnis?

Am Ende stünde wieder ein Unrechtsstaat, der verhindert werden muss

Die in Düsseldorf erscheinende „Rheinische Post" ist eine seltene Ausnahme unter den Provinzzeitungen Deutschlands. Hier wurde das aufgeregte Gebaren der Partei „Die Linke" anders gewertet: „Der Chemnitzer Politikwissenschaftler und Extremismus-Forscher Eckhard Jesse glaubt, dass die Karlsruher Richter die Rechtsprechung bestätigen. Der Verfassungsschutz setze keine verdeckten Ermittler ein, wie etwa bei der Beobachtung der rechtsextremen NPD. In der Linkspartei gebe es nach wie vor zahlreiche extreme kommunistische, trotzkistische Gruppierungen; darüber hinaus stelle das Parteiprogramm der Linken die ‚Systemfrage', so Jesse im Gespräch mit der ‚Rheinischen Post'". Auch brächten die Linken es einfach nicht über die Lippen, zu sagen: „Kuba ist eine Diktatur, und die DDR war ein Unrechtsstaat." Jesse schreibt: "Sie sind schlau und betonen die Ablehnung des Systems der DDR. Aber das heiße nicht, dass alle Führungskräfte der Linkspartei auch die Demokratie stützten: Wenn eine Partei solche Kräfte in ihren Reihen hat, ist die Demokratie geradezu dazu verpflichtet, Material zu sammeln. Die Aufregung darüber ist vollkommen deplatziert."

Die gute alte Tante "FAZ", kein Provinzblatt, sondern eine Weltstadt-Zeitung, schloss die Debatte mit der nötigen Klarstellung: „Wer unter dem Deckmantel eins Parteienprivilegs – wieder – einen rassistischen Führerstaat anstrebt, der hat dieses Privileg entzogen bekommen. Dasselbe gilt für eine Gruppe, die – ebenfalls wieder – versucht, eine sozialistische Diktatur zu errichten." Und: „Jede Partei, insbesondere die Linkspartei muss wissen: Was sie zu einem Verbot oder Austrocknen der NPD äußert, kann prinzipiell auch gegen sie selbst verwendet werden."

Wenn man in Kambodscha sich heute noch als Anhänger des Massenmörders Pol Pot zu erkennen gibt, kann man hingerichtet werden. Wer sich in Deutschland als Anhänger Hitlers bezeichnet, dem droht mit Recht die ganze Schärfe des Gesetzes. Sahra Wagenknecht hat sich mehrfach als Bewunderin Stalins geoutet. Seit zwei Jahren allerdings „ruht" ihre Mitgliedschaft in der „Kommunistischen Plattform". Kann man auch eine Mittäterschaft ruhen lassen?

Schreiben Sie dem Autor unter klausrainer@gmx.de

In den Fußstapfen von Friedrich dem Großen

Bankier legt Grundstein für das dauerhafte Überleben der angeschlagenen Königlichen Porzellan-Manufaktur

Auch wenn es auf den ersten Blick nicht ganz schlüssig erscheint, warum man im Friedrich-Jahr auch einen Blick auf den Berliner Bankier Jörg Woltmann werfen sollte, so zeigt sich auf den zweiten doch, was den 1712 geborenen preußischen König Friedrich II. und den 1947 geborenen Berliner Bankkaufmann eint: Beide haben sie die Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin (KPM) vor dem Ruin gerettet.



Will Traditionsunternehmen bewahren: Jörg Woltmann ist jeden Vormittag bei KPM, nachmittags in seiner Bank Bilder (3): KPM

Dass Friedrich der Große 1763 das Unternehmen von dem mit ihm befreundeten, in Westpreußen geborenen Johann Ernst Gotzkowsky übernahm, war wenig überraschend. Der König hatte den umtriebigen Kaufmann dazu animiert, eine Porzellan-Manufaktur in Berlin zu etablieren. Als der auch im Osteuropa-Geschäft sehr aktive, wohl auch etwas spekulativ arbeitende Gotzkowsky im Zuge des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) in finanzielle Probleme geriet, kaufte ihm der Preußen-König die Porzellanfabrik für 225 000 Reichsthaler ab, was etwa zweieinhalb Millionen Euro entsprechen dürfte. Friedrich II. gab der Manufaktur in der Prinz-Albrecht-Straße ihren heutigen Namen und führte das Zepter des kurbrandenburgischen Wappens als Markenzeichen ein – als Gegenpol zu den Meißner Kurschwertern. Mehr oder weniger freiwillig hatte man schon den einen oder anderen Fachmann aus Meißen abwerben können: Da die Stadt im Siebenjährigen Krieg von preußischen Truppen besetzt war, konnte man von Berlin aus einigen Druck ausüben.

Fortan entwickelte der Monarch selbst auch eigene Pläne, wie man das „weiße Gold“ in Szene setzen könnte. So äußerte Friedrich II. beispielsweise 1783 den Wunsch nach einen Tafelservice mit mythologischen Szenen nach Ovid. Zur Inspiration stellte er den Porzellanmalern eine zeitgenössische französische Ausgabe der Metamorphosen aus seiner persönlichen Bibliothek zur Verfügung. KPM hat 2011 Teile des Service aufgelegt und somit kann man heute wieder ein von Friedrich dem Großen höchstselbst inspiriertes Kaffeeservice erwerben.

Aber auch zahlreiche Vasen und andere Stücke aus Porzellan, die der König einst orderte, sind heute noch zu kaufen. Das liegt auch daran, dass Friedrich II. sein 1763 erworbenes Unternehmen vor allem dadurch florieren ließ, dass er selbst einer der besten Kunden war. Bis zu seinem Tode 1786 nahm er Waren im Wert von zwei Millionen Taler ab. Und so weckte er auch beim Adel und gehobenen Bürgertum den Wunsch, sich jenes Porzellan in die Schlösser und Villen zu stellen, das auch ihr Staatsoberhaupt besaß. Zudem nutze der König auch seine Position, um über Zölle KPM eine quasi Monopolstellung in den preußischen Landen zu bescheren.

Die Möglichkeit hat Jörg Woltmann wohl zu seinem Bedauern nicht. Auch ist es heute nicht mehr ein Zeichen von Wohlstand, sich ein teures Service zu leisten. Heutzutage haben Mercedes, Porsche und Reisen auf die Malediven Porzellan auf der Liste der Begehrlichkeiten der Schönen und Reichen, aber auch der gehobenen Mittelschicht, abgelöst. Wie auch Meißen versucht KPM eine Möglichkeit zu finden, den Kunden der Gegenwart für seine Produkte zu begeistern.

Während Meißen nach wie vor ein Staatsbetrieb ist, allerdings seit einiger Zeit von einem ehemaligen Unternehmensberater geführt wird, ist KPM seit 2006 in der Hand von Jörg Woltmann. Wobei der Grundstein für seine Beziehung zu KPM bereits 1905 gelegt wurde. Damals erwarben seine Großeltern ein Service des Traditionsunternehmens, das wohlbehütet sogar zwei Kriege überstand.

Großeltern weckten Begeisterung

1918, nach Ende des Ersten Weltkrieges und auch der Monarchie, gehörte KPM nicht mehr dem preußischen König, sprich ab 1871 deutschen Kaiser, sondern ging als Staatliche Porzellan-Manufaktur in den Besitz des Landes Berlin über. Zwar wurde in der Zwischenkriegszeit Porzellan nicht mehr vom Monarchen anderen Herrscherhäusern als Geschenk gemacht, dafür entdeckte das gehobene Bürgertum Porzellan immer mehr als Wertanlage. Der Erwerb eines teuren Service, das man seinen Kindern hinterlassen würde, die es wiederum ihren Kindern vermachen würden, wurde in breiteren Schichten immer beliebter. Mit dem 1931 von Trude Petri gestalteten Service Urbino schuf KPM zudem eine weitere Produktlinie, die dem Zeitgeschmack entsprach.

1943 wurde die Manufaktur im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt, doch nach dem Krieg ging es irgendwie weiter. Offenbar lief das Geschäft jedoch immer schleppender. Da half es auch nicht, dass das Land Berlin 1988 dem nun als GmbH geführten Unternehmen seinen alten Namen wiedergab. KPM drohte zum Jahrtausendwechsel dann endgültig die Schließung. Drei Investoren boten dem Land an, KPM zu übernehmen. Franz Wilhelm von Preußen, 1943 geborener Urenkel von Kaiser Wilhelm II., erhielt dann, finanziell unter anderem von Jörg Woltmann, dem Chef der Allgemeinen Beamtenkasse, unterstützt, den Zuschlag. Doch interne Querelen unter den Investoren ließen erneut Insolvenzgerüchte die Runde machen. Erst als sich Woltmann 2006 entschied, KPM für elf Millionen Euro allein zu übernehmen, nachdem er den Mitarbeitern und dem Land Berlin einige Zugeständnisse abgerungen hatte, kam KPM aus den Negativschlagzeilen heraus.

„Ich wollte nicht zulassen, dass dieses Unternehmen nicht mehr existiert“, erklärte Woltmann damals seinen Einsatz für das älteste produzierende Unternehmen in Berlin, das in den zwölf Jahren vor seiner Übernahme neun Geschäftsführer verschlissen hatte. Schon als Kind durfte er von den Tellern des von seinen Großeltern erworbenen Service essen. KPM war für ihn ein Kulturgut, das nicht sterben durfte.

Und derzeit sieht es so aus, als würde KPM nach zahlreichen Investitionen in die Manufaktur an der S-Bahnstation Berlin-Tiergarten, den angegliederten Präsentationsräumen mit neuem Café, mehreren neuen, repräsentativen Verkaufsstellen langsam in die Nähe der schwarzen Null kommen. Vormittags, meist schon vor acht Uhr, ist Woltmann in seinem Büro bei KPM und führt das Unternehmen mit seinen 170 Mitarbeitern, von denen 130 in der Herstellung arbeiten und der Rest im Verkauf sowie in der Verwaltung tätig ist. Nachmittags geht Woltmann dann in seine Bank, wo er weitere 85 Mitarbeiter beschäftigt. An die neun Millionen Euro beträgt der Umsatz von KPM. Eine neue Produktpalette, die jüngere Käuferschichten ansprechen könnte, ist angedacht. Zwar ist Woltmanns 1985 geborene Tochter auch im Unternehmen tätig, doch obwohl sie Design studiert hat, ist sie derzeit in der Veranstaltungsorganisation aktiv. Ob KPM, die sich bisher auf die Produktlinien der wenn auch überwiegend glorreichen Vergangenheit verlässt, am für Porzellan engen Markt der Gegenwart überlebt, werden vermutlich die nächsten Jahre zeigen. Denn auch der 65-jährige Mäzen Woltmann wird sich nicht ewig ein Unternehmen leisten können, das ihn nur Zeit und Geld kostet. Doch vielleicht bringt das Friedrich-Jahr 2012 ja bereits die Wende. Schon jetzt beschert es dem von Namensgeber Friedrich dem Großen geretteten Unternehmen Aufmerksamkeit und in der Folge vielleicht den einen oder anderen Preußenbegeisterten Neukunden.

Rebecca Bellano

Der Stein regt sich

Niclaus Gerhaert: Dem herausragenden Bildhauer des Spätmittelalters ist in Frankfurt eine attraktive Schau gewidmet

Die schöne Bärbel von Ottenheim gehört zu den größten Prachtstücken des Frankfurter Liebieghauses. Ihren Kopf hat Niclaus Gerhaert von Leyden (um 1430–1473) in Stein gemeißelt. Er gilt als einer der einflussreichsten Bildhauer der Spätgotik. Be-sonders durch „die überraschende Lebendigkeit und berührende Lebensnähe der Figuren setzte er neue Maßstäbe“. Das erklärt Stefan Roller, Kurator der Gerhaert im Liebieghaus eingerichteten Prachtausstellung. Neben 20 Arbeiten von der Hand Gerhaerts und seiner Werkstattgehilfen sind 50 Skulpturen seiner Nachfolger zu sehen.

Über Niclaus Gerhaerts' Lebensweg ist wenig bekannt. Die Signatur am Grabmahl des Trierer Erzbischofs Jakob I. von Sierck überliefert uns immerhin seinen Namen und seine Herkunft aus den Niederlanden: „nicola gerardi de leyd(en)“. Er wirkte wohl ab Ende der 1450er Jahre bis 1467 in Straßburg. Anschließend begab er sich auf Geheiß Kaiser Friedrichs III. an dessen Hof. Sein bedeutendster Auftrag war die Schaffung der aus Marmor gehauenen Deckplatte mit dem Kaiserbildnis des im Wiener Stephansdom aufgestellten monumentalen Grabmals Friedrichs. Gerhaert starb 1473 in Wiener Neustadt.

Die Schau beginnt mit der steinernen Büste eines Mannes (um 1463), bei der es sich möglicherweise um ein Selbstbildnis Gerhaerts handelt. Der geschraubt und gewunden aufsteigende Stein scheint sich zu regen. Der Kopf mit den verträumt geschlossenen Augen, um die feine Fältchen sichtbar sind, ist zur einen Schulter geneigt und in die Hand gestützt. Deren Finger drücken sich in die Wangen ein. Selbst eine Schläfenader tritt deutlich hervor. Diese phänomenale Behandlung der Hautpartien zeichnet auch das faltenreiche Kopffragment einer Prophetenbüste und das mit zartem Teint ausgestattete Kopffragment einer Sibyllenbüste (beide 1463) aus. Beide sind Überbleibsel des kurz nach der französischen Revolution zerstörten Straßburger Kanzleiportals. Einer populären Überlieferung zufolge stellen der alte Mann und die junge Frau ein skandalöses Pärchen dar. Es soll sich um Jakob von Lichtenberg, den Obervogt von Straßburg, und seine Mätresse, die schöne Bärbel von Ottenheim, handeln.

Skulptur als bewegter Körper

Kurator Roller weist hin auf Gerhaerts „bisweilen fast schon waghalsige Virtuosität im Umgang mit dem Material“. In der Grabanlage des Konrad von Busnang (1464) etwa, die den Geistlichen in Anbetung von Maria und dem Jesusknaben zeigt, scheint ein steinernes Spruchband frei zu schweben, das freilich von zwei schmalen rückwärtigen Stegen gehalten wird. Und am monumentalen Baden-Badener Kruzifix (1467), von dem ein Gipsabguss ausgestellt ist, scheint das Lendentuch an beiden Körperseiten der 230 Zentimeter hohen Christusfigur im Wind aufzuflattern.



Setzte neue Maßstäbe: Selbstbildnis des Künstlers Bild: Liebieghaus

Zu den Steinbildwerken gesellen sich zweifarbig gefasste Holzskulpturen vom Nördlinger Hochaltar (1462). In großem Bewegungsreichtum schiebt Maria Magdalena den Bauch raus, wirft sich in die linke Hüfte und legt den Kopf schief. Neben ihr löst Sankt Georg seine gefährliche Aufgabe mit geradezu tänzerischer Eleganz. Zierlich hat der mit goldener Rüstung angetane Heilige das linke Beine vorgesetzt, während er dem fauchenden Drachen seinen Schild in den Nacken stemmt.

Dass Gerhaert mit seinem neuartigen Konzept der „Skulptur als bewegtem Körper im Raum“, wie Kurator Roller das nennt, zur wegweisenden und für viele Jahrzehnte prägenden Künstlerpersönlichkeit aufstieg, veranschaulichen die im letzten Saal ausgestellten Arbeiten anderer Bildhauer. Mit tänzelnder Anmut präsentiert sich Michel Erharts steinerner Ritter vom Ulmer Fischkastenbrunnen (1482). Vor faltiger Lebendigkeit strotzen die von Hans Bilger von Worms geschaffenen, farbig gefassten Holzbüsten der vier Kirchenväter (1489–1496). Als Niclaus Gerhaerts bedeutendster Nachfolger aber gilt der mit einem kleinen Kruzifix (Laubholz, um 1495/1500) und einer großen Muttergottes mit zappeligem Jesuskind (Laubholz, um 1520) vertretene Veit Stoß. *V.-M. Thiede*

Bis 4. März im Liebieghaus, Schaumainkai 71, Frankfurt am Main. Informationen: Telefon (069) 6500490, Internet: www.liebieghaus.de. Eintritt: 9 Euro. Der Katalog aus dem Michael Imhof Verlag kostet im Museum 39,90 Euro, im Buchhandel 49,90 Euro

Neue Exponate im Kulturzentrum

Ein neues Ausstellungsstück bereichert die Sammlungen des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen. Mit einer modernen Medienstation wird den Besuchern die Geschichte des Deutschen Ordens in Kurzform erläutert. „Von Jerusalem bis Königsberg – Der Deutsche Orden und Ostpreußen“ heißt der nur wenige Minuten lange Film, der in der neuen Medienstation die Geschichte des Ordens zeigt. Dieser beginnt bei der Gründung aus einer Spitalgemeinschaft während des 3. Kreuzzuges in das Heilige Land um 1198 bei Akkon. Der Bericht erläutert die Aufgabe der Stützpunkte im Heiligen Land, die folgende Konzentration im Baltikum mit der dortigen Christianisierung und der Gründung des Deutschordensstaates bis hin zur Umwandlung in ein weltliches Fürstentum im Zuge der Reformation.

Neu in der Sammlung des Kulturzentrums Ellingen ist eine Bronzeplastik von Käthe Kollwitz, die der 1906 in Mannheim geborene und 1969 in Hamburg verstorbene Bildhauer Gustav Seitz geschaffen hat. Seitz war Mitglied der 1947 gegründeten fränkischen Künstlergruppe „Der Kreis“ und hat seine Werke auf der „documenta“ ausgestellt. Die mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen erworbene Bronzeplastik entwarf Seitz 1957/58 und ließ sie nur in zehn Exemplaren gießen. Sie ist eine verkleinerte Ausgabe des im Herbst 1960 in Berlin-Prenzlauer Berg auf dem Kollwitzplatz aufgestellten Denkmals.

Bei der Vorstellung der Medienstation und der neuen Bronzeplastik erläuterte Museumsdirektor Wolfgang Freyberg die Pläne für den Umbau innerhalb der Schauräume des Schlosses. So soll der 280. Jahrestag des Zuges der Salzburger Exilanten auf ihrem Weg durch die Region zum Anlass genommen werden, den diesen Themenkomplex betreffenden Raum zu modernisieren. Zudem soll auch der zweite Ausstellungsraum zum Thema „Bernstein“ umgestaltet werden. *PAZ*

Politik im Zeichen der Fledermaus

Eigner der vor 150 Jahren gegründeten Rum-Firma Bacardi waren Akteure, Nutznießer und Opfer

Der Name Bacardi steht weltweit nicht nur für eine Rummarke, sondern für karibisches Lebensgefühl: Sommer, Sonne, Strand und Meer, dazu ein tropischer Cocktail. Diese Werbebotschaft zieht bis heute und hat Bacardi zum meistverkauften Rum der Welt gemacht. Allerdings steht der Name auch für ein starkes politisches Engagement.

Der Firmensitz von Bacardi befindet sich seit 1992 auf den Bermudas, doch gegründet wurde das Traditionsunternehmen vor 150 Jahren, am 4. Februar 1862, in Santiago de Cuba. Vorstandsvorsitzender ist seit 2005 Facundo L. Bacardi, ein direkter Nachfahre des Firmengründers Facundo Bacardi y Mazó. Geboren 1814 unweit von Barcelona auf dem Lande als eines von acht Kindern, träumte dieser wie viele seiner Generation von einem besseren Leben in Amerika. Kuba war damals dank seiner Zuckerproduktion eine der reichsten überseeischen Kolonien Spaniens und versprach Einwanderern Glück und Wohlstand. Facundo war gerade einmal 16 Jahre alt, als er 1830 mit seinen beiden älteren Brüdern nach Kuba auswanderte. Sie gründeten in Santiago einen Krämerladen, der jedoch nicht wie erwartet lief. Nach zehn Jahren kehrten die beiden älteren Brüder gescheitert und enttäuscht zurück. Facundo hingegen blieb und eröffnete allein einen Wein- und Spirituosenhandel, der mehr schlecht als recht florierte. 1843 heiratete er seine Frau Amalia Bacardí Moreau, die ihm nicht nur sechs Kinder schenkte, sondern auch 10 000 Pesos mit in die Ehe brachte – nicht etwa als Mitgift, sondern als Darlehen: Der Schuldschein ist bis heute erhalten.

Doch erst das Erbe der kinderlosen Patentante seines ältesten Sohnes versetzte Facundo in die Lage, eine pleitegegangene Rumbrennerei zu erwerben und sie 1862 unter eigenem Namen ins Handelsregister eintragen zu lassen. Zwar hatte Facundo keine Erfahrung mit dem Brennen von Rum, doch sein Ziel war ehrgeizig: Er wollte den billigen Schnaps der Arbeiter und Seeleute so veredeln, dass er sich in punkto Milde und Geschmack mit den hochprozentigen Getränken der feinen Kreise messen kann: französischem Cognac und spanischem Brandy. Die Nachfrage nach dem „Rum mit der Fledermaus“ stieg nicht nur in den besseren Kreisen, sondern auch in den Läden und Kneipen der Insel.

Die Idee mit der Fledermaus als Firmenlogo stammt der Familienlegende nach von Doña Amalia. Unter dem Dach der Rumbrennerei lebte eine Fledermauskolonie, deren Anwesenheit sie als gutes Omen interpretierte, da die Tiere in der Karibik als Glücksbringer gelten. Sie bestand darauf, die Tiere nicht zu verjagen, und machte den Vorschlag, eine Fledermaus auf das Flaschenetikett zu malen als Wiedererkennungszeichen für die vielen Analphabeten, die damals rund zwei Drittel der Bevölkerung ausmachten. So wurde die Fledermaus zum Wahrzeichen und setzte von Kuba aus langsam, aber stetig zum Flug um die ganze Welt an.

Als Patriarch Don Facundo 1886 starb, hinterließ er, rein finanziell gesehen, kein bedeutendes Erbe. Doch hatte er den Grundstein gelegt, auf dem seine Kinder und Kindeskinder das weltweit größte im Familienbesitz befindliche Spirituosenunternehmen aufbauen konnten.

In den nun folgenden Jahren und Jahrzehnten erweisen sich Kubas Erlangung der Unabhängigkeit von Spanien und dessen politisches Heranrücken an die Vereinigten Staaten um die Wende zum 20. Jahrhundert, was neue Absatzmärkte erschließt, als entscheidende Erfolgsfaktoren. Nach 1910 in Barcelona, errichtet Bacardi 1916 eine Abfüllanlage in New York und wird zum ersten international tätigen Unternehmen Kubas. In den 20er Jahren kurbelt die Prohibition in den USA Kubas Wirtschaft an. Zum einen blüht der Schmuggel, zum anderen entdekken reiche US-Amerikaner die Insel als Paradies für Alkohol und Glücksspiel direkt vor ihrer Haustür. Bacardi steuert weiter auf internationalem Kurs. 1934 wird nicht nur eine Destillerie in Mexiko gebaut, sondern auch ein Werk in Cataño auf Puerto Rico, um die drastischen Einfuhrzölle in die USA zu umgehen.



Ein Wahrzeichen Havannas: Der Bacardi-Turm *Bild: mauritius*

Nach der kubanischen Revolution 1959 und der entschädigungslosen Enteignung 1960 durch Fidel Castro erweisen sich die internationalen Niederlassungen des Unternehmens als überlebenswichtige Standbeine. Der in die USA emigrierten Familie gelingt es, ihre internationalen Markenrechte zu behalten und ihren Wachstumskurs erfolgreich fortzusetzen. Durch den Zukauf zahlreicher weiterer Marken wird aus dem einstigen Rumfabrikanten ein internationaler Spirituosenkonzern.

Die Familie Bacardi ist jedoch nicht nur Nutznießer und Opfer von Politik, vielmehr pflegt sie auch eine lange Tradition, sich politisch zu engagieren. Emilio Bacardi y Moreau, der älteste Sohn des Firmengründers, kämpfte zum Ende des 19. Jahrhunderts gegen die spanische Kolonialherrschaft. Dafür wurde er zunächst von der Insel verbannt und nach seiner Rückkehr zum ersten freigewählten Bürgermeister von Santiago de Cuba. Auch den Kampf der Castro-Revolutionäre gegen das korrupte Batista-Regime unterstützen die Bacardis zunächst. Als sich jedoch ein kommunistischer, prosowjetischer Kurs abzeichnet, gehen sie auf Distanz, werden enteignet und emigrieren. Seitdem bekämpft die Familie Bacardi das kubanische Regime politisch und wirtschaftlich mit allen Mitteln.

In den 90er Jahren bringt Bacardi durch intensive Lobbyarbeit den Helms-Burton Act durch den US-Kongress, ein umfassendes Handelsembargo gegen Kuba, zustande. Der Senator Jesse Helms und der Abgeordnete des Repräsentantenhauses Dan Burton, auf deren Entwurf das Gesetz basiert, erhielten zuvor Wahlkampfgelder von Bacardi, deren Hausanwälte auch die Gesetzesvorlage formulierten. Deshalb wird es auch spöttisch „Bacardi-Gesetz“ genannt. Nach Recherchen des Journalisten Hernando Calvo Ospina flossen bereits in den 60er Jahren erhebliche Summen vom damaligen Bacardi-Chef José Pepín Bosch an die CIA zur Finanzierung von Anschlägen auf Castro. Ospinas 2002 unter dem Titel „Im Zeichen der Fledermaus“ erschienenes Buch liefert dafür hinreichend Anhaltspunkte. Bacardi bezeichnete diese zwar als Fälschungen, doch ist es nie zu einem Prozess gegen das Buch oder einzelne Passagen gekommen. Das gibt zu denken, gehen doch die Bacardi-Anwälte sonst kaum einem Rechtsstreit aus dem Weg. *Angelika Fischer*

»Genau so war es«

Ausstellung in Hamburg erinnert an die verheerende Sturmflut vor 50 Jahren

Drei Katastrophen haben die Freie und Hansestadt Hamburg nachhaltig erschüttert: Der Große Brand von 1842, der den Stadtkern in Schutt und Asche legte, die Feuersturmnächte mit Zehntausenden von Toten im Sommer 1943 und die Sturmflut, die die Hansestadt im Februar vor 50 Jahren heimsuchte. An das letzte Ereignis erinnert eine eindringliche Ausstellung im Hamburger Auswanderermuseum BallinStadt.

Ausgelöst wurde die Sturmflut vom Orkan „Vincinette“, der vom Nordpolarmeer über Island in Richtung Deutsche Bucht raste und die tiefgelegenen südlichen Stadtteile der Hansestadt in der Nacht vom 16. auf den 17. Februar 1962 mit voller Wucht traf. Insgesamt 340 Menschen ertranken in den sintflutartigen Wassermassen. Unter dem Titel „Die Flut Hamburg 1962“ erinnert das Auswanderermuseum Ballin-Stadt auf der Hamburger Veddel mit einer Ausstellung an dieses tragische Ereignis, das als „Jahrhundertflut“ in die Annalen der Hansestadt einging.

Im Haus 1 der BallinStadt, einem schlichten roten Backsteingebäude der originalgetreu wieder aufgebauten Auswandererhallen der HAPAG-Reederei, hat sich bereits am frühen Morgen eine Schulklasse aus Harburg eingefunden. Mit Verwunderung betrachten die 16-Jährigen die im typischen Stil der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts eingerichtete Zimmerecke gegenüber dem Eingang. Neben zwei plüschigen Cocktailsesseln in rosa und hellblauen Bonbonfarben erweckt ein klobiges Radio ihr Interesse, aus dem gerade das Schluchzen einer Frau zu hören ist, die von den furchtbaren Ereignissen der vergangenen Nacht berichtet, unterbrochen von den schrillen Sirenentönen der Einsatzwagen und einer Warnung der Polizei, auf etwaige Plünderer würde ohne Vorwarnung geschossen. Eine Reportage im Originalton aus jenen Tagen, als Hamburg in den eiskalten Fluten der Elbe versank. Die Schüler schauen ihren Lehrer betroffen an, der die Sturmflut mit dem Tsunami in Südostasien vergleicht, an den sich alle noch erinnern können.

> Zahlreiche Fotos und Originalgegenstände zeichnen die Ereignisse nach

An den Wänden prangen riesige Schwarz-Weiß-Fotos, die das Drama in chronologischer Folge dokumentieren: Während ein Bild in schwere Decken gehüllte Menschen mit vor Angst verzerrten Gesichtern in einem Schlauchboot zeigt, ist auf dem nächsten ein Haus zu sehen, von dem nur noch das obere Stockwerk aus den dunklen Fluten ragt. Ergänzt wird das Schreckensszenario durch eine Reihe von Gegenständen aus jener Zeit, die bei der Bekämpfung der Katastrophe eingesetzt wurden – Rettungswagen, altertümlich anmutende Wasserpumpen, hoch aufgetürmte Sandsäcke, Schlauchboote und medizinisches Gerät. Audio- und Videoeinspielungen runden das Bild der dramatischen Ereignisse ab.

Im angrenzenden Raum melden sich Zeitzeugen auf großflächigen Tafeln zu Wort. Erschütternd ist der Bericht des seinerzeit 29-jährigen Harry Braun, der seit 1960 bei der Feuerwehr tätig war. Eindringlich schildert er, wie er und seine Kollegen versuchten, Frau und Kinder des Neßsander Vogelwarts zu retten. Doch der Sturm hatte das Wasser so aufgewühlt, dass ihr Schlauchboot die Insel nicht erreichen konnte. Die Helfer mussten tatenlos zusehen, wie das Haus der Familie in den Fluten versank. Ein traumatisches Erlebnis, das Harry Braun bis heute nicht vergessen hat. Weitere Einsätze folgten, bei denen der junge Mann sein Leben erneut aufs Spiel setzte. Er war auch unter den 100 000 Menschen, die zehn Tage später an der Trauerfeier auf dem Rathausmarkt teilnahmen. Eine Auszeichnung für seinen Einsatz aber lehnte er ab: Hanseaten nehmen keine Orden an. Lisa Hoffmann, eine Bewohnerin der Veddel, dem neben Wilhelmsburg am heftigsten betroffenen Stadtteil, erinnert sich ebenfalls mit Grauen an die schrecklichen Tage, als die Flut ihr Viertel gänzlich unter Wasser setzte.

Vollgelaufene Keller und Autos, die wie Streichholzschachteln auf dem Wasser trieben, waren vielleicht noch das kleinere Übel, verglichen mit den Toten und jenen Menschen, deren ganzes Hab und Gut von den Wassermassen verschlungen wurde.

> Zeitzeugen denken erschüttert an die Katastrophe von 1962 zurück

Ein alter Herr aus Wilhelmsburg zeigt sich tief bewegt von der Ausstellung: „Genau so war es“, sagt er. „Manche Menschen haben in den elbnahen Vororten und Dörfern auf den Dächern ihrer Häuser gestanden und auf Rettung durch einen Hubschrauber gehofft.“ Ihr Mann, so berichtet eine Frau in einer Rundfunkaufzeichnung, habe seine Unterhose an einem Besenstiel befestigt und diesen hin- und hergeschwenkt, um auf sich und die Seinen aufmerksam zu machen. Sämtliche Zeitzeugen aber sind sich in einem einig: Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung sei überwältigend gewesen, viele Bürger hätten Flutopfer freiwillig in ihren Häusern und Wohnungen aufgenommen und versorgt, um schon einmal die schlimmste Not zu lindern. Plünderungen habe es äußerst selten gegeben. „Und einem typischen Hanseaten sind wohl alle, die dabei waren, bis heute dankbar“, nimmt der Wilhelmsburger den Faden wieder auf. „Wenn unser damaliger Innensenator und spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt nicht so beherzt und unbürokratisch eingegriffen hätte“, sagt er zum Abschied, „wäre alles mit Sicherheit noch viel schlimmer gekommen.“ *Uta Buhr*

Die Ausstellung „Die Flut Hamburg 1962“ in der BallinStadt in Hamburg-Veddel läuft bis zum 29. Februar und ist täglich von 10 bis 16.30 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 12 Euro. BallinStadt, Veddeler Bogen 2, Telefon (040) 3197916-0, E-Mail: info@ballinstadt.de

Späterer Britenherrscher im Deutschordensland

Die Preußenfahrt des Heinrich Bolingbroke, Herzog von Lancaster und später König Heinrich IV. von England

Bevor der englische Adelige Heinrich Bolingbroke (1366 oder 1367 bis 1413) im Jahre 1399 als König Heinrich IV. von England in die Geschichte einging, hatte er viele Gefahren zu überstehen. Kriege und blutige Machtkämpfe prägten sein Leben. Auf einem Kriegszug des Deutschen Ordens lernte er das Ordensland kennen.

Am 8. August 1390 landete Heinrich Bolingbroke mit einem großen Gefolge bei Rixhöft nahe der Halbinsel Hela an der pommerschen Küste. Anschließend zog der Earl zunächst weiter nach Danzig. Ziel und Zweck seiner Schiffsreise nach Nordosteuropa war die Beteiligung an einer sogenannten Preußenfahrt. Als Preußenfahrten bezeichnete man die Kriegszüge west- und mitteleuropäischer Adeliger und ihrer Ritter unter der Führung des Deutschen Ordens in das Gebiet der baltischen Litauer, die es zu bekehren galt. Diese Militäroperationen wurden zwar als Kampf für das Kreuz deklariert, tatsächlich aber hatten sie überwiegend den Charakter von Eroberungsfeldzügen. Heinrich Bolingbroke setzte mit seiner Teilnahme an einer Preußenfahrt eine Familientradition fort.

Das Mitwirken an einem sogenannten Heidenkreuzzug war im 13. und 14. Jahrhundert ebenso prestigeträchtig wie eine Pilgerfahrt nach Jerusalem. Wie die Jerusalempilger nahmen die europäischen Preußenfahrer kirchliche Heilszusagen wie umfassende Sündenvergebung in Anspruch. Zwar war das von den baltischen Prußen besiedelte Land, das teilweise dem heutigen Ostpreußen entspricht, 1283 nach jahrhundertelangen Kämpfen endgültig unter die Herrschaft des Deutschen Ordens gelangt. Doch im Abendland war der alte Kerngedanke vom notwendigen Kampf der christlichen Ritter gegen die Ungläubigen oder Heiden nach dem Ende des letzten Kreuzzugs im Jahre 1291 noch keineswegs erstorben. Die Versuche des Ordens, die benachbarten heidnischen Litauer zu besiegen, hielten an, und so wurden diese Kriegszüge unter dem Zeichen des Kreuzes mit kirchlicher Absegnung fortgesetzt. Die Bezeichnung Preußenfahrt wurde beibehalten.

Im 14. Jahrhundert bezogen die Großmeister des Deutschen Ordens Subsidien der englischen Könige, um sich mit den neuesten kriegstechnischen Errungenschaften auszustatten. So wurden bereits 1362 beim Beschuss von Kaunas Feuerwaffen in Form von Steinbüchsen verwendet. In West- und Mitteleuropa galt das riesige Litauerreich als letzter Hort des antichristlich gesinnten Heidentums, als Missionsfeld der Kirche und zugleich Expansionsgebiet des livländischen und preußischen Ritteradels – wenn auch in kirchlichen Kreisen umstritten war, ob es sich moralisch rechtfertigen ließ, den Krieg als Mittel der Bekehrung einzusetzen. Mit einer „Kriegsreise“ nach Preußen, um an den Einfällen der Ordensritter in Niederlitauen teilzunehmen, bot sich für junge europäische Adelige die Möglichkeit, das Kreuzzugsgelöbnis zu erfüllen, das auch in der Zeit der verfallenden Ideale des Rittertums noch jeder Ritter ablegte. Fürsten und ihr Gefolge, dazu Grafen, Ritter und deren Knappen zogen in Scharen nicht zuletzt zu diesem Zweck nach Preußen. Der berühmte Dichter Geoffrey Chaucer verwandte in seinen Canterbury Tales den damals üblichen Begriff „reyse“ für die Preußenfahrt seines namenlosen Ritters.



Heinrich IV.: Phantasiedarstellung aus dem 17. Jahrhundert Bild: Archiv

1385 ging die Großmacht Litauen eine Personalunion mit dem Königreich Polen ein. Fortan übernahmen die litauischen Jagiellonen die Christianisierung ihres eigenen Reiches. Litauen galt seitdem offiziell als christianisiert. Damit entfiel der vorgebliche Hauptzweck der Preußenfahrten ins Litauerland unter Führung des Deutschen Ordens. Auch hatte die Universität von Krakau einen polemischen Traktat vorgelegt, der darauf abzielte, die Behauptung des Ordens, die Heiden missionieren zu wollen, ad absurdum zu führen. Diesem Traktat stand die Behauptung des Ordens entgegen, dass noch die heidnische Bevölkerung der sogenannten Wildnis in Litauen bekehrt und unterworfen werden müsse.

Heinrich Bolingbroke, Herzog von Lancaster, war einer der reichsten Männer Englands. Über seine Ausgaben führte er sorgfältig Buch, weshalb jede Station seiner Reise und der Zweck sämtlicher Ausgaben bekannt sind. Die Kampagne des Jahres 1390 führte durch sumpfiges Gebiet bis nach Wilna. Es war ein Engländer, der die rotweiße Kreuzesfahne des Heiligen Georg, des Kriegspatrons aller Kreuzritter, auf der Festung von Wilna hisste. Die Fahne wurde später die Nationalfahne Englands. Um das Vorrecht, die Heeresfahne des St. Georg tragen zu dürfen, scheint es häufiger Auseinandersetzungen zwischen den Rittern unterschiedlicher Nationalitäten gegeben zu haben. Im folgenden Winter hielt sich Heinrich in Königsberg auf, wo für alle führenden Ritter ein prächtiges Festmahl ausgerichtet wurde. Bei dieser Gelegenheit erhielten sie eine Auszeichnung mit der Aufschrift des Wahlspruchs „Ehre bezwingt alles“. Derartige Auszeichnungen oder Ritterabzeichen waren hoch geschätzt, spiegelten sie im eigenen Land doch das hohe Ansehen ihres Trägers wider. Heinrich verbrachte seine Zeit in Königsberg mit höfischen Lustbarkeiten und nahm Geschenke an, unter anderem einen Bären. Dabei geriet der spirituelle Zweck seiner Reise nicht völlig in Vergessenheit. Der Earl spendete den Kirchen, gab Almosen, betete und fastete. Auch suchte er die Kapelle der Heiligen Katharina in Arnau auf, eine beliebte Pilgerstätte. Anschließend wandte er sich wieder nach Danzig und kehrte nach England zurück. Seine Preußenreise hatte er offenbar so sehr genossen, dass er das Abenteuer 1392 wiederholen wollte. Der Ordensmarschall Rabe teilte ihm jedoch mit, dass gerade kein Bedarf an Hilfe von außen bestünde, und entschädigte ihn mit der großzügigen Gabe von 400 Pfund. Heinrich kehrte nach Danzig zurück und entschloss sich, eine Pilgerreise nach Jerusalem zu unternehmen. Über Land zog er mit seinem Gefolge nach Prag und weiter nach Mähren, Wien und Venedig. Am 23. Dezember 1392 stach er von Venedig aus in See. Unterwegs nahm er wiederum Kontakt zu jenen auf, die damals an vorderster Front im Kampf für das Kreuz standen, den Johannitern auf Rhodos.

Ende des 14. Jahrhunderts ging bei der Elite Westeuropas die Bereitschaft zum „Heidenkampf“ im Dienste des Ordens merklich zurück. Ein Grund dafür war das Vordringen der osmanischen Türken, die 1396 ein Kreuzzugsheer bei Nikopolis vernichteten. Man erkannte in den Osmanen eine größere Gefahr für das Abendland als die Litauer.

Dagmar Jestrzemski

Im Dienste von Staat und Volksgesundheit

Schon seine Vorgänger hatten das Apothekenwesen gefördert, aber Friedrich der Große setzte neue Akzente

König Friedrich der Große war ein Regent, der umfassend volks-, aber auch betriebswirtschaftlich denken konnte. Sein Vater, der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I., dem das wirtschaftliche Gedeihen Preußens gleichfalls sehr am Herzen lag, hatte auf dem Gebiet des Apothekenwesens bereits zweckmäßige, fruchtbringende Regelungen getroffen. So wurde in dem zu dessen Regierungszeit erlassenen „Allgemeinen und neu geschärften Medicinal-Edict“ von 1725 erstmalig im deutschsprachigen Raum eine wissenschaftliche Ausbildung und amtliche Prüfung für die Apotheker zumindest der größeren Städte Preußens vorgeschrieben. Preußen wurde dadurch weltweit zum Initiator eines wissenschaftlichen Studiums der Pharmazie. Bereits am 12. Februar 1698, also noch zur Regierungszeit von Friedrichs des Großen Großvater Kurfürst Friedrich III., dem späteren König Friedrich I. in Preußen, war unter dem Titel „Dispensatorium Brandenburgicum oder Vorschrift wie gemäß in den Provinzen der Grafschaft Brandenburg Medikamente zu bereiten sind“ ein mustergültiges pharmazeutisches Handbuch erschienen. Darin waren rund 1000 wesentliche Arzneimittel (davon 906 Mischungen) erfasst und übersichtlich in ihrer Zusammensetzung und Anwendung aufgeführt, was der Entlastung gerade der kleineren Apotheken in Preußen und damit dem Nutzen des „gemeinen Mannes“ dienen sollte.

Mit dem „Neu geschärften und von Sr. Kgl. Majestät in Preußen gnädig revidierten Hof-Apotheken-Reglement“ vom 23. November 1763 konnte König Friedrich II. folglich auf wichtige Vorleistungen seines Vaters und Großvaters aufbauen. Das Verdienst Friedrichs des Großen bestand vor allem darin, nicht nur wie seine Vorgänger wichtige Forderungen an das Apothekenwesen in Preußen zu dekretieren, sondern durch eine fördernde und kontrollierende, volkswirtschaftlich ausgerichtete Tätigkeit in allen mittleren und kleinen Städten Preußens Apotheken zu etablieren. Dies kam nämlich nicht nur der Gesundheit der dortigen Stadtbewohner zugute, sondern auch der umwohnenden Landbevölkerung.

Bemühungen um Versorgung des Volkes in der Breite

Dass König Friedrich wirtschaftlich zu denken verstand und Nutzen aus jener Tätigkeit sowohl für den Staat wie für den einzelnen Apotheker, aber auch für die gesamte Bevölkerung Preußens in pharmazeutischer Hinsicht schlagen wollte, soll anhand dreier Beispiele aus der Mark Brandenburg belegt werden.

„Es ist allhier zu Oranienburg noch niemalen eine Apotheke gewesen“, mit diesen Worten begann ein Gesuch des aus Oranienburg gebürtigen Apothekers Johann Friedrich Patze an den König. Er wolle deshalb in der nahe Berlin gelegenen Kleinstadt eine Apotheke „etablieren“. Patze hatte den Apothekerberuf acht Jahre lang erlernt und bat geschäftstüchtig darum, neben seiner Apotheke auch eine „Materialwarenhandlung“ betreiben zu dürfen. König Friedrich ließ unverzüglich durch seine Beamten sowohl die Notwendigkeit einer Apotheke in Oranienburg wie auch den Umstand prüfen, ob durch den Betrieb einer „Materialwarenhandlung“ in Oranienburg etwa die dortigen Kaufleute in ihren Geschäften Abbruch erleiden können. Danach musste Patze, weil er „im Ausland“ die Apothekenkunst erlernt hatte, sich vor dem zuständigen „Collegio Medico“ in Berlin der amtlichen, im Dekret von 1725 vorgeschriebenen Prüfung unterziehen und durfte sich nach bestandener Prüfung stolz „Pharmazie-Candidatus“ nennen. Nun erhielt Patze 1753 das erstrebte Apotheken-Privileg für Oranienburg, in dem ihm der König zusicherte, die einzige für Oranienburg zugelassene Apotheke betreiben zu dürfen. Damit sich der Apotheker aber mangels Konkurrenz nicht etwa gehen ließ, wurde er in jenem Privileg zugleich verpflichtet eine „rechtschaffene“ Apotheke anzulegen und stets „tüchtige und frische“ Medikamente im Vorrat zu haben. Damit auch die Staatskasse etwas profitierte, musste Patze zehn Taler für die Ausstellung des Dokuments berappen und der Oranienburger Stadtphysikus (Amtsarzt) erhielt den Auftrag, regelmäßig den Zustand der neuen Oranienburger Apotheke zu überprüfen.

Umsichtige Vergabe von Monopolen und Subventionen

Über die Notwendigkeit eines „Apothekenmonopols“ in preußischen Kleinstädten hatte der damals noch junge König Friedrich bereits 1747 ausführlich nachgedacht, als der Apotheker Heller für seine ererbte Apotheke in Lenzen an der Elbe um die Gewährung desselben bat. Der König erkannte in seinen recht modern anmutenden Überlegungen durchaus an, dass die Erteilung eines Monopols immer Schäden infolge mangelnder Konkurrenz hervorrufen könne, andererseits aber in Kleinstädten mit 800 bis 2000 Einwohnern nicht zwei Apotheken nebeneinander bestehen können.

Umsichtig reagierte der König auch im Falle des Apothekers Prätorius aus der Kleinstadt Grabow im benachbarten Mecklenburg, der reichlich 25 Jahre später die Absicht äußerte, aus wirtschaftlichen Gründen nach Preußen überzusiedeln. Prätorius wollte sich im bisher apothekenlosen Kleinstädtchen Putlitz als Apotheker niederlassen. König Friedrich gewährte ihm 1774 sehr gern diese Bitte und förderte ihn nicht nur mit der zeitweiligen Befreiung von gewissen Steuern, sondern subsidierte sogar dessen Zuzug mit finanziellen Mitteln. Der volkswirtschaftlich denkende König wusste genau, dass diese Subsidien aus der Staatskasse gut angelegt waren, lockte er doch damit einen bemittelten Neubürger in seine Lande, förderte dadurch das Gesundheitswesen und gewann für die Zukunft nach Ablauf der dreijährigen Steuerbefreiung einen neuen, guten Steuerzahler. Nicht erlassen wurde Prätorius natürlich die für Apotheker in Preußen obligatorische Prüfung vor dem „Collegio Medico“ über seine pharmazeutischen Fachkenntnisse. Als guter Preuße starb der frühere Mecklenburger Untertan Christian Prätorius 1808 im Alter von 74 Jahren in Putlitz, nachdem er neben seiner Tätigkeit als Apotheker sogar lange Jahre als Bürgermeister jener Kleinstadt in der Prignitz gewirkt hatte.

Jürgen W. Schmidt

Festakt zum 300. Geburtstag

Die Bundesländer Brandenburg und Berlin haben den 300. Geburtstag Friedrichs des Großen mit einem Festakt im Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt gewürdigt. Es war eine prominente Runde mit dem Bundespräsidenten, den Regierungschefs der gastgebenden Länder, dem Chef des Hauses Hohenzollern und dem Festredner Christopher Clark. Der Rahmen war feierlich, die Herren durchweg im dunklen Zwirn, Jeans wurden nicht gesichtet, die Staatskapelle Berlin intonierte Werke Friedrichs II. und seines Zeitgenossen Carl Heinrich Graun.

Um es zusammenzufassen: Ein geschichtspolitisches Ereignis, welches das Bild des Preußenkönigs neu gezeichnet hätte, war der Festakt nicht. Zwischen den Politikern und dem Festredner herrschte ein breiter Konsens über die Notwendigkeit, die Taten und Leistungen Friedrichs differenziert in allen Facetten darzustellen: der aufgeklärte Philosoph über die Pflichten eines Königs, seine Initiative zur Schaffung einer Rechtsordnung, die berühmten Tugenden, der Aggressor, Militarist und Eroberer, der Literat und Musikfreund, seine Vorstellungen von Toleranz, seine Leistungen um den inneren Ausbau des Landes wie die Trockenlegung des Oderbruches. Dass der größte Teil der preußischen Territorien zu Friedrichs Zeiten heute außerhalb der Bundesrepublik liegt, blieb unerwähnt.

Karlheinz Lau

Aufrechte Haltung nicht nur in DDR-Zeiten

Zu: „Unbeugsam gegen die SED“ (Nr. 1)

Leider geschah die Würdigung von Ulrich Woronowicz erst nach seinem Tod in einer Weise, wie man sie sich schon längst gewünscht hätte. Ulrich Woronowicz war mein Klassenkamerad und Freund. Ich kannte ihn seit 1938, also mehr als 70 Jahre lang. Seine aufrechte Haltung nicht nur in der schwierigen DDR-Zeit ist in Ihrem Artikel gut dargestellt. Nachtragen sollte man noch, dass er auch sehr tatkräftig und praktisch denkend war.

Ein Beispiel dafür: Als seine Kirche in Bad Welsnack – vor der Reformation eine der größten Wallfahrtskirchen nördlich der Alpen – durch Regen und Sturm zerstört zu werden drohte, besorgte er sich über die „Westkirche“ ein Baugerüst, gründete eine „Feierabend-Brigade“ in seiner Gemeinde und sanierte mit deren Hilfe das Dach so, dass weitere Schäden vermieden wurden. An Material (Holz, Zement, Kalk) kam er dadurch, dass er „sein“ Baugerüst an Interessenten gegen Lieferung der genannten Stoffe auslieh. So rettete er den Kirchenbau bis in die Zeit nach der Wende vor dem Verfall. **Dr. Dieter Grau, Bonn**

Gotteshäusern droht Überfüllung

Zu: „Macht zu die Tür, die Tore macht dicht“ (Nr. 1)

Kirchenschließungen durch die Römisch-Katholische Kirche und – etwas weniger – Evangelischer Landeskirchen stehen mehr Gemeindegründungen, Kirchenneubauten und Kirchengebäudeübernahmen gegenüber. Ursache sind Christen, die meist konservativer sind als die beiden Großkirchen.

Beispiel: Zwei Berliner Gemeinden der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche diskutieren wegen drohender Überfüllung ihrer Gotteshäuser den Kauf von aufgegebenen katholischen Kirchen oder Anbauten. In München gibt es heute 14 Gemeinden der Brüderbewegung statt zwei vor 40 Jahren. Seit 1989 entstanden mindestens 400 Lutherische Bekenntnisgemeinden. Rund 1000 Gemeinden gründeten wohl Mennonitenbrüder, Evangeliums-Christen, Freie Baptisten, Reformierte Baptisten, Baptisten-Brüder. Diese christliche Gründungswelle ist umso erstaunlicher, als alle diese Gemeinden Kirchengebäude und ihre gesamte Arbeit durch freiwillige Spenden und völlig ohne Kirchensteuer finanzieren. **Adolf F. Weiss, München**

Danke liebe *PAZ*

Zu: „„Ist das Kunst oder kann das weg?““ (Nr. 47)

Der Artikel über Kunst hat mir wie sicher anderen auch gut getan. Friedrich Nietzsches Satz „Wir haben die Kunst, um die Wahrheit zu ertragen“ hat über alle Zeiten hinweg seine Gültigkeit. Dabei haben Sie in dem Artikel noch nicht Literatur, Musik, Bildhauerei erwähnt.

So ist die *PAZ* eine Insel im Strom! **Matthias Wörndl, Thalgau**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Da war selbst Merkel überrascht: Der Italiener Mario Monti fordert unverhohlen Belohnung für die Sparanstrenungen seines Landes Bild: S. Loos/dapd

Bakschisch-Mentalität ist zurück

Zu: „Deutschland als Geisel“ (Nr. 3)

Glückliche Italiener: Ihr Staatslenker setzt sich voll für sein Land ein! Kompliment. Dennoch wird mein Erstaunen über Montis Verhalten immer größer. Außer (möglicherweise nicht einmal umsetzbare) Absichten zu äußern, hat er bisher nichts für den Euro getan, außer dafür Zinsvorteile als Vorschuss zu kassieren; das ist frech und bequem. Man erhält den Eindruck, die Bakschisch-Mentalität ist auf den Kontinent zurückgekehrt.

Obendrein eine Flut unhaltbarer Vorwürfe und sogar Drohungen gegen die Länder, ohne die man nicht überleben kann; das ist wahrlich dreist. Er versucht anscheinend, die Bonitäts-Abstufung Italiens durch die Ratingagentur Fitch zu neutralisieren. Fitch hat hier gewiss richtig geratet, aber wie gewöhnlich viel zu spät. Der Rest der Euro-Zone wurde gleich mit auf die Abschussliste gesetzt.

Verblüffend hierbei ist, welch ein großer Bogen um die USA gemacht wird, die seit längerer Zeit permanent am Rand der Pleite balancieren. Merke: Sämtliche Ratingagenturen sitzen in den USA! Eine europäische Rating-agentur, wie sie in manchen Köpfen spukt, ist also dringend nötig. Die könnte dann und wann vielleicht richtig raten – und einem eventuellen Komplott wider den Euro gegensteuern. **Hans-Jürgen Bothmann, Hamburg**

An irgendwas muss man glauben

Zu: „Wegen Luftballons inhaftiert“ und „Brodelnder Schmelztiegel“ (Nr. 2)

Zu allen Zeiten brauchten die Menschen etwas, woran sie Halt zu finden glaubten. Seit etwa 5000 Jahren gibt es Menschen, die an einen einzigen Gott glauben, sie gehören dem Monotheismus an. Andere wiederum haben sich mehrere Götter auserkoren, so die alten Griechen, die für jedes Gute oder Schlechte einen besonderen Gott verantwortlich sahen. Das hatte den Vorteil, dass man bei allem, was einem an Gutem geschah, eine Figur hatte, der man danken konnte. Bei den Negativereignissen war dann jemand, auf dem man schimpfen konnte, der trug ja da die Verantwortung. Also, für alles gab es einen überirdischen Verantwortlichen.

Noch immer gibt es Religionen, die nicht auf den Monotheismus schwören. Sind die eigentlich besser dran? Wir alle, dazu zähle ich das Judentum, die Christenheit und auch den Islam, also einen doch großen Anteil der Weltbevölkerung, „glauben“ an die Allmacht des Einen. Vergleicht man nun die Allmacht mit den begrenzten Zuständigkeiten der Götter anderer Religionen, so ist festzustellen, dass der jüdische, der christliche und der islamische Gott als Allmacht für alles Geschehen alleine zuständig ist. Es gibt ja keinen anderen neben ihm. Bibelzitat: „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“

Wie ist zu verstehen, dass ein einziger Gott es zulässt, dass er in drei unterschiedlichen Versionen interpretiert wird, die sich nicht nur in ihrer Zielsetzung uneinig sind, auch in ihrer Vorgehensweise und dem jeweiligen Alleinvertretungsrecht bekämpfen sie sich buchstäblich bis aufs Messer. Das, was die Christen im Mittelalter angerichtet haben mit ihren Kreuzzügen, machen die Islamanhänger auf ihre Art mit modernen Mitteln in der heutigen Zeit nach.

Wenn auch die Juden, zwar weltweit vertreten, aber dennoch in ihrer Zahl den Christen und auch den Islamgläubigen weit unterlegen sind, so finden sie dennoch ihre eigenen Methoden, sich gegenseitig den Garaus zu machen. Und über allem thront ein Gott, der als allmächtig gepriesen wird.

Denkt man an die Möglichkeiten der Menschen, die viele Götter hatten, so muss man feststellen, dass es für alles Schuldige und Unschuldige gibt. Was geschieht mit einem Menschen, der nun zu behaupten wagt, ein allmächtiger, weil einziger Gott trägt auch für alles alleinige Verantwortung? Soll man davon ausgehen, dass ihm nur dafür zu danken ist, was er uns Gutes getan hat, aber für das Gemetzel der mehrtausendjährigen Geschichte nicht zuständig ist? Ist er allmächtig oder ist er es nicht?

Hätte ich, ganz menschlich betrachtet, einen Chef, der mir ab und zu einige Vergünstigungen gewährt, mir vielleicht aus der Patsche hilft, wenn ich einen Fehler begangen habe oder wenn mein Arbeitskollege mir heimlich die Arbeit vergiftet hat, so wäre ich ihm zutiefst dankbar. Würde dieser Chef aber hinter einer Wand beobachten, wenn mein Arbeitskollege mir mit der Axt den Schädel einschlägt, und würde dazu stillschweigen, so kann ich mir nicht vorstellen, dass jemand sagen würde, damit hat er ja nichts zu tun! Er hat es gesehen, ist nicht eingeschritten und schweigt. Wer würde einem solchen Chef noch das Vertrauen aussprechen?

Gehen wir in die Wissenschaft. Alles, was Bestand haben soll, muss bewiesen sein. Jegliches Rechtssystem basiert auf Beweisen und wird nicht ausgeführt, wenn es deren keine gibt. Bei den Religionen aber heißt es: „Nicht wissen und doch glauben.“

Ich kann nur feststellen, dass im Namen Gottes viel Unrecht geschieht. Das Perfide dabei sehe ich darin, dass jede Religionsrichtung, deren es ja innerhalb der drei monotheistischen Religionen auch noch unzählige gibt, die alleinige Wahrheit zu verkünden vorgibt und damit rechtfertigt, den Willen Gottes mit allen Mitteln durchsetzen zu müssen. Kann oder will es der „Allmächtige“ nicht verhindern?

Ich vermute, dass man in einigen tausend Jahren von dem Zeitalter der Religionen sprechen wird und den Kopf schüttelt über die Kriege, die Menschen gegeneinander geführt haben. Diese Menschen werden sich aber so sicher „wie das Amen in der Kirche“ neue „Glauben“ schaffen. Denn irgendwas muss es ja geben, an das man sich halten kann, wenn es auch keiner Wissenschaft, keinem Rechtssystem standhält. **Gerhard Hahl, Altenholz**

Skandalöse Verletzung der Meinungsfreiheit

Zu: „Sarrazin zum Einstampfen“ (Nr. 3)

Im Gegensatz zum Versuch des Bundespräsidenten, eine ihn selber amtlich/persönlich betreffende missliebige Pressemeldung zu verhindern, ist die Unterdrückung der weit mehr als die Hälfte aller Herrn Sarrazins politischer Meinung zustimmenden deutschen Bürger mit Einsatz von Steuergeldern skandalös und eine wirkliche Verletzung der verfassungsrechtlich geschützten Meinungsfreiheit durch unsere zur Verfassungstreue verpflichtete Regierung. Es dürfte doch niemanden verwundern, wenn bei einer solchen staatlich unterstützten Aktion die Gedanken von Zeitzeugen hiermit an eine „symbolische Bücherverbrennung“ aufkommen. **Helmut von Binzer, Hamburg**

Eine Schande!

Zu: „Sarrazin zum Einstampfen“ (Nr. 3)

Die Idee von diesem Tschechen und dass staatliche Stellen so etwas als „Kunst“ fördern wollen, ist eine nicht fassbare Schande. Ich koche vor Wut! **Axel Kopsch, Owingen**

Gorleben wird auch noch 51 Millionen Jahre alt

Zu: „Berlin schert bei EU aus“ und „Last trägt der Steuerzahler“ (Nr. 2)

Man sollte endlich Abschied nehmen vom Märchen, dass die Erdtemperatur und der CO_2-Gehalt der Luft zusammenhängen. Der Temperaturanstieg geht in allen erdgeschichtlichen Perioden immer den Anstieg des CO_2-Gehaltes der Luft voraus. Dieser ist also nicht Ursache, sondern Folge der Erderwärmung durch stärkere Sonneneinstrahlung. Darauf hat der Mensch keinen Einfluss.

Die Ablehnung der Kernkraft wegen möglicher Strahlenschäden erhielt durch Fukushima und Tschernobyl besonderen Auftrieb. Wie die Tschernobyl-Katastrophe genau abgelaufen ist, war lange Zeit nicht bekannt. Es war alles streng geheim, denn es handelte sich um eine militärische Anlage zur Gewinnung von Plutonium für Atombomben, das bei laufendem Betrieb entnommen werden konnte. Erst 20 Jahre nach dem Unglück wurde das Tschernobyl-Forum gegründet, das Aufklärung über den Verlauf und die Anzahl der Verunglückten brachte. Damals sind 55 Personen unmittelbar zu Tode gekommen, hauptsächlich Feuerwehrleute und Hubschrauber-Piloten, 2200 müssen eine kürzere Lebenszeit erwarten und 4500 Personen sind gesundheitlich beeinträchtigt.

Man hat viel über Strahlenschäden hinzugelernt. Die Strahlung der Castor-Behälter ist für das Begleitpersonal und die Anwohner der Strecke völlig ungefährlich. Über 40 Jahre lang prüft man Gorleben als Eignung für ein Endlager radioaktiver Abfälle. Gefunden hat man nichts Nachteiliges. Der riesige Salzstock ist über 50 Millionen Jahre alt und wird auch 51 Millionen Jahre alt werden. **Dr. Gustav Krüger, Herneberg**

Touristenfalle

Zu: „Museum erklärt Kalten Krieg“ (Nr. 2)

Eine Konkurrenzsituation wird sich für das geplante Museum des Kalten Krieges in Berlin mit Garantie nicht ergeben. Zumal es sich beim Haus am Checkpoint Charly an der Friedrichstraße 44 um ein völlig verkommen-schmuddeliges Etablissement handelt: eine Touristenfalle par excellence und dies zu einem Wucher-Eintrittspreis. So notiert im Juli 2010. Ich empfehle dem Berichterstatter die Probe aufs Exempel zu machen. **Vincenz Oertle, Gais, Schweiz**

Das Ostpreußenblatt



Nr. 5 – 4. Februar 2012

MELDUNGEN

Von der Liste gestrichen

Königsberg – Durch einen Erlass des russischen Präsidenten Dmitrij Medwedjew wurde das Königsberger Bernsteinkombinat von der staatlichen „Liste der strategisch bedeutenden Unternehmen" gestrichen. Dadurch wird das Unternehmen aus einem komplexen Regelwerk entlassen, das eigenständige Entscheidungen der Unternehmensleitung massiv behindert hat. Gouverneur Nikolaj Zukanow sieht in diesem Erlass einen Erfolg seiner diesbezüglichen Bemühungen in Moskau und rechnet mit einer baldigen Wiederbelebung der daniederliegenden Bernsteinproduktion, durch die das Königsberger Gebiet bereits in kürzester Zeit wieder seiner Bezeichnung als „Bernsteinland" gerecht werde. *T.W.W.*

Amtsmissbrauch für Freundin

Königsberg – Der frühere Leiter des Juristischen Institutes des Innenministeriums Witalij Botscharow ist wegen Amtsmissbrauchs verurteilt worden. Der Beamte hatte seine Geliebte, mit der er ein Kind hat, über mehrere Jahre in leitenden Posten seines Instituts beschäftigt und dabei mit hohen Gehältern sowie zusätzlichen Gratifikationen entlohnt, obwohl sie für keine dieser Arbeiten qualifiziert war oder ihnen jemals nachgegangen wäre. Botscharow muss nun für die unrechtmäßige Entlohnung Schadenersatz leisten, eine Strafe von 50 000 Rubel (etwa 1250 Euro) zahlen und darf für zwei Jahre verschiedene öffentliche Ämter nicht mehr ausüben. *T.W.W.*

Direktor unter Verdacht

Königsberg – In Königsberg wurde der Direktor der Behörde für Land- und Landwirtschaftliches Wasserwesen des Königsberger Gebietes, Konstantin Poguljajew, verhaftet. Er soll nach Angaben des Inlandsgeheimdienstes FSB im großen Stil Schmiergeldzahlungen für die Bewilligung und Abrechnung von Staatsaufträgen gefordert und erhalten haben. Allein für Dammbauarbeiten im Gebiet Labiau ging es dabei um einen Betrag von vier Millionen Rubel (100 000 Euro), von dem die erste Hälfte bereits den Besitzer gewechselt hatte. Dem Angeklagten droht eine Haftstrafe von bis zu 15 Jahren sowie eine empfindliche Geldstrafe. *T.W.W.*

Neue Bildungsstätte

Lyck – Am Königin-Luise-Platz in Lyck ist eine „Masurische Höhere Schule" errichtet worden. Ausgebildet werden dort Ingenieure in den Fachrichtungen Bauleitplanung und Landschafts-Architektur. Desweiteren gibt es Studiengänge für Touristik, Erholung und Kunsterziehung sowie Immobilien-Wirtschaft. *PAZ*

Opfer von Wind und Wellen

Heftige Stürme an Ostpreußens Küste – Strände und Infrastruktur der Bäder stark beschädigt

Seit anderthalb Monaten wird die Ostseeküste von heftigen Winterstürmen heimgesucht, die zum Teil verheerende Schäden angerichtet haben. Besonders die Kurorte und die Kurische Nehrung wurden in Mitleidenschaft gezogen.



Ruhe vor dem Sturm: Teile des erst vor kurzem neu installierten neuen Geländers rissen die Wellen mit sich *Bild: Jurij Tschernyschew*

Promenadengeländer wurden abgerissen, Treppen zum Strand unterspült und abgetragen, ganze Uferstreifen wurden weggerissen. Eine Serie von Winterstürmen, die über Europa hinweggezogen sind, hat auch in Ostpreußen für Zerstörung gesorgt. Ein tagelang anhaltender heftiger Westwind trieb die Wellen vor sich her und führte zu einem Anstieg des Meeresspiegels an der Küste. Die meterhohe Gischt peitschte auf die Vordüne und die vorgelagerten Strandabschnitte. Die Vordüne, ein wichtiger Bestandteil des Küstenschutzes, war überschwemmt und begann abzubröckeln.

Am schlimmsten hat es den Küstenabschnitt von Cranz bis Sarkau [Lesnoje] und das Museum im Nationalpark Kurische Nehrung getroffen. In Cranz wurde das erst kürzlich fertiggestellte Teilstück der neu gebauten Promenade stark beschädigt. Eigentlich sollten die vor zwei Jahren begonnenen Bauarbeiten im Frühjahr beendet sein; da aber die geplante 150 Meter lange Pier noch nicht einmal in Angriff genommen worden ist, hatte man beschlossen, zunächst ein Teilstück der Promenade freizugeben. Der Abschnitt, über dem das ehemalige Restaurant „Priboj" bis zur Promenade reicht, muss geschlossen bleiben, weil herabstürzende Bauteile des maroden Gebäudes die Spaziergänger gefährden. Das Schicksal des Koloss ist noch immer unklar. Nun wird sich die Freigabe der Cranzer Promenade erneut verschieben.

Die Straßen auf der Kurischen Nehrung waren durch heruntergefallene Äste und umgestürzte Bäume unpassierbar. Die Aufräumarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig, weil die Stürme sich über lange Zeit hinzogen und geräumte Wege sofort durch erneut umgekippte Bäume wieder versperrt wurden. Besonders große Schäden richtete der Sturm Mitte Januar an: Er ließ den Meeresspiegel erheblich ansteigen. Am Strand von Sarkau war der Sand in einem solchen Ausmaß weggespült worden, dass Tonund Torfschichten zum Vorschein kamen. An einigen Stellen war die Straße vollständig überschwemmt. Zum Glück ist es nicht zum Eindringen größerer Wassermassen in die Mitte der Kurischen Nehrung gekommen wie das 1983 schon einmal der Fall war. Damals war die Durchfahrt für längere Zeit blockiert gewesen.

Zukanow erhofft Hilfe von Großbritannien

Zurzeit werden auf der Nehrung Reparaturarbeiten durchgeführt, an denen sich Mitarbeiter der Nationalparkverwaltung und des Katastrophenschutzes, aber auch viele Freiwillige beteiligen. Nachdem der Wasserspiegel gesunken ist, hat man damit begonnen, den Sand an den Stränden wieder aufzufüllen.

Zufällig weilte während der Stürme der britische Generalkonsul Garret Word in Königsberg, um mit Gouverneur Nikolaj Zukanow über eine künftige Zusammenarbeit im sozialen und wirtschaftlichen Bereich zu beraten. Neben vielen Fragen brachte der Gouverneur seine Hoffnung zum Ausdruck, dass Großbritannien der Region bei der Küstenbefestigung helfen werde. Dies könnte zum Beispiel in der Unterstützung bei der Ausbildung von Fachleuten der Fall sein.

Ausflügler, welche die ersten wärmeren Tage Anfang Januar an die Küste gelockt hatten, mussten überrascht feststellen, dass die Parkverwaltung die Gebühren für Personenkraftwagen kurz vor Beginn der Reisewelle erhöht hatte *Jurij Tschernyschew*

Königsbergs alte Stadthalle wird 100

Museum für Geschichte und Kunst plant umfangreiche Ausstellung

In diesem Jahr wird die alte Stadthalle in Königsberg 100 Jahre alt. Anlässlich dieses Jubiläums plant das dort untergebrachte Staatliche Museum für Geschichte und Kunst des Königsberger Gebiets eine Ausstellung. Die Stadthalle wurde 1911 von Oberbürgermeister Siegfried Körte initiiert und von dem Berliner Architekten Richard Seel erbaut. Einst besaß der damals moderne Bau die größten Konzert- und Veranstaltungssäle Königsbergs. 1600 Zuschauer fanden in ihnen Platz. Das 1912 eingeweihte Gebäude wurde am 26. April 1944 bei den Luftangriffen auf Königsberg schwer beschädigt. Im Garten vor dem Schlossteich befand sich einst ein Restaurant und ein Café. Erst in den Jahren 1981 bis 1986 begannen die Sowjets mit dem Wiederaufbau. Im Jahre 1991 wurde das Museum für Geschichte und Kunst hier untergebracht. Äußerlich hat das Gebäude nicht viel von seinem ursprünglichen Aussehen einbüßen müssen. Im Inneren kam es jedoch zu großen Veränderungen, weil die Räume an die Bedürfnisse des Museums angepasst wurden.



Gebäude mit Geschichte: Die restaurierte Stadthalle in Königsberg *Bild: MRK*

Um ein möglichst genaues Bild der ehemaligen Pracht entstehen zu lassen, bittet der Vizedirektor des Museums Anatolij Walujew die Leser der *PAZ* um Mithilfe. Für eine geplante Jubiläumsausstellung werden Fotos und Dokumente gesucht, die etwas mit der Stadthalle zu tun haben. Vielleicht gibt es jemanden, der selbst oder dessen Verwandte in der Stadthalle gearbeitet haben oder etwas mit ihrem Bau zu tun hatten. Oder es besitzt noch jemand persönliche Fotografien, Eintrittskarten, Ankündigungen, Zeitungsartikel, die Speisekarte des Cafés oder ähnliches. Der engagierte Historiker und Archäologe Walujew freut sich über jede Information. Ziel ist es, dass die Ausstellung über das Haus so ausführlich wie möglich informiert.

Das Museum steht bereits in Verbindung mit der Stadtgemeinschaft Königsberg in Duisburg, von der es Fotos der Stadthalle in elektronischer Form übermittelt bekam. Wer etwas zum Gelingen der Ausstellung beitragen möchte, kann sich entweder per E-Mail direkt an Anatolij Walujew wenden (anvaluev@mail.ru) oder per Post oder elektronisch an die *PAZ*. *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Übersichtskarte in Arbeit

Allenstein/Königsberg – Das ermländisch-masurische Informationszentrum für Tourismus arbeitet mit russischer Unterstützung an einer Übersichtskarte, für welche Gebiete der Republik Polen die Regelung des kleinen Grenzverkehrs mit Russland gilt und daher für Russen kein Visum erforderlich ist. *MRK*

240 Festnahmen an der Grenze

Königsberg – 2011 gab es 240 Festnahmen wegen Verstößen gegen das Zollgesetz. Dies teilte die regionale Abteilung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB mit. Bei Kontrollen wurden Feuerwaffen, Sprengmittel und zehn Kilogramm Drogen sichergestellt. Außerdem entdeckten die Zollbeamten Schmuggelware, deren Geldwert umgerechnet 630 000 Euro entspricht. In 2000 Fällen wurden Geldstrafen wegen Nichtachtung der Regeln des kleinen Grenzverkehrs verhängt. *MRK*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist schon erstaunlich, was manchmal nur eine Frage bewirkt – wenn sie in unserer Ostpreußischen Familie gestellt wird. Frau **Ulrike Imhäuser** hatte sie aufgeworfen, denn die gemeinsam mit ihrem Ehemann durchgeführte Suche nach dem Grab ihres bei den letzten Kampfhandlungen in Ostpreußen gefallenen Vaters war ergebnislos verlaufen Es sollte auf der äußersten Spitze der Frischen Nehrung in Möwenhaken liegen, aber da gab es nur ein Forsthaus und von einem Friedhof war weit und breit nichts zu sehen. Schon bald nach der Veröffentlichung teilte mir Herr **Winfried Brandes** aus Harrislee mit, dass er Frau Imhäuser „zu 90 Prozent" helfen konnte. Die restlichen zehn Prozent haben sich dann durch weitere Zuschriften ergeben, so dass ich von Frau Imhäuser einen Dankesbrief erhielt, den ich an unsere Leserinnen und Leser weitergebe:

„Zuerst möchte ich mich von ganzem Herzen für die Veröffentlichung meiner Suchfrage in der Ostpreußischen Familie bedanken. Dies hat zu einer von mir nie erwarteten, beispiellosen Hilfsbereitschaft Ihrer Landsleute geführt, ausgedrückt durch Telefonanrufe, Briefe, Internet und Übersendung von Kartenmaterial. Abgesehen von der großen Hilfsbereitschaft, die mir zuteilwurde, hatte jeder, der Kontakt zu diesem Thema mit mir aufnahm, auch seine eigene Geschichte aus dieser schrecklichen Kriegszeit zu erzählen, was mich ebenso sehr interessierte. Meine Suchfrage führte damit zu dem Ergebnis, dass es tatsächlich in der Nähe von Möwenhaken auf der Frischen Nehrung einen Kirchhof beziehungsweise Gemeindefriedhof gegeben haben muss, nach dem ich suchte und auf dem mein Vater 1945 zum Ende des Krieges beerdigt wurde. Zurzeit warte ich auf ein entsprechendes Messtischblatt als amtliche Bestätigung. In Zusammenhang mit meiner Suchanfrage danke ich besonders Herrn Winfried Brandes und Herrn **Walter Klink** für ihre wertvollen Informationen."

Auch Herr Brandes schrieb mir inzwischen erneut, denn es hat sich in Bezug auf das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie in Frankfurt eine Änderung ergeben. Diese Anschrift hatte ich auch angegeben, weil sie mir auch für weitere Leser informativ erschien. Ulrike und **Gerhard Imhäuser** hatten sich an das Bundesamt gewandt, das ihnen zwar die ISB-Nummer des betreffenden Messtischblattes mitteilte, aber darauf hinwies, dass sie sich zwecks Bestellung an ihre örtliche Buchhandlung wenden sollten, die sie an die Firma Geocenter in Stuttgart weiterleiten würde. Der Kartenvertrieb könne von Frankfurt aus nicht bearbeitet werden, da er inzwischen privatisiert worden sei. Für Auskünfte stehe das Bundesamt aber weiterhin zur Verfügung. Die Kartenquelle in Frankfurt existiert also nicht mehr. Zuständig sei nun das Internationale Landkartenhaus – Scientific Cartography, Schockenriedstraße 44, 70565 Stuttgart, teilte uns Herr Brandes mit, rät aber auch zur Bestellung über den Buchhandel. Herr Brandes hat seine von ihm aufgelisteten Vorschläge für die Suche nach Vermissten nun aktualisiert und ist bereit, diese an Interessierte weiter zu geben. (Winfried Brandes, Libellenring 30 in 24955 Harrislee, Telefon 0461/74816, E-Mail: w-brandes@versanet.de)



Kirche „Zum Heiligen Kreuz" in Alt Utka, Kreis Sensburg Bild: privat

Sehr aktiv hat sich Herr **Dietmar Paulun** an der Suche beteiligt, der aufgrund eigener Erfahrung auf eine weitere Möglichkeit hinweist. Er schreibt:

„Ich habe im Internet eine interessante Adresse von einem polnischen Archiv gefunden, wo man das gesamte ehemalige deutsche Gebiet jenseits der Oder-Neiße-Linie auf Messtischblättern im Maßstab 1 : 25000 ansehen und herunterladen kann. Unter anderem ist auch eine Karte von der Frischen Nehrung vom Jahr 1956 dabei. Auf dieser Karte ist auch ein Friedhof bei Möwenhaken verzeichnet. Ich habe diesen Friedhof auf alten deutschen Karten nicht gefunden. Vielleicht ist er erst nach den Kampfhandlungen angelegt worden und es sind dort deutsche und russische Gefallene bestattet. Verglichen habe ich diese Karten mit Aufnahmen von Google Earth aus dem Jahr 2010. Man erkennt an der Stelle, wo sich der Friedhof befindet, nur Wald. Aber das ist ja erklärlich, dass in all den Jahren dort alles zugewachsen ist. Sehr deutlich ist aber die Straßenführung zu erkennen, so dass man den Friedhof auf wenige Meter genau ausmachen könnte. Ich habe mit Frau Imhäuser schon telefoniert und ihr die Kartenausschnitte per Internet zugesandt. Für unsere Ostpreußische Familie wäre aber vielleicht die Internet-Adresse interessant (www.mapy.eksploracja.pl). Ich selber habe den Geburtsort meines Großvaters gefunden, den ich noch auf keiner Karte gesehen habe. Es handelt sich um Kissitten, Kreis Pr. Eylau. Interessant ist, dass sich der Ort auf polnischem Gebiet befindet, so dass ich ihn bei meiner nächsten Reise nach Ostpreußen aufsuchen werde."

Vielen Dank, lieber Herr Paulun, für diese Mitteilung, die sicherlich unsere Leser interessieren wird.

Es hat sich überhaupt viel getan oder ist jedenfalls in Bewegung geraten wie in der Angelegenheit „Kurenkahn". Da zeichnen sich Wege ab, die zu einem neuen Motor führen können. Wahrscheinlich werden wir schon in der nächsten Folge darüber berichten. Übrigens kommt **Aurelijus Armonavivius** mit seiner Ehefrau **Sofia** in diesen Tagen nach Hamburg, um auf der am 8. Februar beginnenden Reisemesse das touristische Angebot von Nidden [Nida] mit weiteren Vertretern zu präsentieren. An dem Stand werden sich wohl viele Ostpreußen einfinden.

Für die Erfüllung meines Wunsches nach einem Patenschaftsabonnement bin ich glücklich und dankbar: Die Leserin, die aus finanziellen Gründen die *PAZ* abbestellen musste, kann die Zeitung weiter lesen und damit auch unsere Ostpreußische Familie treu bleiben. Ein Ehepaar aus Niedersachsen erklärte sich sofort bereit, das Patenschaftsabonnement zu übernehmen. Sie ist Danzigerin und schreibt: „Meine Mutter musste mit ihren Eltern und mit mir im Januar 1945 aus Danzig flüchten. Ich bin also keine Ostpreußin, aber eine ‚Familienfreundin'. Seit 1989 beziehen wir unser *Ostpreußenblatt*. Unsere Tochter, eine Pferdenärrin, hat es damals von der Messe ‚Pferd und Jagd' mitgebracht. Seit der Zeit ist am Freitag für uns abends ‚kleiner Feiertag' und besonders Ihre Kolumne ist für uns so wertvoll und wichtig, um über Familienschicksale zu lesen und viel zu erfahren. Wir schätzen diese Arbeit sehr." Das erfreut uns, liebe Danzigerin, und Sie können sich ruhig zu den „Landslied" zählen, denn wir haben ja eine gemeinsame Geschichte. Für das Patenschaftsabonnement danken wir Ihnen sehr, denn jeder Leser, der uns erhalten bleibt, trägt mit zu den Erfolgen der Ostpreußischen Familie bei.

Und die zeigen sich auch in dem 56. Sensburger Heimatbrief, den mir dessen Schriftleiter **Rolf W. Krause**, Erster stellvertretender Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Sensburg, zugesandt hat – mit Dank und Bitte an unsere Ostpreußische Familie. Denn durch unsere Kolumne konnte er Angaben und Unterlagen für von ihm angefragte Themen erhalten oder sogar auf neue stoßen wie im Falle der Sauciere vom Kurhotel **Siegemund** in Rudczanny/Niedersee. Wir hatten die Suchfrage von Herrn **Christoph Stabe**, München, im Juli 2011 veröffentlicht, denn auf der schönen, alten Porzellansauciere, die in einem Trödlerladen im pommerschen Stolp entdeckt worden war, stand zwar der Name des Kurhotels, aber ohne Ortsangabe. Da unter dem Signet der Manufaktur KPM der Name eines Königsberger Einrichtungshauses stand, meinte Herr Stabe, dass dieses schöne Stück aus einem ostpreußischen Kurhaus stammen könnte – und das stimmte dann ja auch, wie die Leserzuschriften bestätigten. Herr Krause hat dabei eifrig mitgeholfen, denn er war an dieser Suchfrage sehr interessiert, zumal auch das Schicksal der Familie Siegemund, das von Vertreibung und Verschleppung bestimmt war, geklärt werden konnte. Abgerundet wurde diese im Sensburger Heimatbrief liebevoll aufgemachte und reich bebilderte Geschichte noch durch eine mögliche Verwandtschaftsfindung, denn Herrn Stabes väterliche Linie hat ostpreußische Wurzeln. Ob sie tatsächlich zustande kam, weiß ich allerdings nicht, wenn ja, werden wir sicher davon hören.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Auch bei der Erfüllung einer zweiten von Herrn Krause vorgetragenen Suchfrage hat unsere Ostpreußische Familie mitgeholfen. Es ging um den Schriftsteller **Max Bialluch**, *1896 in Gollingen, aufgewachsen in Peitschendorf, der die ostpreußische Literatur zwischen den beiden Weltkriegen mit seinen zumeist heiteren masurischen Geschichten bereicherte. Da ich Max Bialluch selber sehr gut gekannt habe, unterstützte ich Herrn Krause gerne in seinem Vorhaben, eine Bialluch-Biografie zu erstellen, die dann vor allem dank der Mitarbeit des Sohnes von Max Bialluch und seiner Großnichte **Gerda Gätjens** zum 115. Geburtstag erscheinen konnte. Herr Rolf W. Krause bedankt sich noch einmal für die gute Resonanz, die seine Frage in unserer Ostpreußischen Familie gefunden hat. Weil damit wieder eine kleine Lücke im ostpreußischen Kulturschaffen geschlossen werden kann, bringe auch ich eine Anekdote des masurischen Schriftstellers mit einigen persönlichen Erinnerungen an diesen liebenswürdigen Kollegen der Feder. (Siehe unten.)

Herr Krause hat aber nun eine neue Bitte an unsere Leserinnen und Leser. In dem Heimatbrief ist ein Beitrag über die evangelische Kirche „Zum Heiligen Kreuz" in Alt Utka enthalten, in dem die Geschichte der Kirche seit ihrer Gründung im Jahr 1864 bis heute ausführlich behandelt wird. Sehr schöne Aufnahmen aus der heutigen Zeit bereichern diese kleine Kirchenchronik, die Herr Krause aber noch ergänzen möchte. Da sein Beitrag im nächsten Sensburger Heimatbrief erscheinen soll, sucht er dringend Informationen und Fotos zum alten Zustand der Kirche „Zum Heiligen Kreuz" in Alt Utka. Besonders wichtig sind ihm alle Innenaufnahmen aus der evangelischen Zeit, heute ist das Gotteshaus eine katholische Kirche. Ein besonderes Merkmal der im neugotischen Stil gebauten Kirche ist der separat stehende hölzerne Glockenturm. (Schriftleiter Rolf W. Krause, Alte Poststraße 12 in 42555 Velbert, Telefon 02052/1309.)

Ein Gedicht wird mal wieder gesucht, das sich trotz aller Bemühungen auch im Internet nicht finden ließ. Ich kenne es auch nicht, aber vielleicht können unsere Leserinnen und Leser helfen. Es muss im Ersten Weltkrieg entstanden sein, nach der Schlacht bei Tannenberg, denn mit dieser beginnt es: „Mein Vater war ein tapferer Soldat, bei Tannenberg ist er gefallen. Wir haben bitter um ihn geweint, die Mutter am meisten von allen. Dann hat sie die Tränen vom Auge gewischt und ist aufs Feld gegangen ..." Diese Anfangsverse sind Frau **Erika Böttcher** noch im Gedächtnis geblieben, denn ihre 1904 geborene Mutter hat das Gedicht in der Schule gelernt und ihren Kindern immer wieder aufgesagt, als ihr Mann 1944 in Südfrankreich gefallen war. Ihre Mutter beendete die Schulzeit 1918, also muss sie das Gedicht während des Krieges gelernt haben. Frau Böttcher hat schon viele ältere Menschen aus den Ostgebieten befragt, aber niemand kannte es. Sie würde sich sehr freuen, wenn sich das Lied auffinden ließe. (Erika Böttcher, Deichstraße 11 in 30823 Garbsen, Telefon 05187/10202.)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Er wusste, warum der Soldatenkönig Uniform trug

Der masurische Volkserzähler Max Bialluch, Autor des Buches »Das lachende Dorf« und der Anekdote »Der Soldatenrock«

Max Bialluch gehörte zu unserem festen Mitgliederkreis, der sich einmal im Monat im „Blutgericht" im Königsberger Schloss traf. Wir, das waren die ostpreußischen Schriftsteller, die sich im damaligen Berufsverband, der Sektion Ostpreußen in der Reichsschrifttumskammer, zusammen gefunden hatten, um gemeinsam über unsere Arbeit zu sprechen und sich gegenseitig zu unterstützen. Eine Art „Workshop", wie man heute sagen würde, denn auf diesen Versammlungen konnten die mehr oder weniger bekannten Schriftsteller Proben ihrer epischen und lyrischen Werke vortragen. Das war besonders für die Freischaffenden wichtig, sie bekamen nicht nur Lob und Kritik aus berufenem Mund, sondern auch Hinweise und Ratschläge für die Verbreitung ihrer Arbeiten. Der Schriftsteller Max Bialluch gehörte nicht zu diesen, denn er war hauptberuflich Pädagoge, unterrichtete damals an der Selke-Schule in Königsberg. Aber was er in seinen freien Stunden schrieb, reichte für einen festen Platz im ostpreußischen Kulturschaffen.

Er war der geborene Volkserzähler, der aus dem prallen Leben seiner masurischen Landsleute schöpfte, aus ihrem Mutterwitz und ihrer Bauernschläue, mit denen sie auch die Widrigkeiten ihres nicht leichten Alltags bewältigten. Nicht umsonst trug sein bekanntestes Buch den Titel „Das lachende Dorf". Sein hoher Bekanntheitsgrad wurde durch viele Lesungen verstärkt, auf denen sich der aus einer alteingesessenen Familie stammende Masure als glänzender Interpret seiner Erzählungen und Anekdoten erwies und die vor allem über den Reichssender Königsberg einen großen Hörerkreis fanden. Max Bialluch füllte damit einen nicht sehr reich bestückten Raum in der ostpreußischen Literatur aus, denn wie aus der von unserer Vereinigung herausgegebenen Anthologie „Land der dunklen Wälder" ersichtlich, waren von den 90 Autoren nur wenige aus Masuren und vor allem die Volksdichtung war kaum vertreten. Diesem Buch hat Max Bialluch die Anekdote „Der Soldatenrock" beigesteuert, die wir als Leseprobe bringen wollen.



Max Bialluchs Haus in Peitschendorf, Kreis Sensburg Bild: privat

Der Soldatenrock

Es ist allgemein bekannt, dass Friedrich Wilhelm I. stets einen einfachen Soldatenrock trug – als erster Fürst Europas. Wie es zu dieser Gepflogenheit gekommen war, wusste man in Masuren folgende Begebenheit zu erzählen:

Damals – als er in den ersten Jahren noch bürgerliche Kleidung getragen haben soll – wurde der König auf einem Besichtigungsgang in Masuren von einem starken Platzregen überrascht und bis auf die Haut durchnässt. Seine Begleiter waren um die Gesundheit des Königs sehr besorgt und ließen nicht nach mit Zureden, bis er in ein nahes Bauernhaus ging, um sich dort einen Rock auszuleihen – für die Zeit, die sein Wams zum Trocknen brauchte. Der gastfreie Bauer erkannte den König nicht, aber er war sogleich bereit, dem Fremden mit einem seiner Kleidungsstücke auszuhelfen. Doch alle Mühe schien vergeblich: Kein Rock passte zu der massigen Gestalt des Durchnässten. Da sah der König einen blauen Soldatenrock im Schrank des Bauern hängen. Allem Anschein nach würde er ihm passen. Wie er aber auf ihn zeigte, da antwortete der Bauer, dass er diesen Rock nicht herausgeben könnte – auch nicht für viele Dukaten. Und als er die erstaunten Gesichter der Fremden sah, erklärte er: „Dieser Rock ist ein besonderes Ehrenkleid. Mein älterer Bruder hat ihn beim Militär getragen – unter den Augen des Königs. Nur wer den König von Angesicht zu Angesicht gesehen hat, darf ihn wieder tragen. So bestimmte es mein Bruder vor seinem Tode. Und seinen letzten Willen muss ich achten ...!"

Da sagte Friedrich Wilhelm I: „Bauer, reich' er mir einen Spiegel her, damit ich hineinsehe. Dann werde ich den Rock wohl anziehen können." Jetzt merkte der Bauer, dass sein Landesherr neben ihm stand. Die letzten Zeichen wichen, als er nun auch fünf blanke Taler vor sich liegen sah und auf ihnen das klare Antlitz des Königs erblickte. Der Bauer bat um Nachsicht und reichte stolz dem König den Rock zu.

Friedrich Wilhelm I. zog erfreut den blauen Soldatenrock an, der wie angegossen saß. Und von der Zeit ließ er nicht mehr ab von diesem Kleidungsstück. *R.G.*

Wir gratulieren ...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Minuth, Christel, geb. **Samland**, aus Poppendorf, Schenken und Wehlau, Kreis Wehlau, am 3. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schwetasch, Alwin, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar

Werner, Frieda, geb. **Rieleit**, aus Tapiau, Schloßstraße, Kreis Wehlau, am 4. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hecht, Ilse, geb. **Seidler**, aus Allenburg, Markt, Kreis Wehlau, am 5. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Radtke, Hildegard, geb. **Skalweit**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 12. Februar

Schinz, Adelheid, geb. **Oberhauser**, aus Platen, Kreis Ebenrode, am 9. Februar

Zink, Anna, geb. **Roggon**, aus Treuburg, am 11. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Siebeck, Ella, geb. **Will**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 2. Februar

Tillert, Franz, aus Blumental, Kreis Lyck, am 8. Februar

Wichert, Gerda, geb. **Sauff**, aus Magotten, Kreis Wehlau, am 30. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Freyer, Siegfried, aus Lyck, Bismarckstraße 38, am 11. Februar

Klein, Helene, geb. **Mumedey**, verw. **Biallas**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 31. Januar

Leiner, Else, geb. **Kramer**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 2. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Biesemeier, Elfriede, geb. **Riehl**, aus Treuburg, am 5. Februar

Doerk, Meta, geb. **Dejan**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 1. Februar

Drehn, Elfriede, geb. **Gabriel**, aus Aßlacken, Groß Aßlacken, Kreis Wehlau, am 5. Februar

Habert, Edith, aus Ebenrode, am 6. Februar

Mallek, Hans, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

Schemionek, Hedwig, geb. **Lankeit**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 12. Februar

Waschk, Horst, aus Neidenburg, am 9. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Endrejert, Lina, geb. **Schletta**, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, am 7. Februar

Heimann, Frieda, geb. **Seel**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 11. Februar

Hoffmann, Martha, geb. **Frank**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 8. Februar

Kraas, Alfred, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 7. Februar

Löwe, Käthe, geb. **Lenkeit**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 11. Februar

Schöl, Erich, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 7. Februar

Schwarznecker, Erna, geb. **Merten**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Beck, Marta, geb. **Brenneisen**, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 8. Februar

Blaschke, Hildegard, geb. **Nietert**, aus Lyck, Eisenb. Hs., am 6. Februar

Jäger, Gertrud, aus Gumbinnen, am 11. Februar

Janett, Dora, geb. **Lunau**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 6. Februar

Labude, Hildegard, geb. **Paulini**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 6. Februar

Loch, Heinz-Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 4. Februar

Schmidt, Willi, aus Lyck, Morgenstraße 17, am 7. Februar

Schönwald, Ruth, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 2. Februar

Theierl, Hildegard, geb. **Kohlke**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 10. Februar

Werner, Erika, geb. **Apfelbaum**, aus Ortelsburg, am 10. Februar

Wittorf, Hedwig, geb. **Chmielewski**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Buroff, Anna, geb. **Skowronnek**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 7. Februar

Dill, Elli, geb. **Zobel**, aus Pilgramsaue, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

Ewert, Hedwig, geb. **Tillert**, aus Lyck, am 10. Februar

Golinski, Lieselotte, geb. **Mrowka**, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 12. Februar

Gorinski, Otto, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 9. Februar

Hensel, Annemarie, geb. **Rosowski**, aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar

Katzmarzik, Agnes, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar

Kühling-Schediwy, Ilse, geb. **Blumstein**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 7. Februar

Pelka, Paul, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

Pries, Paul, aus Bürgersdorf, Bürgersdorf West, Kreis Wehlau, am 9. Februar

Samorey, Marie, geb. **Krajewski**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bartkowski, Kurt, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 3. Februar

Bloehm, Erich, aus Ebenrode, am 11. Februar

Christofzik, Anneliese, aus Lisken, Kreis Lyck, am 6. Februar

Dahmen, Erika, geb. **Borchert**, aus Frisching, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Februar

Danielzik, Heinrich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 10. Februar

Draheim, Ruth, geb. **Sell**, aus Klein Krösten, Kreis Lötzen, am 10. Februar

Glombitza, Elli, geb. **Gronostay**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 30. Januar

Haustein, Helene, geb. **Kondoch**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. Februar

Klick, Erna, geb. **Ludwig**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Februar

Koenig, Hildegard, geb. **Kurrat**, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 11. Februar

Kupczyk, Gertrud, geb. **Framke**, aus Bludau, Kreis Samland, am 8. Februar

Losch, Walter, aus Neidenburg, am 5. Februar

Matthees, Hildegard, geb. **Rasch**, aus Lyck, Yorkstraße 35, am 8. Februar

Richert, Alfred, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 11. Februar

Rohde, Lieselott, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar

Schaffstein, Rosemarie, geb. **Geil**, aus Roddau Perkuiken, Perkuiken, Kreis Wehlau, am 11. Februar

Steffen, Margarete, geb. **Kowalleck**, aus Paterswalde, Paterswalde Nord, Kreis Wehlau, am 5. Februar

Wallat, Herta, aus Ströhlen, Kreis Ebenrode, am 9. Februar

Wiencke, Herta, geb. **Brzoska**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 11. Februar

Wolter, Albert, aus Amalienhof, Kreis Ebenode, am 11. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartel, Dorothee, geb. **Blechschmidt**, aus Moritzfelde, Kreis Wehlau, am 3. Februar

Buczko, Gerda, geb. **Barzik**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 7. Februar

Burat, Ernst, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 11. Februar

Däblitz, Heinz, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 6. Februar

Dwojakowski, Ernst, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 2. Februar

Dziedzic, Elisabeth, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, am 12. Februar

Eggert, Elisabeth, geb. **Schröder**, aus Paggehnen, Kreis Samland, am 12. Februar

Fehrle, Hildegard, geb. **Schrubba**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar

Gries, Erike, geb. **Kniest**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 11. Februar

Katzinski, Friedrich, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar

Köthe, Liesbeth, geb. **Donieniuk**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 9. Februar

Lang, Maria, geb. **Stelter**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 12. Februar

Lemke, Minna, geb. **Seinwill**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 7. Februar

Lüneburg, Hartmut, aus Lyck, Yorkstraße 24, am 11. Februar

Luxa, Günter, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 9. Februar

Melzer, Ruth, geb. **Thierenbach**, aus Schippen, Kreis Lyck, am 11. Februar

Niewerra, Heinz, aus Neidenburg, am 5. Februar

Ponzelar, Ruth, geb. **Mroß**, aus Binien, Kreis Lyck, am 12. Februar

Pritzkuleit, Irma, geb. **Pritzkuleit**, aus Moptau, Kreis Wehlau, am 7. Februar

Prozell, Elli, geb. **Tumescheit**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 9. Februar

Röper, Appolonia, geb. **Patz**, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, am 9. Februar

Schmidtke, Gertrud, geb. **Korzen**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

Timmler, Otto, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 7. Februar

Trzaska, Ewald, aus Neidenburg, am 9. Februar

Weltecke, Elly, geb. **Feuersenger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 70, am 7. Februar

Werner, Herbert, aus Neidenburg, am 3. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albrozeit, Kurt, aus Goldbach, Goldbach Nord, Kreis Wehlau, am 6. Februar

Bahr, Irene, geb. **Aßmann**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 12. Februar

Bestvater, Ursula, geb. **Manlistner**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 8. Februar

Brasch, Selma, geb. **Beyer**, aus Schönwalde-Hermsdorf-Pellen, am 10. Februar

Brosch, Walter, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 10. Februar

Brunnlieb, Elsa, geb. **Heßke**, aus Lauterbach-Hermsdorf-Pellen, Kreis Heiligenbeil, am 6. Februar

Butte, Edeltraut, geb. **Masurowski**, aus Lyck, Memeler Weg 5, am 8. Februar

Dörfer, Ulrich, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 8. Februar

Erdmann, Dorothea, geb. **Seidler**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 9. Februar

Fritsch, Elisabeth, geb. **Kuschmierz**, aus Polennen, Kreis Samland, am 8. Februar

Gorzalka, Bernhard, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 1. Februar

Grankowski, Hannelore, aus Berendshagen, Kreis Elbing, am 28. Januar

Hülsmann, Margarete, geb. **Hasselberg**, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 12. Februar

Jablonowski, Werner, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

Joneleit, Kurt, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 7. Februar

Kauschus, Fritz Jun., aus Ebenrode, am 6. Februar

Kelm, Wolfgang, aus Königsberg-Tannenwalde-Charlottenburg, am 27. Januar

Klein, Maria, geb. **Hopp**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 8. Februar

Köhn, Gertrud, geb. **Herrmann**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 10. Februar

Krafft, Erwin, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, am 10. Februar

Kremp, Werner, aus Ebenrode, am 12. Februar

Masuch, Waldemar, aus Rumeyken, Kreis Lyck, am 8. Februar

Neumann, Hertha, geb. **Schmidt**, aus Pregelswalde, Falkenhorst, Kreis Wehlau, am 5. Februar

Passie, Irmgard, geb. **Graffenberger**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 1. Februar

Praglowski, Othmar, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 3. Februar

Priebe, Siegfried, aus Upalten, Kreis Lötzen, am 11. Februar

Röder, Liesbeth, geb. **Höchst**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. Februar

Saczinski, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 151, am 7. Februar

Scharna, Horst, aus Preußenburg und Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 2. Februar

Schulz, Werner, aus Pregelswalde, Pregelswalde Abbau, Kreis Wehlau, am 10. Februar

Skarzynska, Hildegard, geb. **Plaga**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 11. Februar

Steinbacher, Hildegard, geb. **Sommer**, aus Hansburg, Kreis Neidenburg, am 1. Februar

Syperrek, Hans, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 2. Februar

Trebacz, Betty, geb. **Kasperek**, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 1. Februar

Trittschack, Siegfried, aus Momehnen, Kreis Gerdauen, am 4. Februar

Unterberg, Edith, geb. **Gritzo**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. Februar

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden. Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

- **10. bis 11. März:** Arbeitstagung der Kreisvertreter im Ostheim in Bad Pyrmont
- **13. bis 15. April:** Arbeitstagung der deutschen Vereine in Lüneburg
- **16. bis 19. April:** Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim Bad Pyrmont
- **20. bis 22. April:** Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
- **25. bis 28. Mai:** Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
- **16. Juni:** Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
- **21. bis 23. September:** Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
- **8. bis 14. Oktober:** 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
- **26. bis 28. Oktober:** Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
- **5. bis 9. November:** Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 4. Februar, 17.10 TELE 5: Rasputin – Mythos oder Wahrheit?

Sonnabend, 4. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Panama-Kanal. USA 2011.

Sonntag, 5. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 5. Februar, 11.30 Uhr, 3Sat: Der heimatlose Europäer. Stefan Zweig.

Sonntag, 5. Februar, 20.35 Uhr, Arte: Juliette Gréco – Die Unsterbliche.

Sonntag, 5. Februar, 21.15 Uhr, Phoenix: Nigeria – Zwischen Traum und Albtraum.

Montag, 6. Februar, 17.15 Uhr, Phoenix: Rufmord im Internet. Cybermobbing.

Montag, 6. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Elisabeth, die Ewige. Majestät privat; Regentin ohne Reich.

Montag, 6. Februar, 21 Uhr, NDR: Kleider machen Deutsche (1/2): Von der Trümmerzeit in die wilden Sechziger.

Dienstag, 7. Februar, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte: Das Filmstudio Babelsberg ist die Wiege der deutschen Filmkunst.

Dienstag, 7. Februar, 22.03 Uhr, N-TV: Biblische Katastrophen.

Mittwoch, 8. Februar, 18.30 Uhr, Phoenix: Chinas Grenzen – Abenteuer vom Ussuri bis zum Hindukusch.

Mittwoch, 8. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Die Sturmflut. D 2002. „Logbuch einer Katastrophe".

Donnerstag, 9. Februar, 21 Uhr, 3Sat: Traumfabrik Babelsberg: Metropolis. Stummfilmklassiker 1927/2910.

Donnerstag, 9. Februar, 22.45 Uhr, RBB: Auge in Auge. Dokumentation über 100 Jahre „Kino made in Germany".

Freitag, 10. Februar, 17.30 Uhr, 3Sat: Alter Fritz im neuen Glanz. Preußens Pracht wird aufpoliert.

Freitag, 10. Februar, 20.15 Uhr, 3Sat: Legenden – Hans Rosenthal.

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Wagner, Otto, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 9. Februar

Werner, Ingrid, geb. **Bolz**, aus Ebenrode, am 7. Februar

Wilke, Irena, geb. **Dmuschewski**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 11. Februar

Wirth, Fritz, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 10. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Beyer, Elsbeth, geb. **Heise**, aus St. Lorenz, Kreis Samland, am 10. Februar

Brinkmann, Rosemarie, geb. **Guddas**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 7. Februar

Federmann, Linda, geb. **Reinhaus**, aus Geidau, Kreis Samland, am 9. Februar

Habig, Karin, geb. **Schelwat**, aus Germau, Kreis Samland, am 7. Februar

Heinrich, Anna, geb. **Werner**, aus Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 12. Februar

Herrling, Gerhard, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 6. Februar

Kirstein, Wolfgang, aus Ebenrode, am 6. Februar

Loch, Margarete, geb. **Rogalla**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 12. Februar

Ludwigkeit, Ingrid, geb. **Staschek**, aus Ebenrode, am 6. Februar

Nalik, Rosemarie, geb. **Schön**, aus Magdeburg, Kreis Neidenburg, am 3. Februar

Redeker, Irene, geb. **Bannek**, aus Wilhelmshof-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar

Schöttke, Arno, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 6. Februar

Skupsch, Lucie, aus Neidenburg, am 3. Februar



Braczko, Horst, und Frau Brigitte, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 2. Februar

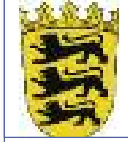
Vortrag im Ostpreußischen Landesmuseum: Dienstag, 7. Februar, 14.30 bis 16.30 Uhr: „Von Wildschützen und Mördern – Wilddieberei in Ostpreußen und anderen Revieren".

Vortrag von Dr. Christoph Hinkelmann in der Reihe „Museum erleben". Eintritt 5 Euro (inkl. Kaffee, Tee und Gebäck)

Die Jagd auf größere Tiere hatten sich die Herrschenden vorbehalten. In Ostpreußen waren mehr als 60 Prozent aller Waldgebiete in Staatsbesitz und so ergaben sich hier stets Konflikte mit preußischen Forstbeamten. Es ist heute weitgehend vergessen, welche Auseinandersetzungen sich in den stillen Wäldern des Ostens abspielten und nicht selten mit dem Tod eines Försters oder Wilderers endeten. Der Vortrag stellt einige besondere Fälle vor. OL

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Telefax (04131) 7599511

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 9. Februar, 13 Uhr, Ulmer Stuben: **Fischessen**. Anmeldungen bei Frau Stegmaier. – Sonnabend, 18. Februar, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: **Schabbernachmittag**.

Weinheim – Mittwoch, 8. Februar, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe zu einem Faschingsnachmittag mit heiteren Beiträgen aus dem Buch „Heimat im Herzen". In der Mundart der ostpreußischen Heimat von Ingrid Koch. „Sparen im Mondschein". Kurze Nächte – lange Gespräche. Frau Ottilie hört die Kunde von günstigen Telefontarifen in der Nacht und beschließt, alle ihre Freunde nur noch in der Nacht mit ihren Anrufen zu beglücken.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 18. Februar, 17 Uhr, Orangerie: **Grützwurstessen**. Zum Ende des Faschings möchte die Gruppe mit lustigen Gedichten und Geschichten zur guten Stimmung beitragen.

Bamberg – Mittwoch, 15. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Veranstaltung zum Thema „Die Memel – ein Grenzfluss".

Hof – Sonnabend, 11. Februar, 14 Uhr, Vereinslokal: Grützwurstessen. – **Bericht von der Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes** – Am 14. Januar hatte die Kreisgruppe Hof zu ihrer ersten Zusammenkunft im neuen Jahr mit Neuwahl des Vorstandes eingeladen. Der 1. Vorsitzende Christian Joachim begrüßte eine stattliche Zahl von Mitgliedern und Gästen herzlich, seine besten Wünsche galten den gewesenen Geburtstagskindern sowie allen für das neue Jahr. Mehr als 60 Jahre besteht die Gruppe in Hof, zunächst als eine Art Schicksalsgemeinschaft mit Hilfe zur Selbsthilfe gegründet, ist ihre Aufgabe nun die Pflege und Erhaltung ihres Kulturguts, ist ihr die Wahrung der Geschichte zur Verpflichtung geworden. Mit eindringlichen Worten stellte Christian Joachim die vielseitigen Angebote vor, seien es die monatlichen Zusammenkünfte der Volkstanzgruppe Hof unter Leitung von Jutta Starosta oder die Reisen in die Heimat. Dann übergab er Schatzmeister Klaus-Dieter Napromski das Wort, der seinen ausführlichen Kassenbericht für 2011 vortrug. Kassenprüfer Gerd Oehler bescheinigte dem Kassier vorbildliche Buchführung und fehlerfreie Bücher. Er bat um Entlastung durch den Vorstand, der dem Kassenwart auch einstimmig für seine Arbeit dankte und ihn entlastete. Jugendreferentin Jutta Starosta legte einen umfangreichen Bericht von ihrer vielseitigen Arbeit in der Jugendgruppe vor. Großer Dank und Anerkennung begleiteten diese noch junge Gruppe. Gert Oehler fungierte als Wahlleiter und stellte bei der ordnungsgemäß durchgeführten Neuwahl die Mitglieder des Vorstandes vor, die das Amt annahmen und nach bestem Können den 1. Vorsitzenden Christian Joachim unterstützen werden. Für lange treue Dienste zum Wohle der Gruppe wurden mit einer Ehrenurkunde mit Anstecknadel Hildegard Drogomir, Gerda Künzel, Klaus-Dieter Napromski und Renate Pfaff von Christian Joachim und Gert Oehler ausgezeichnet. Zum neuen Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Joachim Christian, Schleizer Straße 4, 95111 Rehau, Telefon (09283) 9416, Schatzmeister Klaus-Dieter Napromski, Stellvertreterin Christl Starosta, Schriftführerin Renate Pfaff, Stellvertreterin Jutta Starosta, Sozialbetreuerin Waltraut Hahn, Jugendreferentin Jutta Starosta, Kulturreferent Bernd Hüttner, 2. Kulturreferentin Gerda Künzel, Revisor Gert Oehler, Beisitzer Hildegard Drogomir, Detlef Krudk, Peter von Lossow, Renate Oehler.

Landshut – Dienstag, 7. Februar, 19 Uhr, Salzstadel: Eröffnung mit dem Yoga- und Prana-Lehrer Sri Sai Choletti aus Indien, Information zu **„Landshut meditiert"**. Vortrag und praktische Anwendungen können nach Programm eine Woche lang gewählt werden. – Dienstag, 21. Februar, 14 Uhr: **Faschingsnachmittag** in fröhlicher Gemeinschaft.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußische Sängerkreis. Ansprechpartner Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

München Nord/Süd – Freitag, 10. Februar, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

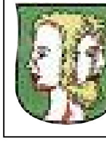
Nürnberg – Freitag, den 10. Februar, 15 Uhr, Tucherbräu am Opeernhaus: Lieder zum Jahresbeginn. Gäste sind herzlich willkommen.

Starnberg – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Faschingskranz.

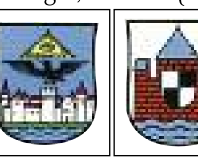


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 4. Februar, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



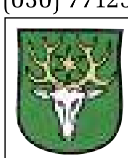


Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 4. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen für Tilsit/Ragnit bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881, für Tilsit-Stadt bei Brigitta Richter, Telefon (030) 99499989.

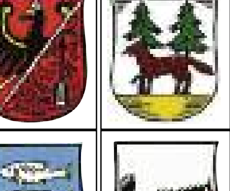


Frauengruppe – Mittwoch, 8. Februar, 13.30 Uhr, Die Wille, Wilhelmstraße 115, 10962 Berlin: **Winter in Ostpreußen**. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

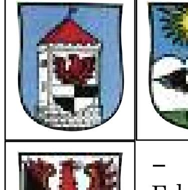
Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



Wehlau – Sonntag, 12. Februar, 15 Uhr, Lindengarten, Alt-Buckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 7712354.

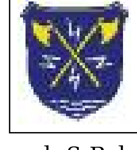


Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Mittwoch, 15. Februar, 14 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Clubraum, Gradeschützenweg 139, 12203 Berlin: Die Gruppe trifft sich zum Jahresbeginn. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.





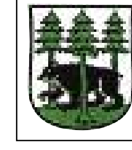
Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 16. Februar, 14 Uhr, Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Sauer-süße Grüße aus Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 18. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1, U- und S-Bahn Heidelberger Platz: Eisbeinessen. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Heilsberg / Rößel – Sonnabend, 18. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 35, 12249 Berlin: Faschingsfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600, oder Elisabeth Müller, Telefon (030) 6935721.



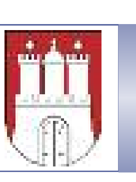
Rastenburg – Sonntag, 19. Februar, 15 Uhr, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Die Vereinstätigkeit der Gruppe begann am 20. Januar mit der **Grünkohltour**. Der Treffpunkt zum Wandern war um 12 Uhr in Spaden-Mitte. Mit einer kleinen Truppe und guter Marschverpflegung ging es lustig los. Unterwegs trafen die Teilnehmer noch ein paar „Irrläufer", so dass die Gruppe mit zehn Leuten schon leicht beschwingt an der Gaststätte Spadener See ankam. Dort warteten die Nichtläufer bereits hungrig. Fast 30 Mitglieder der Gruppe ließen sich das norddeutsche Nationalgericht gut schmecken. Nach dem reichhaltigen Essen gab es eine „Kornus" zur Verdauung. Mit Gesang wurde der Kohlkönig Wolfgang Paul entthront, und er bedankte sich für den guten Verlauf. Zur neuen Kohlkönigin wurde Vorstandsmitglied Stefanie Flotow gekürt; sie richtet im nächsten Jahr die Kohlfahrt aus. Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul gab noch weitere Termine für die Veranstaltungen im laufenden Jahr bekannt. Nächster Termin ist der 17. Februar im Barlach-Haus zur Jahreshauptversammlung.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

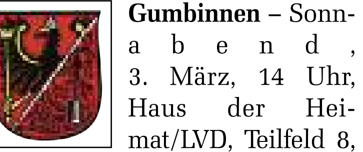
Sonnabend, 4. Februar, 11 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg (nahe S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U 3, Station Rödingsmarkt): **Neujahrsempfang der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften**.

BEZIRKSGRUPPE

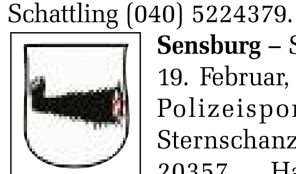
Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 27. Februar, 15 Uhr, Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis zur Waldquelle): Treffen der Gruppe zum „Bunten Nachmittag".

KREISGRUPPE



Gumbinnen – Sonnabend, 3. März, 14 Uhr, Haus der Heimat/LVD, Teilfeld 8, 20459 Hamburg: Treffen der Kreisgruppe. Thema: „Erinnerungen an Zuhause". Nach einer Kaffeetafel erwartet sie ein Programm kultureller Art. Gäste sind recht herzlich willkommen. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Station Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt, dann Fußweg von zirka 6 Minuten in Richtung Michaeliskirche (Michel). Ein Fahrstuhl ist im Haus vorhanden. Telefon Frau Gassewitz (040) 58951060 und Herr Schattling (040) 5224379.



Sensburg – Sonntag, 19. Februar, 14 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

stellvertr. Vorsitzende: Waltraud von Schaewen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 11. Februar, 15 Uhr, Bürgerhaus am See, Kranichstein, Grundstraße 10: Fröhliche Stunden beim „Preußischen Fasteloawend". Wie üblich beginnt das Treffen mit der Kaffeetafel. Mit humoristischen Beitragen sowie mit Musik und Gesang wird das weitere Programm gestaltet. Beiträge von Jedermann sind willkommen.

Kassel – Dienstag, 7. Februar, 14.30 Uhr, Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg: Treffen der Gruppe. Ab 15 Uhr findet die Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen des Vorstands statt. Anschließend be-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

richtet Ruth Barthel über „Freud und Leid zur Winterzeit“.

Wetzlar – Montag, 13. Februar, 18 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Heinz Schapowahl spricht über die Tilsiter Dragoner. Gäste sind herzlich willkommen.

Wiesbaden – Donnerstag, 9. Februar, 15.11 Uhr: **Närrischer Nachmittag mit Kreppelkaffee.** Mit von der Partie sind die beliebten Büttenredner Stefan Fink, Joachim Mauer, Klaus Groß und Klaus Schörgler. Außerdem sorgen für Stimmung Nico Hollmann mit seinem Orchester, die Gartenzwerge des Carneval-Clubs Wiesbaden, Renate Budau sowie das Duo Mathias Budau und Dr. Markus Hübenthal. Durch das Programm führt Manfred Laubmeyer. Gäste, Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. Kostenbeitrag 3,11 Euro. – Dienstag, 14. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: **Treffen der Frauengruppe**. „Allerlei zur Fassenacht“. Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freud‘. – Donnerstag, 16. Februar, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Treffen der Gruppe zum **„Schmandhering“**-Essen. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt bis spätestens 10. Februar anmelden bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. Busverbindung Linie 16 bis Haltestelle Ostpreußenstraße.



NIEDERSACHSEN

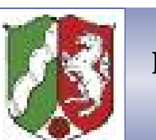
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hannover – Freitag, 10. Februar, 12 Uhr, Ihme-Terrassen, Roesebeckstraße 1 (Nähe Krankenhaus Siloah): Die Gruppe trifft sich zum **Königsberger-Klopse-Essen**. Um Anmeldung für das Essen wird gebeten unter Telefon (05101) 2530 oder (0511) 332724. Nach dem Essen wird Polizeioberkommissar Homuth von der Hannoverschen Polizei über Tricks und Betrügereien, auf die mancher Senior schon hereingefallen ist, berichten. – Die **Jahreshauptversammlung findet am Freitag, 9. März** ebenfalls im Vereinslokal statt.

Hildesheim – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Rathausstraße 8: **Jahreshauptversammlung** in der Bürgermeisterkapelle.

Osnabrück – Dienstag, 14. Februar, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Hotel „Stadt Kassel“, Klosterstraße 42: Filmvortrag „Lebendige Geschichte: Schatzkästchen Ostpreußen“. Die LO lädt ihre Mitglieder sowie alle geschichtlich Interessierten ein. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen beim Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 6. Februar, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Weilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 16. Februar, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Literaturkreis. – Sonnabend, 18. Februar, 15 Uhr, Geschäftsstelle der Kreisvertretung, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: **Jahreshauptversammlung**.

Bonn – Sonnabend, 11. Februar, 19.30 Uhr, Stadthalle Bonn-Bad Godesberg: **Winterball der Ostdeutschen Landsmannschaften**. Veranstaltet von den Regionalgruppen der Schlesier, Ostpreußen, Sudetendeutschen und der Siebenbürger Sachsen. Musik: siebenbürgisch-sächsische Band Phönix V aus Drabenderhöhe. Weitere Mitwirkende: Ballettgruppe der Musikschule Sankt Augustin, Schlesiche Trachtentanzgruppe Djonathan aus Neuss. Reservierungswünsche bitte an die veranstaltenden Gruppen richten. Eintritt 15 Euro, Jugend 10 Euro.

Dortmund – Montag, 20. Februar, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule/Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf –Mittwoch, 8. Februar, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 8. Februar, 19.15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von PD Dr. Manfred Nebelin, „Erich Ludendorff, der Stratege des Ersten Weltkrieges“. – Freitag, 10. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch der Gruppe. – Dienstag, 14. Februar, 18 Uhr, GHH/Konferenzraum: Filmvorführung „Fridericus – der alte Fritz“. – Mittwoch, 15. Februar, GHH/Konferenzraum: Vortrag mit PD Dr. Winfried Halder „Der andere Preuße, Otto Braun (1872–1955)“. – Freitag, 17. Februar, 19.15 Uhr, GHH / Konferenzraum: Ausstellungseröffnung „Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen“. – Mittwoch, 22. Februar, 19.15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Autorenlesung mit Rada Renemarkova: „Ein herrlicher Flecken Erde“.

Ennepetal – Donnerstag, 16. Februar, 18 Uhr: Monatsversammlung kombiniert mit der Jahreshauptversammlung. Grützwurst nach Monikas Art.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

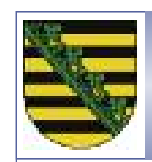
Neuss – Sonntag, 12. Februar, 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Einlass 14 Uhr.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

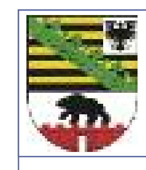
Neustadt a.d. Weinstraße – Sonnabend, 18. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Fröbelstraße 26: Die Gruppe trifft sich zu einem humorvollen Nachmittag. Es soll eine optimistische Grundeinstellung bewahrt werden. Eigene Beiträge sind erwünscht.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 10. Februar, 14 Uhr, Clausstraße 27: Veranstaltung zum Thema „Friedrich II – der alte Fritz. 300. Geburtstag“. Einlass 13 Uhr.

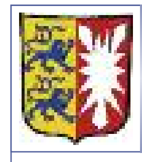


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 13. Februar, 14 Uhr, Krötenhof: Kappenfest.

Magdeburg – Donnerstag, 10. Februar, 15 Uhr, Sportgaststätte bei TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singproben des Singekreises. – Sonntag, 12. Februar, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Faschingsmonat. – Dienstag, 21. Februar, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Sonnabend, 4. Februar, 20 Uhr, Waldhotel Riesebusch, Sonnenweg 1, Bad Schwartau: **Winterfest der Landsmannschaft der Ostpreußen**. Seit 1912 hat Bad Schwartau das Stadtrecht. 100 Jahre Stadtrecht – das soll und muss in diesem Jahr groß gefeiert werden. Mit etwa 4000 Einwohnern erhielt die Gemeinde Schwartau am 1. Juli 1912 das Stadtrecht. Nach Eingemeindung der Dörfer Rensefeld, Groß Parin und Cleve im Jahre 1934 wuchs die Einwohnerzahl auf über 7000. Aber erst durch die Aufnahme von Flüchtlingen, die vor und nach 1945 größtenteils aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien kamen, verdoppelte sich die Bevölkerungszahl. Die Ostpreußen wollen deshalb den Reigen der Festveranstaltungen mit dem „Winterfest der Ostpreußen“ eröffnen und erwarten auch in diesem Jahr wieder viele Gäste. Flotte Musik und viele Überraschungen warten auf die Teilnehmer. Die Landsmannschaft hat sich jedenfalls mit einem vollen Programm auf diesen Abend vorbereitet. Ehrenkapitän der Viermastbark „Passat“ Ulf Sack und die mehrfach preisgekrönte Hip-Hop-Formation Serafin der Tanzschule Dietz werden diesen Abend begleiten. Die Tombola, deren Reinerlös der „Bruderhilfe Ostpreußen“, der Erhaltung und Pflege heimatlichen Kulturgutes und der Jugendeinrichtung „Jablonka“ (Apfelbäumchen) – die den Königsberger Straßenkindern hilft – dienen soll, ist auch wie gewohnt reichlich ausgestattet, so dass der Losverkauf wieder ohne Nieten starten kann. Allein dies alles verspricht, dass es wieder ein bunter Abend wird, der alle Gäste mitreißt, vor allem auch durch die „Giesentro's“, die mit ihren Rhythmen jeden auf die Tanzfläche holen. Der Kartenvorverkauf in den bekannten Vorverkaufsstellen Fashion Corner, Markttwiete 6 (neben Hoffmann's Bistro) sowie Lotto- und Toto-Annahmestelle Cleverhofer Weg 120 hat bereits begonnen. Eintritt im Vorverkauf 7 Euro, an der Abendkasse 8 Euro.

Burg – Dienstag, 14. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Treffen der Ost-, Westpreußen und Danziger. Karin Gawehns aus Heiligenhafen hält an diesem Nachmittag einen Vortrag über „Fußpflege zur Erhaltung der Gesundheit“. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Freitag, 17. Februar, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik: Kaffeerunde, **Jahreshauptversammlung**, Musik, Gedichte, Heimatgeschichten.

Mölln – **Vortrag über Ernst Wiechert** – Am 25. Januar trafen sich Freunde und Mitglieder der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen im Quellenhof, um einen Vortrag über Ernst Wiechert zu hören. Die Referentin Irmingard Alex sprach über den 1887 in Kleinort, Kreis Sensburg/Masuren in einem Forsthaus geborenen Dichter. Das Geburtshaus wird von den Polen sorgfältig gepflegt, wie Frau Alex feststellen konnte. Ernst Wiechert war ein empfindsames, von Natur und Tieren geprägtes Kind. Zur Schulausbildung kam er mit elf Jahren nach Königsberg, wo er sich wie verirrt vorkam. Mit 18 Jahren bestand er das Abitur. Er studierte Englisch, Erdkunde, Philosophie und Deutsch und machte mit 24 Jahren sein Staatsexamen. Er heiratete eine Försterstochter und war ab 192 Lehrer in Königsberg. Wiechert spielte gut Geige und Klavier und war mit dem Pianisten Wilhelm Kempff befreundet. 1914 wurde er als Soldat Leutnant. Ende der 20er Jahre verließ er Königsberg und wurde Lehrer in Charlottenburg. Im April 1933 zog er nach Starnberg. Inzwischen hatte er sich mit seinen Büchern so weit durchgesetzt, dass er davon leben konnte. Der Nationalsozialismus wandte sich gegen ihn. Eine Rede vor Münchner Studenten wurde in Abschriften verbreitet. Im Mai 1938 wurde Wiechert verhaftet und in das Lager Buchenwald gebracht. Nach zwei Monaten kehrte er von dort schwer erkrankt zurück und schrieb das Buch „Der Totenwald“. Er wurde zum inneren Emigranten, der sich nach dem Krieg in die Schweiz zurückzog, wo er 1950 starb. In seinen Büchern spielen die Landschaft und die Menschen seiner masurischen Heimat eine große Rolle, so zum Beispiel in „Wälder und Menschen“ und in „Das einfache Leben“. „Die Jerominkinder“ ist eine in Masuren spielende Familienchronik. Die „Missa sine Nomine“ handelt von drei Brüdern und ist wie eine Fortsetzung der „Jerominkinder“. Ilse Konrad-Cowalski trug ein Gedicht von Wiechert über den Verlust der Heimat vor und leitete auch das gemeinsame Singen. Monika Palis

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen



In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserem lieben Vater, Schwiegervater, Opa und Uropa

Willy Tiedtke

* 15. 11. 1912 in Friedrichsrode † 24. 1. 2012 in Grabow

In stiller Trauer
Hans-Joachim Tiedtke und Frau Renate
Dietmar Tiedtke und Frau Roswitha
seine lieben Enkel und Urenkel

Grabow, im Januar 2012

Die Beerdigung fand am Montag, dem 30. Januar 2012, um 11.00 Uhr von der Friedhofskapelle in Grabow aus statt.

Du siehst Deinen Garten nicht mehr grünen,
in dem Du so froh geschafft.
Siehst Deine Blumen nicht mehr blühen,
weil Dir der Tod nahm Deine Kraft.

Nach kurzer, schwerer Krankheit trauern wir um unseren lieben Entschlafenen

Arthur Böhm

* 22. 7. 1929 Böhnkenwalde † 20. 1. 2012 Boostedt



In stiller Trauer
Hertha Stolten, geb. Böhm
Karin Stolten
Familie John
Familie Wohlfeil

Boostedt

Die Beerdigung fand am Dienstag, dem 31. Januar 2012, um 14.00 Uhr von der evangelischen Kirche in Boostedt aus statt.

Ja, ich will euch tragen bis zum Alter hin.
Und ihr sollt einst sagen, dass ich gnädig bin.
Jochen Klepper

Der allmächtige und barmherzige Gott hat nach einem langen und reichen Leben

Helene Seredszus

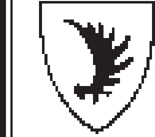
geb. Schwekutsch

* 29. 9. 1915 Großrosen Kreis Johannisburg † 1. 1. 2012 Ostercappeln (Bezirk Osnabrück)

zu sich genommen in sein ewiges Reich.

In Liebe und Dankbarkeit
Sigrid und Erhard Seredszus
im Namen der Familie

Bad Essen, 1. Januar 2012
Traueradresse: Erhard Seredszus, Schustergang 4, 24357 Fleckeby



Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen,
über weite Felder lichte Wunder gehn.
Starke Bauern schreiten hinter Pferd und Pflug,
über Ackerbreiten streicht der Vogelzug.
Und die Meere rauschen den Choral der Zeit.
Elche stehn und lauschen in die Ewigkeit.



Albert Schulz

* 1. 8. 1923 in Allenstein (Ostpreußen) † 18. 1. 2012 in Dormagen-Stürzelberg

Christian Schulz
Im Namen aller Angehörigen
Familie Reinhart

41541 Dormagen-Stürzelberg, Brunnenstraße 18

Das Seelenamt wurde am Freitag, dem 27. Januar 2012, um 12.00 Uhr in der Pfarrkirche St. Aloysius zu Stürzelberg gehalten. Anschließend fand die Beisetzung von der Friedhofskapelle aus statt.

Aus den Heimatkreisen

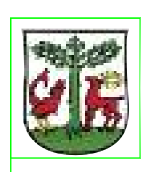
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Einladung zur 54. heimatpolitischen Tagung am 25./26. Februar 2012 – Ein spannendes und arbeitsreiches Jahr 2011 liegt hinter den Kreisgemeinschaften und Landesgruppen in der Landsmannschaft Ostpreußen. Vor uns liegt ein neues Jahr mit neuen Herausforderungen und Hoffnungen, das wir traditionell mit unserer heimatpolitischen Tagung einleiten wollen. Dazu laden der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger der Angerburger und die Kreisgemeinschaft geschichtlich und kulturell interessierte Ost-und Westpreußen und deren Nachkommen sowie die Freunde der Angerburger aus nah und fern wieder sehr herzlich ein. Die Tagung findet am 25./26. Februar in der Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium) in Rotenburg/Wümme statt. Wer vor seiner Geschichte flieht, wird früher oder später von ihr eingeholt. Um Geschichte zu verstehen, muss man die Vergangenheit kennen. Deshalb müssen wir uns mit unserer Geschichte beschäftigen. Für die Tagung konnten wir wieder kompetente Referenten gewinnen. Am 25. Februar ist die Mensa der Theodor-Heuß-Schule ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer in der Aula wird um 15 Uhr Professor Udo Arnold über das Thema „2010 – 600 Jahre Schlacht bei Tannenberg. Rückschau auf ein Gedenkjahr“ referieren. Nach einer kurzen Pause hören wir einen Vortrag von H. J. Kämpfert zum Thema „Von Thorn zur Marienburg. Die Geschichte des Deutschen Ordens im Preußenland und ihre Akzeptanz bei Deutschen und Polen.“ Nach den Vorträgen ist eine kurze Aussprache vorgesehen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und guten Gesprächen in angenehmer Atmosphäre lassen wir den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag, 26. Februar um 9.20 Uhr wird die Tagung fortgesetzt. Es gilt aber nicht nur die Vergangenheit zu betrachten, man darf auch die Gegenwart nicht ausklammern und muss auch den Blick in die Zukunft richten. Direktor Wolfgang Freyberg vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen wird über „Die grenzüberschreitende Kulturarbeit des Kulturzentrums Ostpreußen“ informieren. Gegen 12 Uhr wird die Tagung beendet sein. Anmeldungen, auch für das Elchessen zum Preis von 24 Euro pro Person einschließlich Dessert, und Übernachtungswünsche werden bis zum 17. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, erbeten. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

9. Kreistreffen in der Heimat – Vom 24. Juni bis 3. Juli 2012 (10 Tage) wird das 9. Kreistreffen in der Heimat stattfinden. Folgendes Programm ist vorgesehen: Sonntag, 24. Juni Abfahrt in der Bundesrepublik: Sankt Augustin, Bahnhofstraße 35B (bei Manfred Ruhnau), 5.30 Uhr, Bonn, Zentraler Omnibusbahnhof, (ZOB) 6 Uhr, Köln, Busspur Komödienstraße/Nähe Hauptbahnhof. 6.30 Uhr, Dortmund, Zentraler Omnibusbahnhof(ZOB). 8 Uhr. Teilnehmer, die in Rodewald oder Hannover zusteigen, werden mit einem Zubringer zur Autobahn gebracht. Gleichzeitig Busfahrerwechsel! Betriebshof Busche, Alte Celler Heerstraße 2, 31537 Rodewald, 9 Uhr, Hannover, Zentraler Omnibusbahnhof, Bussteig 4, 10 Uhr. Entlang der BAB Hannover – Berlin sind weitere Zustiege nach Absprache möglich. Die weitere Reiseroute führt über die deutsch-polnische Grenze zur Zwischenübernachtung in den Großraum Posen. 25. Juni: Weiterfahrt über Thorn (Altstadtrundgang), Marienburg (Fotopause) und Elbing nach Frauenburg oder Braunsberg für 6 Übernachtungen. In Braunsberg stehen im Hotel Kristal 16 DZ und 1 EZ zur Verfügung. Weitere Zimmer sind im Hotel Kpernik in Frauenburg gebucht. 26. Juni: Fahrt durch den Kreis: Heinrichsdorf, Bludau, Tiedmannsdorf, Pettelkau. 27. Juni: Schifffahrt über das Frische Haff nach Kahlberg auf der Frischen Nehrung. Nach einem Aufenthalt Rückfahrt mit dem Schiff. 28. Juni: Tag zur freien Verfügung. 29. Juni: Besuch von Mohrungen. Anschließend Fahrt nach Buchwalde. Von hier beginnt um zirka 13 Uhr die 4 1/2 -stündige Schiffsfahrt über die fünf schiefen Ebenen (Rollberge) und durch den Drausensee bis Elbing. 30. Juni: Besuch des Stadtfestes in Braunsberg, 1. Juli: Abfahrt von Braunsberg und Frauenburg über Elbing nach Danzig, Zoppot und Oliva zur Stadtbesichtigung (ohne Eintrittsgelder). Anschließend Weiterfahrt zur Übernachtung in einem Hotel auf der Strekke nach Leba. 2. Juli: Weiterfahrt nach Leba zum Besuch der Lontzdüne. Anschließend Rückfahrt über Stolp und Köslin zur letzten Übernachtung dieser Reise bei Stettin. 3. Juli: Rückfahrt entlang der gleichen Haltestellen, wie auf der Hinreise. Kleine Progammänderungen behält sich die Reiseleitung vor. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Personen 780 Euro, ab 30 Personen 860 Euro. Einzelzimmerzuschschlag für die ganze Reise beträgt 140 Euro. Im Reisepreis sind folgende Leistungen enthalten: Fahrt im modernen Panorama-Reisebus mit Theaterbestuhlung (nach hintenansteigender Fahrgastraum) mit WC, Kleinküche und Klimaanlage. 9 Hotelübernachtungen mit Halbpension, Schifffsfahrt über die Rollberge, Schifffsfahrt über das Frische Haff (Hin- und Rückfahrt), Stadtführung in Danzig, Oliva und Zoppot (ohne Eintrittsgelder), Reiserücktrittskosten- und Krankenversicherung, Insolvenzversicherung, Grenz- und Straßengebühren, deutschsprachige Reiseleitung. Bitte vergessen Sie nicht Ihren gültigen Reisepass ober Personalausweis. Buchung der Reise: Wenn Sie an der Reise teilnehmen möchten, bitte bis 1. März bei Manfred Ruhnau, Bahnhofstraße 35B, 53757 Sankt Augustin, Telefon (0 22 41) 31 13 95, Fax (0 22 41) 31 10 80 melden.



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Frühlingsfahrt nach Nordostpreußen 25. Mai bis 2. Juni 2012 – **1. Tag:** Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten nach Absprache entlang der Fahrtroute (z.B. an Autobahnraststätten) und in Berlin. Zwischenübernachtung in Thorn. **2. Tag:** Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Stadtführung durch die sehenswerte restaurierte Altstadt von Thorn. Sie sehen u.a. das Rathaus mit dem Nicolaus-Copernicus-Denkmal davor, die Marien- und Johanneskirche sowie das Copernicus-Museum. Anschließend Weiterfahrt nach Norden entlang der Weichsel. In Marienburg ist Gelegenheit zu einem Fotostopp an der mächtigen gleichnamigen Burganlage, dem einstigen Sitz des Hochmeisters des Ordensstaates. Am Nachmittag erreichen Sie den polnisch-russischen Grenzübergang. Hier empfängt Sie Ihr deutschsprachiger Betreuer, der Sie während Ihres gesamten Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen begleiten wird. Anschließend Weiterreise vorbei an Königsberg bis nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im zentral gelegenen Hotel „Rossija“ beziehen. **3. Tag:** Fahrt in die Elchniederung. In Rauterskirch besteht die Möglichkeit zur Teilnahme am evangelischen Gottesdienst in der historischen Kirche von Rauterskirch gemeinsam mit der dortigen evangelischen Gemeinde. Anschließend sind ein offizieller Empfang sowie ein herzliches Treffen mit der örtlichen Bevölkerung vorgesehen. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Am Nachmittag Fahrt über Seckenburg und Neukirch nach Heinrichswalde mit Besuch des neu eingerichteten deutsch-russischen Museums zur Heimatgeschichte von Heinrichswalde und dem Kreis Elchniederung. Rückfahrt nach Tilsit und geführter Stadtrundgang durch die einst östlichste deutsche Großstadt am Memelstrom. Beim Bummel durch die Hohe Straße und Steinstraße kann man die frühere Schönheit Tilsits erahnen. Übernachtung in Tilsit. **4. Tag:** Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und über Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen zurück nach Tilsit. Übernachtung in Tilsit. **5. Tag:** Tag zur freien Verfügung. Unser Taxiservice bietet die Möglichkeit für gezielte Einzelfahrten und Unternehmungen, einschl. des Gebietes nördlich der Gilge. Für alle, die den Taxitag nicht individuell nutzen möchten, besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an einem geführten Ausflug entlang der Memel, die genaue Route wird vor Ort festgelegt (Mindestteilnehmerzahl für diesen Ausflug: 10 Personen). Übernachtung in Tilsit. **6. Tag:** Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit und fahren zunächst nach Königsberg. Bei einer Stadtführung sehen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Dom mit dem Kantgrab, das Königstor und andere. Gleichzeitig erleben Sie eine Stadt, die in einem rasanten Wandel steht. Der Bauboom der letzten Jahre hat das Gesicht der Stadt in kurzer Zeit nachhaltig verändert. In der Propstei der evangelischen Kirche ist der Tisch zum Mittagessen für Sie gedeckt. Während eines anschließenden Treffens mit dem Propst erfahren Sie etwas über die Arbeit der Kirche im Königsberger Gebiet. Zum Abschluss steht noch ein besonderer Höhepunkt auf dem Programm: Sie besuchen den wiedererrichteten Dom und hören hier ein kleines Anspiel der neu eingebauten, in der Bundesrepublik gefertigten, Orgel. Anschließend Weiterreise in das Samland mit einem Zwischenstopp in Palmnicken, wo der für Ostpreußen typische Bernstein im Tagebau gewonnen wird. Am Abend erreichen Sie Rauschen, wo Sie Ihre Zimmer im Hotel „Falke“ beziehen. Übernachtung in Rauschen. **7. Tag:** Heute steht ein weiterer Höhepunkt unserer Reise auf dem Programm. Wir unternehmen einen Tagesauflug auf die Kurische Nehrung, die durch die höchsten Wanderdünen Europas geprägt ist. Genießen Sie die einzigartige Naturlandschaft bei einem Spaziergang zur Epha-Düne, der größten heute noch freien Sandfläche auf der Nehrung. Natürlich besuchen Sie bei Rossitten auch die berühmte Vogelwarte von Professor Thienemann, einst die erste ornithologischen Beobachtungsstation der Welt. Ebenso ist der Besuch der Haffdörfer Rossitten und Pilkoppen vorgesehen. Gegen Mittag ist der Tisch zu einem lekkeren Picknick für Sie gedeckt. Am Abend erwartet Sie zum Ausklang Ihres Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen im Hotel eine temperamentvolle Folklorevorführung. Übernachtung in Rauschen. **8. Tag:** Nach dem Frühstück Rückreise vorbei an Königsberg und über die russisch-polnische Grenze bis nach Frauenburg. Hier werden Sie an der Burganlage des Frauenburger Domes zu einer Führung durch die einstige Wirkungsstätte von Nicolaus Copernicus erwartet. Anschließend Weiterreise vorbei an Elbing und Danzig durch Kaschubien bis nach Pommern, wo Sie in einem Schlosshotel, romantisch an einem See gelegen, zur letzten Zwischenübernachtung erwartet werden. **9. Tag:** Rückreise in die Bundesrepublik. Unterwegs Mittagspause auf einem polnische Markt bei Stettin. Weitere Informationen zur Reise bei Peter Westphal, Kirchspielvertreter Rauterskirch, Telefon (05324) 798228, oder bei Partner-Reisen in Lehrte, Telefon (05132) 588940. Partner-Reisen Grund-Touristik GmbH & Co. KG, Everner Straße 41, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 58 89 40, Fax (05132) 82 55 85. www.Partner-Reisen.com



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Große Ehrung für Hubertus Hilgendorff – Am 8. Dezember 2011 wurde Hubertus Hilgendorff für sein soziales Engagement in der Kieler Staatskanzlei des Bundeslandes Schleswig-Holstein mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. In der Laudatio des Staatssekretärs Arne Wulff (auf dem Foto rechts neben Hubertus Hilgendorff) hieß es: „Hubertus Hilgendorff hat sich besondere Verdienste um die Kreisgemeinschaft Rastenburg mit Sitz im nordrhein-westfälischen Wesel erworben. Nachdem er seit 1974 dort zunächst als Kreisjugendwart mitwirkte, wurde er 1976 jüngstes Mitglied des Rastenburger Kreisausschusses und widmete sich ganz besonders der Rastenburger Chronik. 1979 übernahm Hubertus Hilgendorff das Amt des Kreisvertreters. Mit großem Engagement verstand er es, die Patenschaft des Kreises Wesel über die aus dem damaligen Kreis Rastenburg, jetzt Ketrzyn, vertriebenen Deutschen voranzubringen. Im Mittelpunkt seiner Aktivitäten steht die Organisation der jährlichen Hauptkreistreffen der Rastenburger in Wesel. Mit seinem Einsatz für die Erinnerung an die Heimat hält er ein Mahnmal gegen die Vertreibung aufrecht. Gleichzeitig hat sich seine Arbeit stets durch den Willen der Aussöhnung ausgezeichnet. So hat der nach der politischen Wende in Osteuropa neue Brücken zur Heimat im ehemaligen Ostpreußen aufgebaut und Kontakt zu Polen gesucht, die 2002 zur Partnerschaft zwischen der Stadt Wesel und der Stadt Rastenburg führten. Unter seiner Ägide wurde auch ein deutscher Verein in Rastenburg (Ketrzyn) gegründet. Hubertus Hilgendorff ist zudem Mitglied der Partnerschaftsvereinigung Wesel/Rastenburg und organisiert in dieser Funktion Hilfsgütertransporte nach Polen. Er wurde 2002 für seine Verdienste um die deutsch-polnische Verständigung mit der Ehrenbürgerwürde der Stadt Rastenburg (Ketrzyn) ausgezeichnet. Eine Herzensangelegenheit für ihn ist das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg. Er wirkte seit den 1980er Jahren als Vorsitzender des Vereins Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V. entscheidend an dessen Auf- und Ausbau mit. Die Gründung der Ostpreußischen Kulturstiftung, die heute Träger des Ostpreußischen Landesmuseums und des Kulturzentrums Ostpreußen ist, begleitete er von 1991 bis 1994 als stellvertretender Vorsitzender des Vereins Ostpreußischer Kulturstiftung e.V. mit. Bis heute ist Hubertus Hilgendorff stellvertretender Vorsitzender der Ostpreußischen Kulturstiftung und hat wesentlich zur Steigerung der Attraktivität des Ostpreußischen Landesmuseum beigetragen. Hubertus Hilgendorff gehört zudem dem Bundesvorstand und dem geschäftsführenden Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen an und erwarb sich Verdienste in der Stiftung Ostpreußen. Er war außerdem von 1982 bis 1998 Gemeindevertreter in Högsdorf.“ Die Kreisgemeinschaft Rastenburg gratuliert ganz herzlich!



Mit Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet: Hubertus Hilgendorff (l.) nimmt die Ehrung von Staatssekretär Arne Wulff entgegen Bild: Joachim Welding

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

sprach ein Gedicht über „Gedanken zum Jahr“.

Neumünster – Sonnabend, 11. Februar, 12 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Die Kreisgruppe trifft sich zum traditionellen Königsberger-Klopse-Essen mit ostpreußischem humorvollem Programm sowie Kaffee und Kuchen. Anmeldungen bitte bis zum 9. Februar unter Telefon (04321) 82314. – Zur ersten Veranstaltung im neuen Jahr am 11. Januar trafen sich die Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Neumünster im Restaurant am Kantplatz. Die 1. Vorsitzende Brigitte Profé konnte wieder viele Mitglieder und Gäste begrüßen. Gerne begrüßen wir die uns sehr bekannte Referentin Anna-Luise Hansen mit dem Thema „Vom Ostseestrand in den Sahara-sand–Marokko“. Zu Beginn des Jahres las Brigitte Profé ein Gedicht „zum neuen Jahr“ vor. Gute Wünsche zum neuen Jahr und an die Mitglieder, die wieder ein Jahr älter geworden sind. Das Amt des Kassenwarts muss neu besetzt werden. Landsmann Joachim Wenck übernimmt es vorübergehend – alles Weitere wird bei der Jahreshauptversammlung am 14. März besprochen. Nach der Kaffeepause berichtete die Referentin von der 21-tägigen Traumreise zum orientalischen Land voller Kontraste! Blauer Himmel unter der Sonne des Südens, Groß Marokko mit den vier Königsstätten, Atlasgebirge, Oasenwunder, Straße der Kasbahs, Fantasia, Folklore, Marrakesch. Eine Reise voller Höhepunkte, das faszinierende Marokko – ein Land der Gegensätze, ein Land mit eindrucksvollen Fotomotiven. Die Welt des Islams, die Vergangenheit der Mauren, die krassen Gegensätze der Natur mit unendlichen Steppen, schneebedeckten Berghöhen und immergrünen Oasen. Die Reise durch Burgund, entlang der Mittelmeerküste, Barcelona, Valencia, an der Costa Blanca, an der Sierra Nevada entlang nach Granada. Höhepunkt der Reise: durch Zedernwälder des Mittleren und Hohen Atlas über den Kamelpass nach Erfoud am Rande der Sahara. Nach Rabat über Casablanca am Atlantik entlang. Mit der Fähre wieder nach Europa, nach Andalusien, Besichtigung in Madrid, nach Bordeaux, Paris, durch Nordfrankreich über Aachen in die Heimtorte. Eine beeindruckende Reise für die Teilnehmer, aber auch nun für uns Zuhörer. Die Gruppe dankt Herrn und Frau Hansen. Diese Veranstaltung endete gegen 17 Uhr.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Satzungsänderung – Auf der letzten Mitgliederhauptversammlung im Oktober vorigen Jahres sind einige Satzungsänderungen beschlossen worden, die nun auch ins Vereinsregister des Amtsgerichts Kiel eingetragen worden sind. Damit war der Weg frei, eine neue Satzung drucken zu können. Redaktionelle Änderungen ergaben sich in §1 durch den Zusatz „e.V.“ und durch die neue Zuständigkeit des Amtsgerichts Kiel. Änderungen im Text der Satzung finden sich in den §§ 3 (Gemeinnützigkeit), 9 (Anzahl der Mitglieder des Kreistages), 10 (Anzahl der Mitglieder des Kreisausschusses) und 15 (Auflösung des Vereins). Mitglieder der Kreisgemeinschaft, die an einer Zusendung der neuen Satzung interessiert sind, wenden sich bitte an die Geschäftsführerin.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Doppelversand – Durch die Fusion von „Land an der Memel“ mit dem „Tilsiter Rundbrief“ haben einige Leser den Heimatbrief doppelt erhalten. Das liegt daran, dass etliche Tilsit-Ragniter bisher auch den Tilsiter Brief zusätzlich geordert hatten. Wir bitten daher alle Tilsit-Ragniter, sich bei Tilsit abzumelden, um Doppelversand zu vermeiden. Abmeldungen an die Anschrift Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

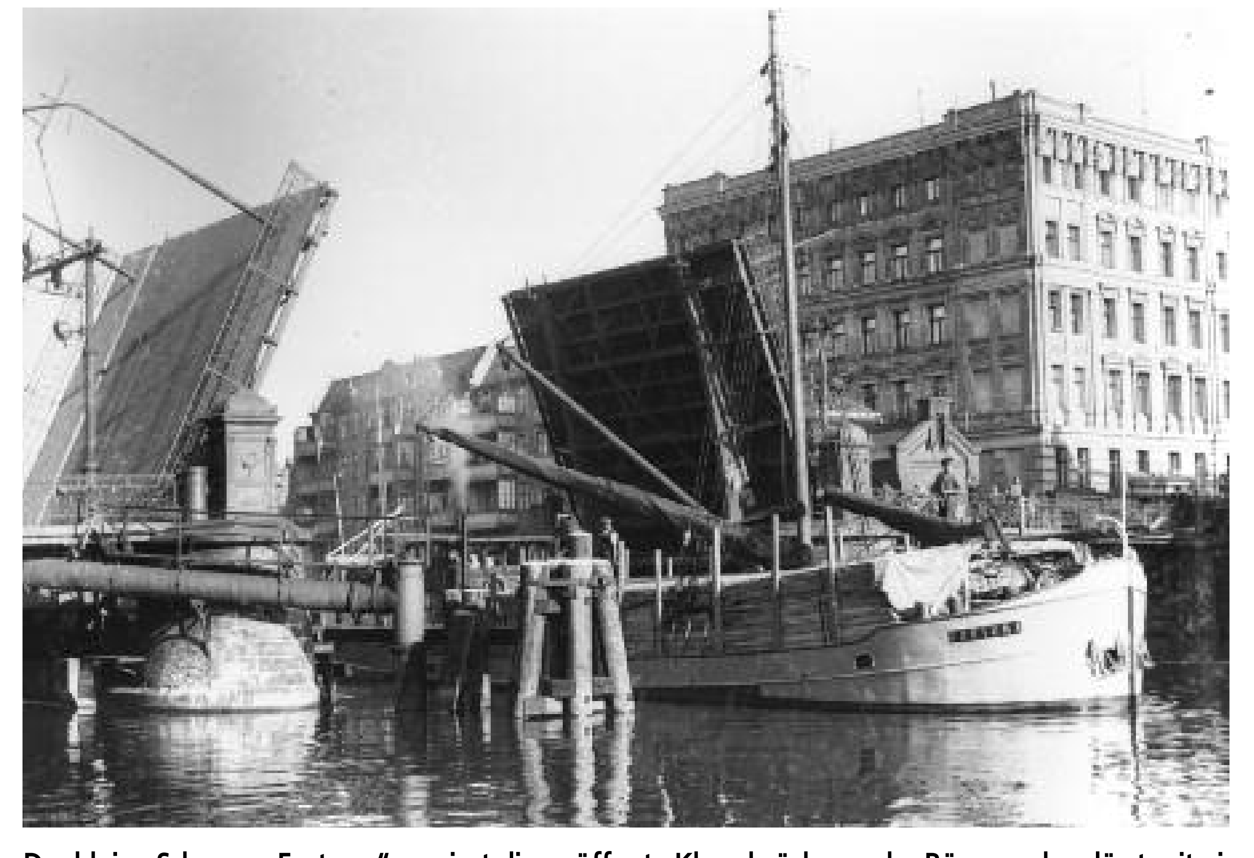
Tilsiter Rundbriefe auf CD – Auf einer CD sind alle 40 Tilsiter Rundbriefe, Ausgaben 1971 bis 2010 und das Inhaltsverzeichnis aller Rundbriefe zusammengefasst enthalten. Jeder Rundbrief ist originalgetreu mit allen Beiträgen, Bildern und Bekanntmachungen jeweils in einer PDF-Datei eingescannt und kann gelesen und kopiert werden. Suchen Sie einen Begriff – kein Problem – in allen Rundbriefen wird nacheinander in einem Vorgang ein eingegebener Begriff gesucht und wenn gefunden, seitengenau angezeigt. Kosten: 7,50 Euro incl. Versand. Ihre Bestellung richten Sie bitte an: Manfred Urbschat, Bahnhofstraße 82, 03051 Cottbus, Telefon (0355) 535544 oder E-Mail info@Tilsit-stadt.de

Gratulation zum 80. – Eine Abordnung des Vorstands reihte sich in die Schar der Gratulanten ein, um Siegfried Dannath-Grabs zu seinem 80. Geburtstag die Glückwünsche der Stadtgemeinschaft zu überbringen. Der Jubilar dankte für die guten Wünsche und versicherte, dass er noch nicht an den Ruhestand denke. Er wird sich auch weiterhin mit unverminderter Energie als Vorstandsmitglied und Schulsprecher für seine unvergessene Heimat am Memelstrom einsetzen.

Hafenatmosphäre im 6x9-Format

Hamburger Kaufmann studierte in Königsberg und hinterließ beeindruckende Bilder

Königsberg war nicht nur jahrhundertelang die geistige Mitte Preußens, sondern auch eines seiner wichtigsten Handelszentren. Dabei spielte für die Hansestadt der Seehandel eine herausragende Rolle. Die Bedeutung des Königsberger Hafens für die überregionale Schifffahrt geht bereits auf das Mittelalter zurück. Ab 1440 wurden der Pregel kontinuierlich vertieft und der Hafen ausgebaut. Als zum Ende des 19. Jahrhunderts die Schiffe immer größer wurden, geriet Königsberg gegenüber den anderen Ostseehäfen jedoch ins Hintertreffen. Eine weitere Vertiefung der Fahrrinne des Pregels und durch das Frische Haff war nicht möglich, und das Umladen der Waren auf kleinere Fahrzeuge in Pillau machte den Transport von und nach Königsberg unrentabel. Deshalb wurde 1890 mit dem Bau des Königsberger Seekanals begonnen, der im November 1901 feierlich eröffnet wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Seekanal weiter ausgebaut und zum offenen Haff durch einen Damm vor dem Zuschwemmen geschützt, denn die Abtrennung vom Reichsgebiet durch den sogenannten Korridor hatte zu einer existenziellen Abhängigkeit Ostpreußens vom Seeverkehr geführt. In Königsberg entstand ein Handels-, Industrie- und Holzhafen, der fünf große Hafenbecken, Lagerhäuser, Umschlaganlagen und Europas größten Getreidespeicher umfasste. Damit erhielt Königsberg einen leistungsfähigen Hochseehafen, der als der modernste Hafen der Ostsee galt und zugleich als der wichtigste Umschlagplatz für den Binnenverkehr auf Ostpreußens Flüssen und Kanälen fungierte.



Der kleine Schoner „Fortuna“ passiert die geöffnete Klappbrücke an der Börse und verlässt mit einer Ladung Schnittholz den Königsberger Hafen. Das mit 112 Bruttoregistertonnen vermessene Küstenmotorschiff wurde 1928 für den Hamburger Reeder Hilbrich Kuper gebaut. 1932 erwarb es Jonny Clausen aus Brunsbüttelkoog. Von 1953 bis zum Abbruch 1966 fuhr die „Fortuna“ unter der Flagge der Hamburger Firma Merkens Bild:Jansen/Archiv Fuchs

Einen großen Teil der fotografischen Zeugnisse aus dieser Zeit verdanken wir dem im Jahre 1910 geborenen Hans Jansen. Bereits im Alter von 15 Jahren machte er sich vom damals noch preußischen Altona, das seit 1938 zu Hamburg gehört, mit einer unhandlichen Kamera auf den Weg ans Elbufer und an den Kaiser-Wilhelm-Kanal, um die passierenden Schiffe auf 6x9-Glasplatten zu bannen. Nach dem Abitur und einer Lehre als Reederei-Kaufmann ging Jansen 1932 zum Studium der Betriebswirtschaftslehre nach Hamburg, Leipzig und Königsberg. Während seiner Königsberger Zeit fing er mit einer Rollfilmkamera in eindrucksvoller Weise die besondere Atmosphäre des Hafens ein. Nach der anschließenden Anstellung bei einer Reederei, Kriegsdienst und Gefangenschaft kehrte Jansen 1946 nach Hamburg zurück, wo er sein umfangreiches Bildarchiv unbeschädigt vorfand. Neben dem beruflichen Neuanfang als Prokurist eines alteingesessenen Hamburger Hafenbetriebes widmete er sich sofort wieder seiner Leidenschaft, der Schiffsfotografie.

Jansens Archiv überstand den Krieg unversehrt

Seine Kamera legte er erst mit seinem Tod im Jahre 2003 aus der Hand. Jansens fotografisches Lebenswerk beeindruckt durch die konsequente Kontinuität, mit der er seit 1925 nahezu jedes Schiff aufnahm, das ihm vor das Objektiv kam. Es umfasst nicht nur deutsche und internationale Seeschiffe, sondern auch Binnen- und Arbeitsschiffe aller Art. Damit stellen seine Fotografien nicht nur einen unerschöpflichen Fundus für Schiffsliebhaber, sondern auch eine der weltweit größten Forschungsquellen zur Schifffahrtsgeschichte dar.

An dieser Stelle werden wir in loser Folge Königsberger Hafenszenen aus Jansens fotografischem Nachlass präsentieren. Die Bilder stellt uns freundlicherweise die Hamburger Schiffsbuchhandlung Wolfgang Fuchs zur Verfügung, die mit mehr als 400 000 Aufnahmen über Deutschlands größtes Schiffsfotoarchiv verfügt. Dort können Fotos vor allem von Schiffen der deutschen Handelsflotte von 1870 bis heute bezogen werden. Kontakt: Rödingsmarkt 29, 20459 Hamburg, Telefon (040) 319 35 42, info@hafenfuchs.de. *Jan Heitmann*

Kreuzworträtsel

japanische Hafenstadt; Fortschritt, Fortgang (lat.); Dreiphasenelektrizität; Wissenschaftler; Oper von Bellini; Anwärter d. höher. Beamtenlaufbahn; Frauenname; Buch im A. T.; Trinkgefäß; Eingang; Vorspeise (franz.); behandelnder Arzt, Heilkundiger; Aristokratie; Vorrichtung zum Heizen, Kochen; Maulesel; sich teilweise zersetzen (Alkohol); schnell laufen (Sport); das Unsterbliche; Ersatzpflicht, Verantwortung; weiches Sedimentgestein; Titulierung; spitzer Pflanzenteil; Überschrift; Fluss zur Seine; Prüfung eines Werkstoffes; Ertrag einer Kapitalanlage; Schulfestsaal; feines Gewebe; Heimat des Odysseus; wirklich; ein Erdteil; Radrennfahrer; Haupthafen von Nigeria; Gebirge in Marokko; Verpackungsgewicht; Nadelbaum, Kiefernart; Übriggebliebenes; Beste, Siegerin; Soldat in der Ausbildung; Türvorhang; in der Tiefe; Einfuhr; Auslassungszeichen; Standortbestimmer (Schiff); besitzanzeigendes Fürwort; Gewichtseinheit; Empfänger; kurze Handfeuerwaffe; zum Meer gehörend; Abk. für Motorschiff; ägyptische Göttin; dünnes Zweigholz; Gebärden- und Mienenspiel; Denksportaufgabe; Menge von einem Liter Bier; Reittier; Unhold der nordischen Sage; Bauhandwerker; Mittelgebirge in Mainfranken; selbstständig, unabhängig; Hochland in Zentralasien; sizilianischer Vulkan; ein Marder; vom Üblichen abweichend; Senator; Bindewort: mit der Folge; Zuflucht, Zufluchtsort (griechisch); Universum; Früchte; Verhältniswort; Hülle, Futteral; unzufrieden sein; Dienstkleidung; norwegische Hauptstadt; Minibikini; Minislip; Teufelssitz, Ort der Verdammnis; vermuten; Stadt in der Schweiz; Kartenrest (beim Geben); tierisches Milchorgan; franz. Philosoph (Jean-Paul); Stadt in Nevada (USA); trad. spanisches Schleiertuch; schmal; begrenzt; Gebirgsmulde; Tanz auf Hawaii; Strom in Ostasien; russische Stadt an der Oka; chemisches Zeichen für Tellur; wahrnehmen, erkennen; Stadt in Süditalien; Inselgruppe im Atlantik; westafrik. Binnenstaat; Ausruf der Verwunderung; römischer Kaiser

PAZ12_05

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Butler, 2. privat, 3. Maehne, 4. Kammer, 5. gewiss, 6. Novize – Bremse, Rahmen

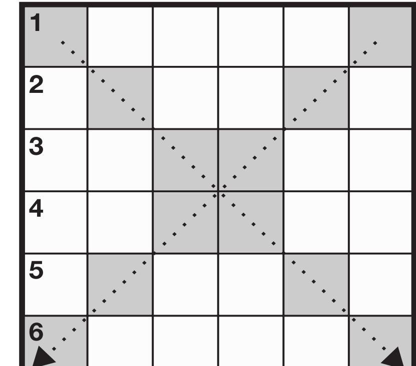
Kreiskette: 1. Spende, 2. Kusine, 3. Lusaka, 4. Kanten, 5. Nieten – Spekulanten

Sudoku:

Sudoku

		9	4		5	3		
		2		7		5		
4			6	2	3			1
9								2
		7	9		2	8		
5								9
7			5	3	6			4
		1		9		7		
		4	7		8	6		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

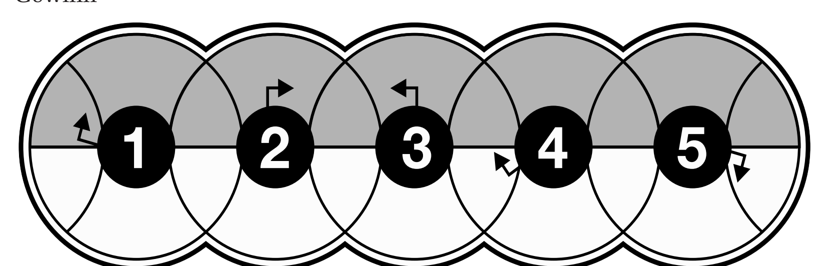
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Bestandteile eines Autos.

1 englischer Haushofmeister
2 nicht öffentlich
3 Nacken-, Schulterhaare
4 kleines Zimmer
5 sicher, unbezweifelbar
6 Klosterneuling

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für waghalsige Geschäftemacher.

1 Gabe, Schenkung, **2** Base, **3** Hauptstadt von Sambia, **4** Ecken, **5** Lose ohne Gewinn



OMV auf Wachstumskurs

LO-Sprecher Stephan Grigat Vorsitzender des Kreisverbands Lippe

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV) in der CDU Nordrhein-Westfalen kann auf zwei geglückte Neugründungen rund um den Jahreswechsel 2011/2012 zurückblicken: Am 16. Dezember 2011 gründete sich zunächst in der Detmolder Schlosswache der Kreisverband Lippe. Zum Vorsitzenden wurde der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, gewählt.



Kreisvorstand Lippe: Marc Meiercord, Andreas Kasper, Steffen Schönrock, Stephan Grigat, Michael Weigand und Johannes Heumann Bild: OMV

Rund einen Monat später zogen dann die Mitglieder aus den 14 Kreisverbänden des Ruhrgebietes nach. Im Essener Rathaus wurde am 18. Januar 2012 der Bezirksverband Ruhr geschaffen. Den Vorsitz übernahm Landesvorstandsmitglied Alfred Kottisch (KV Essen), seine Stellvertreter sind die ebenfalls dem Landesvorstand angehörenden Heiko Hendriks (KV Mülheim), Marko Pufke (KV Unna) und Norbert Wormuth (KV Duisburg).

CDU-Generalsekretär Oliver Wittke war auf beiden Versammlungen zu Gast und äußerte sich sehr positiv zu den Gründungen. Mit den Worten „Nur wer weiß, wo er herkommt, kann verantwortlich bestimmen, wo er hin will“, gab Wittke in seinem Grußwort in Detmold sinngemäß exakt das Credo der OMV „Der Geschichte verbunden, der Zukunft verpflichtet“ wieder. Die Arbeit der verschiedenen Vereinigungen werde für die Volkspartei CDU in einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher Ausdifferenzierung immer wichtiger, so der Generalsekretär. „Wir brauche immer mehr besondere Politikangebote für spezielle Bevölkerungsgruppen“, sagte Wittke in Essen, daher sei die OMV auch in Zukunft wichtig. Auch OMV-Landesvorsitzender Michael Weigand, der die Tagungen leitete, zeigte sich erfreut. „Die Vertriebenen und Spätaussiedler können gerade bei knappen Wahlen das Zünglein an der Waage sein. Daher tun wir als CDU gut daran, uns ernsthaft und kontinuierlich den Anliegen dieser Gruppen zu widmen.“ Eine flächendeckende Verankerung der OMV sei dafür der Garant. „Deswegen strebt der Landesverband unter meiner Führung an, die aus der Entstehungszeit der Vereinigung resultierenden Defizite in Teilen des Landes zu beseitigen und überall eine starke Stimme für das Erbe der Deutschen aus dem Osten zu verankern“, so Weigand weiter. Erfreulich sei dabei die Anbindung an andere Vereinigungen und Vereine. So wies der Landesvorsitzende darauf hin, dass im Ruhrgebiet mit der Wahl Waldemar Reißigs vom Forum Russlanddeutsche e.V. in den Bezirksvorstand die wichtigste hiesige Institution für Spätaussiedler eingebunden sei. Im Kreis Lippe erklärte sich der JU-Vorsitzende Marc Meierkord als Brücke zur jungen Generation zur Mitarbeit im Vorstand bereit. *EB*

> »Der Geschichte verbunden, der Zukunft verpflichtet«

Auf den Spuren Friedrichs des Großen

Studienreise vom 24. bis 29. Juli 2012:

Eine gemeinsame Veranstaltung von Dr. Jörn Barfod, Kustos am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, und Agata Kern, Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum.

Anlässlich des 300. Geburtstags von Friedrich dem Großen führt die Reise zu einigen seiner wichtigen Lebens- und Wirkungsstätten: beginnend mit Rheinsberg, wo er seinen musischen Neigungen nachgehen konnte, über seine Geburtsstadt Berlin, die Festungsstadt Küstrin, wo Hans Hermann von Katte – Friedrichs engster Jugendfreund – exekutiert wurde.

Als letzte Etappe erwartet Sie das wunderschöne Potsdam. Von hier aus regierte Friedrich und baute er den preußischen Staat auf. Einladend sind die beeindruckenden Schlösser und die herrlichen Parkanlagen, die schon Friedrich zusammen mit Voltaire durchwanderte. *OL*

Anmeldung ab 1. Februar unter a.kern@ol-lg.de oder telefonisch unter (04131) 7599515.

Ursprung in Braunsberg

Katharinenschwestern verrichteten freiwillig soziale Arbeit



Die Zeit unter Friedrich dem Großen war für die Kongregation keine einfache. 1571 gründete eine junge katholische Frau namens Regina Protmann in Braunsberg eine religiöse Frauengemeinschaft, nämlich die „Kongregation von der heiligen Katharina“. Katharina von Alexandrien war eine gelehrte Königstochter von Cypern, die als Nothelferin gegen Leiden, Gehemmtheit der Zunge angerufen und oft als Patronin für Universitäten in Anspruch genommen wird.

Diese Kongregation ging den selbstgewählten Aufgaben in Krankenpflege, sozialer und pastoraler Arbeit sowie der schulischen Mädchenbildung nach. Heute ist die Kongregation einer der ältesten aktiven Frauenorden.

Reizvoll an dem Habitus des Ordens der Schwestern der Heiligen Katharina ist gewiss die Verbindung von religiöser Kontemplation und dem apostolischen Wirken in der Gemeinde, sie lebten und leben also nicht in strenger Klausur, sondern nahmen und nehmen aktiv am öffentlichen Leben teil. Zunächst betrieben sie eine „mobile Pflegestation“ – sie besuchten und pflegten Kranke und Arme auch in deren Wohnungen. Später dann kam die schulische Ausbildung von Mädchen hinzu. Eine Regel des Ordens heißt „mitt dem exempel undt mitt worten“ den Mitmenschen den Weg zur Seligkeit zu weisen.

Da diese Regel von einem Ort allein nicht nachzukommen war, gründeten die Schwestern in den folgenden Jahrzehnten weitere Niederlassungen im Ermland (Heilsberg, Wormditt und Rößel) und im litauischen Krakés.

Eine wichtige Forschungsarbeit auf diesem Gebiet hat im letzten Jahr Relinde Meiwes vorgelegt. „Von Ostpreußen in die Welt. Die Geschichte der ermländischen Katharinenschwestern (1772–1914)“ behandelt den Orden unter Beachtung von fünf Zäsuren. Die erste Zäsur stellt das Jahr 1772 dar, als Friedrich II. das Fürstenbistum Ermland im Zuge der ersten Teilung Polen-Litauens annektierte.

Für die Forschung ist die Preußenherrschaft ein echter Glücksfall, da die Regierung Schwestern nachging. Für die Schwestern selbst war die Preußenregierung nicht sehr erfreulich, da die Kongregation ein Dorn im Auge Preußens war. Dass jeder nach seiner Façon glücklich werden sollte, galt nur für Privatpersonen, aber nicht für einen ganzen Orden. Bis 1850 „behielten sich preußische Bürokratie und Politik vor, das Ordens- und Kongregationswesen zu kontrollieren und nach eigenen Maßgaben zu beeinflussen.“ So wurden Eintritte in religiöse Frauengemeinschaften von Preußens Regierung nur dann erlaubt, wenn die Frauen eine ärztliche Bescheinigung erhielten, dass sie psychisch oder physisch ungeeignet für die Ehe, beziehungsweise zu schwerer körperlicher Arbeit, krank oder unfruchtbar waren.

„Die preußische Regierung orientierte sich … an einer ‚Nutzbarmachung‘ und Vermehrung der Bevölkerung gerichtete Politik und gestattete ein Leben in einer religiösen Frauengemeinschaft nur dann, wenn die Frauen ‚in der Welt‘ von nur ‚geringem Nutzen‘ seien.“ Ebenfalls negativ für den Orden war die doppelte Obrigkeit. Für spirituelle Fragen mussten sich die Schwestern nach wie vor an den ermländischen Bischof wenden, für weltliche Dinge an den König oder einen Vertreter. Zudem gab es eine Verdoppelung der Steuerlast, da in guten Jahren für weniger gute Jahre vorgesorgt werden sollte.

Eine weitere Neuerung, aber diesmal keine negative, war die Einrichtung der evangelischen Elementarschulen für Jungen und Mädchen durch die preußische Regierung 1772. Katholische Bildungsreformer sahen darin eine Herausforderung, um nachzulegen. Das katholische Bildungsdefizit galt jedoch nicht so stark für die Mädchenschulen der Katharinenschwestern, die die einzigen katholischen Schulen im Ermland führten. Hierdurch nahmen die Schwestern eine Vorreiterstellung ein und konnten den Bildungsausgleich entscheidend mitgestalten. Zusammenfassend gesehen war die Zeit nach 1772 für die Schwestern keine einfache.

> Preußens Regierung kontrollierte und beeinflusste die Ordensschwestern, weil sie Frauen lieber als Ehefrauen und Mütter sah

Die Zeit nach den Napoleonischen Kriegen, also die 1820er und 30er Jahre, markiert die zweite Zäsur. In dieser Zeit wird das Schulwesen im großen Stil ausgebaut. Eine weitere wird um 1852 gesetzt, als sich die Schwesternkongregation durch die Kombination von Arbeit und Spiritualität großer Beliebtheit erfreute, so dass mehrere Konvente neu gegründet wurden. Mit der Expansion einher geht eine Rückbesinnung auf die Ursprünge und eine Profilschärfung, die für die weitere Zeit wichtig ist, da die Krankenpflege wieder stärker in den Blick gerückt wird, durch die ein Weiterbestehen zur Zeit des Kulturkampfes um 1870, der vierten Zäsur in Meiwes Arbeit, gesichert wurde.

Hingegen wurde in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts der Schulbetrieb vorläufig gänzlich eingestellt, zumindest in Preußen. Aus diesem Grund wurden Niederlassungen im Ausland (Finnland und Russland) eröffnet. Die letzte nachgezeichnete Zäsur betrifft die Zeit nach dem Kulturkampf. Es wurden Gebäude saniert, teilweise neu errichtet und Niederlassungen in England wie Brasilien eröffnet. In diesen Gebieten sind die Schwestern der heiligen Katharina noch heute tätig, aber auch nach wie vor in Ostpreußen. *CRS*

***Relinde Meiwes: Von Ostpreußen in die Welt. Die Geschichte der ermländischen Katharinenschwestern (1772-1914)**, Ferdinand Schöningh, Paderborn 2011, 264 Seiten, 29,90 Euro*

Das letzte Reservat der Hippies

La Gomera: Aus den 70er Jahren übriggebliebende Siedlung stemmt sich gegen den Wandel der Zeit

Leuchtende Augen bekamen in den 70er und 80er Jahren Hippies und Aussteiger jeder Art, die von La Gomera hörten – einer kanarischen Insel im südwestlichsten Zipfel Europas. Dort meinten Sinnsucher, Esoteriker, Kapitalismuskritiker und Gurus aller Art, das Gelobte Land gefunden zu haben. Der ewig warme Ort erschien den Aussteigern als das wahre Paradies. Doch die Bewohner des Paradieses sind in die Jahre gekommen.

Eigentlich ist die Insel La Gomera ein ziemlich unwirtlicher Felsen, der 1500 Meter steil aus dem Meer emporragt. Kolumbus füllte hier einst zum letzten Mal seine Wasservorräte auf, bevor er im Sommer 1492 nach Westen aufbrach, um Indien zu finden, und dabei Amerika entdeckte. Die der Zivilisation Müden, der „spießbürgerlichen Enge“, der Moral ihrer Eltern Entfliehenden, ließen sich am Ende des „Valle Gran Rey“ im Südwesten der Insel nieder. Benannt ist das Tal nach dem letzten Häuptling der Ureinwohner von La Gomera, die sich im 15. Jahrhundert den erobernden Spaniern entgegen stellten. Eigenhändig soll der „große“ König einst seinen ältesten Sohn erstochen haben, weil dieser vermeintlich mit den Eroberern gemeinsame Sache gemacht hatte.

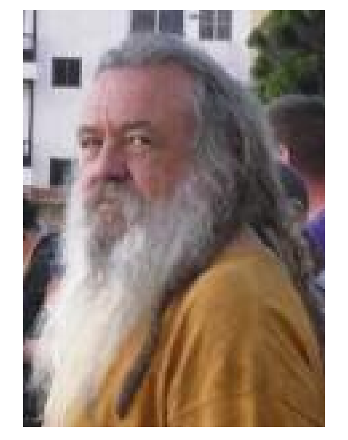
Solcherlei kriegerisches Treiben war den Blumenkindern der 70er Jahre allerdings fremd. Sie wurden misstrauisch von der meist katholischen Bevölkerung des Tales beäugt, die sich mit Bananenanbau und Landwirtschaft mühsam ihren Lebensunterhalt verdiente. Ihre Moralvorstellungen passten nicht mit den Neuankömmlingen zusammen. Es kam nicht gut an, dass die Neuankömmlinge nackt im Meer badeten, sich einfache Bretterbuden zimmerten und/oder in Felsenhöhlen hausten, um der freien Liebe, dem Alkohol- und Drogenkonsum zu frönen.



Kinder und Enkel sollen Lebensweise fortführen: Tanzende Hippies am Strand Bild: mauritius

Ein besonderes Ritual entwickelten die Aussteiger am steinigen Strand von La Gomera mit dem weiten Blick auf den unendlichen Horizont. Dort versammelte man sich abends zum Betrachten des Sonnenuntergangs. Einige schlugen die Trommel, andere tanzten oder bespielten eine Flöte. Bei Tanz, Wein und einer Flasche Bier, umwabert vom süßlichen Duft der Haschisch-Zigaretten, schaute man der untergehenden Sonne zu und erhoffte sich eine besondere Energieaufnahme.

Vor der „Casa Maria“, einem heute in die Jahre gekommenen Hotel, pflegen die mittlerweile altgewordenen Hippies, immer noch dieses Ritual. Auf einer Betonmauer sitzen 100 oder mehr Aussteiger, gekleidet in violette, orangene oder hellgrüne Schlabberkleidung, und erwarten immer noch neue Energie. Eine gewisse Melancholie liegt in der Luft, viele der Alt-Hippies sehen nicht gesund aus und klagen über das Vordringen der Zivilisation auf La Gomera.



Alt-Hippie: So ganz ohne Rente lebt es sich beschwerlich Bild: Bues

Seit die Inselregierung, dank der reichen Subventionen aus den Kassen der Europäischen Union, eine Luxusstraße in das Tal der Hippies fertigstellte, ist nichts mehr so wie früher. Überall entstehen Ferienwohnungen und neue Luxushotels neben den Behausungen der Aussteiger. Auch die spanische Marine zeigte sich jüngst wenig rücksichtsvoll und veranstaltete ihre Schießübungen genau vor den Felshöhlen, wo die Aussteiger sich niedergelassen hatten.

Zudem macht das Alter ihnen zu schaffen. Die zotteligen und verfilzten Haare sind langsam grau geworden. Ohne Rente oder eine Krankenkasse lebt es sich auf der zu Spanien gehörenden Insel zunehmend beschwerlich. Und wovon leben sie überhaupt, fragen Touristen, die sich per Pauschalreise an diesem Ort ein wenig wie Verirrte fühlen? „Bauen Sie Gemüse an, halten Sie Hühner oder Ziegen zur Selbstversorgung“, fragte der Verfasser dieser Zeilen?

Regelmäßiges Arbeiten? Das ist eine anscheinend völlig abwegige Vorstellung, obwohl das ganzjährig warme Klima ideal für mehrere Ernten im Jahr wäre. Brachliegendes, fruchtbares Land und Wasser gibt es auch in Hülle und Fülle auf der Insel. Die meisten Aussteiger haben es aber vorgezogen, sich in einer Esoterik-Nische, als Reiseführer oder Kunsthandwerker einzurichten. Einige aus Deutschland ausgewanderte Frauen haben beispielsweise eine kleine Boutique aufgemacht, wo Kleidung, Hüte und Taschen in den bekannten Farben der Hippies verkauft werden. Touristen sind hier die besten Kunden.

Auch die Zunft der Schreiberlinge ist unter den Auswanderern vertreten. Im auf Deutsch erscheinenden „Valle-Bote“ schreibt ein bunter Club von ehemaligen und bärtigen Journalisten und Redakteuren, die hier ohne den üblichen Stress und Zeitdruck arbeiten wollen. Das Hochglanz-Magazin ist eine Art Zentralorgan aller Alt-Hippies und Aussteiger von La Gomera. In teils witziger oder selbstironischer Form beschreibt der „Valle-Bote“ das Leben der Aussteiger als „Greisverkehr der Schnabeltässler“. Doch soweit wollen es die meisten nicht kommen lassen. Kinder und Enkelkinder sind geboren worden; die Sonne wird, so die Hoffnungsvollen, im letzten Reservat der Hippies nicht so schnell endgültig untergehen.

Hinrich E. Bues

Korczak und die Kinder

Jugendtheater in Hamburg erinnert an die Vernichtung von 200 jüdischen Waisenkindern

Es gehört zu den oft gespielten deutschen Nachkriegsstücken, das Schauspiel „Korczak und die Kinder“ von Erwin Sylvanus, das eines der schlimmsten Verbrechen des NS-Regimes, den Tod von 200 jüdischen Waisenkindern aus dem Warschauer Ghetto in den Gaskammern des Vernichtungslagers Treblinka, behandelt. Mit ihnen starb der Mann, der sie bis zum letzten Atemzug beschützt hatte, der polnische Arzt, Schriftsteller und Pädagoge mit Leib und Seele Janusz Korczak. Unter diesem Autorennamen schrieb sich der als Henryk Goldszmit in Warschau geborene Sohn einer jüdischen Anwaltsfamilie in die polnische Literatur des frühen 20. Jahrhunderts ein, weniger ein Pseudonym als ein Synonym für eine tiefe Liebe zu den hilflosesten in der menschlichen Gemeinschaft, den Waisenkindern. Mit seinem Namen wird immer der singende Zug der Kinder aus einem Waisenhaus in Warschau, das der Kinderarzt jahrzehntelang geleitet hatte, in das Lager Treblinka verbunden bleiben. Dieses Kapitel des Holocausts erschüttert die Menschen, wo und wie sie sich mit ihm auseinandersetzen.

So wie zur Zeit in Hamburg, wo das „TheaterSehnSucht“ das Schauspiel von Erwin Sylvanus in sein Programm aufgenommen hat, das vor allem junge Zuschauer bewegen soll, Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Geschichte in die Gegenwart zu transferieren und sie mit den gravierenden Problemen unserer Zeit zu verbinden. Ein Jugendtheater, das das junge Publikum nicht nur als Zuschauer sieht, sondern es mit einbindet in das Thema des Stückes und seine Interpretation mit Diskussion.

Dass diesem Schauspiel in Hamburg eine besondere Bedeutung zukommt, liegt an der bedrückenden Duplizität der authentischen Vorlage: Auch in Hamburg kamen jüdische Kinder ums Leben, die Schule am Bullenhausener Damm trägt deshalb heute den Namen von Janusz Korczak. So bekommt das Stück eine bewegende Nähe, die bei der Erstaufführung in der Jugendkirche, Bei der Flottbeker Mühle, schon zu spüren war. Nicht nur bei den älteren Zuschauern – der „Erlebnisgeneration“ –, sondern auch oder gerade bei den Jugendlichen, der eigentlichen Zielgruppe dieses Jugendtheaters. Was dieses Stück ihnen verdeutlichen will und soll, ist Eigenverantwortung, die in die Gesellschaft einzubringen ist, um überhaupt als solche bestehen zu können. Keine leichte Aufgabe für die Protagonisten, denn es wurde die Form des Sprechtheaters gewählt, weil man mit diesem Stück auch kleine Räume bespielen will wie Klassenzimmer, um so nahe wie möglich an das junge Publikum heranzukommen und es mit einbeziehen zu können. So muss vor allem die Sprache die Handlung tragen, die im Warschauer Ghetto spielt, in dem Waisenhaus, das Janusz Korczak leitet, und das nun geräumt werden soll, weil die Kinder nach Treblinka gebracht werden sollen. Zwischen dem SS-Führer mit dem Räumungsbefehl und dem Arzt beginnt ein in emotional geführten Dialogen ausgetragener Kampf um die Vollziehung dieses – wie Korczak weiß – tödlichen Vorhabens. Der Arzt will die vier Krankenschwestern retten, sie von der Begleitung befreien. Er selber will die Kinder in das Lager führen, alle Versuche zu seiner Rettung, die an ihn herangetragen werden, lehnt er ab.



Bewegend: Die Schauspieler überzeugen auch ohne aufwändige Ausstattung Bild: T. G.

Das Jugendtheater hat bei der Besetzung des Fünf-Personen-Stückes eine glückliche Hand gehabt. Ohne aufwändige Ausstattung, vor nur mit wenigen Symbolen versehener Bühne erfüllen die Schauspieler allein mit ihrer Präsenz die Aufgabe, die der Autor mit seiner großartigen Sprache vorgegeben hat – kein Wunder, dass Erwin Sylvanus mit diesem Stück Weltruhm erlangte. Bewusst hat man verzichtet, Kinder auf die Bühne zu bringen. Sie sind gegenwärtig in den beiden Frauengestalten, denen Kerstin Otto und Katharina Herzberg von Rauch Leben geben. Gösta Liptow bringt als Sprecher die verbindenden Elemente in die Handlung ein, die in ihren entscheidenden Elementen von Thomas Fischer als Offizier und Hans-Peter Kurr als Korczak getragen wird und die ihren Höhepunkt in einem bewegenden Monolog findet, in dem Hans-Peter Kurr alle Register seines Könnens zieht. Der Arzt ringt dem Befehlenden das Leben der vier Schwestern des Waisenhauses ab und tritt dann den Weg in das Dunkel an, aus dem es keine Wiederkehr gibt. Kurr ist Korczak in Mimik und Sprache, mit der er fast den Raum zu sprengen droht und die Zuschauer in seinen Bann zwingt. Großes Sprechtheater unter der Regie von Fred Buchalski.

Es ist zu wünschen, dass „Korczak und die Kinder“ als erstes Stück des dreiteiligen Theaterprogramms, das dieses von der Hamburger Kulturbehörde geförderte Jugendtheater vorlegt, in vielen Schulen und Institutionen zur Aufführung kommt. (TheaterSehnSucht, Seewartenstraße 10, 20459 Hamburg, Telefon 040 / 52015701, jugend@theatersehnsucht.de)

Günther Falbe

Für Gott und die Menschen

Nach Edith Stein wurde am 29. Januar eine zweite Konvertitin aus dem Judentum von der katholischen Kirche seliggesprochen. Es handelt sich um Hildegard Burjan, geborene Freund (1883–1933), die Gründerin der Caritas Socialis in Österreich. Hildegard Burjan wurde am 30. Januar 1883 als zweite Tochter des jüdischen Ehepaares Freund in Görlitz an der Neiße, damals zu Preußisch-Schlesien gehörend, geboren. Sie wuchs in einer bürgerlichen Mittelschichtsfamilie im Geist des Humanismus auf. Berufliche Gründe führten die Familie 1895 von Görlitz nach Berlin und 1899 in die Schweiz.

Hildegard begann mit dem Studium der Germanistik an der Universität Zürich. In Berlin studierte sie Sozialökonomie und besuchte zusätzlich auch philosophische Vorlesungen. Schließlich entdeckte sie Franz von Assisi mit seinem Armutsideal als persönliches Vorbild und fand nicht zuletzt durch ihn zum Katholizismus.



Seliggesprochen: Die Görlitzerin Hildegard Burjan

1907 heiratete Hildegard den gebürtigen Ungarn Alexander Burjan. Die unerwartete Heilung von einer lebensbedrohlichen Krankheit im Jahr 1909 deutete Hildegard als Fügung Gottes und bewog sie, zum Christentum zu konvertieren. Noch im selben Jahr übersiedelte das Ehepaar Burjan nach Wien, wo Alexander Burjan rasch zu einem führenden Unternehmer aufstieg. Die extremen gesellschaftlichen Gegensätze im Wien der zu Ende gehenden Monarchie waren für Hildegard Burjan schwer auszuhalten. Das Elend und die Not unter den Arbeiterfamilien veranlassten Hildegard Burjan zu ihren ersten sozialen Tätigkeiten. 1912 gründete sie den „Verein christlicher Heimarbeiterinnen“ und sie fasste 1918 im Verein „Soziale Hilfe“ alle Arbeiterinnenverbände zusammen. Für die hungernde Bevölkerung des Erzgebirges startete Hildegard Burjan eine Lebensmittelaktion. Sie rief auch die Familienhilfe im Sudetenland ins Leben. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ – Bereits 1917 sorgte Hildegard Burjan mit dieser Forderung für Aufsehen.

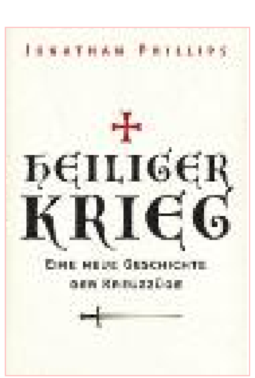
Hildegard Burjan wurde zuerst in den Wiener Gemeinderat berufen, später wählte man sie als erste christlich soziale Abgeordnete der neuen Republik in die „konstituierende deutschösterreichische Nationalversammlung“. Unter den christlich-sozialen Abgeordneten war sie die einzige Frau. Als begnadete Rhetorikerin nannte sie Ungerechtigkeiten beim Namen. Auch in ihrer Protestrede gegen die Bedingungen des Friedens von St. Germain fand sie deutliche Worte: „was man uns ins Land schicken will, ist kein Friedensengel, sondern ein Schreckensgespenst“.

Nach dem Scheitern der rotschwarzen Koalition 1920 schied Hildegard Burjan aus der Parlamentsarbeit aus. Sie litt auch unter dem in der eigenen Partei sich verstärkt bemerkbar machenden Antisemitismus. Den Sieg der Nationalsozialisten musste Hildegard Burjan nicht mehr miterleben. Sie starb am 10. Juni 1933 im Alter von 50 Jahren an den Komplikationen einer Nierenoperation.

Bodo Bost

Für Gott und fürs Geld

Geschichte der Kreuzzüge



Als Papst Urban II. die europäische Christenheit im Jahre 1095 zur Rückeroberung Palästinas aufrief, hatte dies eine Eskalation des Konflikts zwischen Moslems und Christen zur Folge, der bereits seit Jahrhunderten in der Levante, auf dem Balkan und auf der iberischen Halbinsel ausgetragen wurde. Damals waren die christlichen Jerusalempilger auf dem Landweg über Byzanz (Konstantinopel) nach Palästina vermehrt Angriffen und Überfällen ausgesetzt. Auch waren Hilferufe des Kaisers von Byzanz, der in Abwehrkämpfe gegen die moslemischen Seldschuken verstrickt war, nach Europa gelangt. Der erste Kreuzzug begann 1098 und endete 1099 mit der Eroberung Jerusalems durch ein Kreuzfahrerheer. Der Fall Akkons im Jahre 1291 bedeutete das Ende der Epoche der Kreuzzüge.

Der Londoner Professor für die Geschichte der Kreuzzüge Jonathan Philipps hat in seinem Buch „Heiliger Krieg. Eine neue Geschichte der Kreuzzüge“ die Ursachen und Auswirkungen der Kreuzzüge leicht verständlich und anschaulich dargestellt. In dem 640 Seiten umfassenden Werk bilanziert er weiterhin die Folgewirkungen im späten Mittelalter, als einige europäische Fürsten Versuche unternahmen, nochmals einen Heiligen Krieg zur Rückeroberung Jerusalems zu initiieren. Diese Versuche blieben im Ansatz stecken, doch im Namen des Glaubens wurden Feldzüge, die als Kreuzzüge bezeichnet wurden, gegen die heidnische Bevölkerung an den Grenzen des Heiligen Römischen Reichs geführt. Seit dem Albigenserkreuzzug gegen die Häretiker in Südfrankreich (1209–1229) war der Begriff „Kreuzzug“ dehnbar.

Den Kreuzzug zur Befreiung der Stadt Jerusalem von den Moslems erklärte Urban II. zum „Heiligen Krieg“. Als Lohn winkte den Teilnehmern ein päpstlich autorisierter Sündenablass, was eine theologische Neuheit darstellte. Im damaligen Europa, einem „Schmelztiegel aus ritterlicher Gewalt, territorialer Expansion, wachsender päpstlicher Macht und dem Verlangen nach Erlösung“, fiel die Kreuzzugidee auf fruchtbaren Boden. Ein anderes Motiv der Kreuzfahrer waren der Lockreiz von Land und Geld.

Der Autor erklärt die politische Lage im Nahen Osten und stellt mit Zitaten aus arabischen Chroniken auch die Sicht der anderen Seite dar. Nach den anfänglichen Erfolgen der „Franken“, wie die Kreuzfahrer von den Arabern bezeichnet wurden, waren die christlichen Fürsten in der Levante bald in Machtkämpfe verwikkelt und zerstritten. Ihre Gegner wussten sich das zunutze zu machen. Doch die Dynastien in der Region Palästina waren selbst zu einem unablässigen Lavieren zwischen den rivalisierenden Machtzentren in Aleppo, Hama und Damaskus gezwungen.

Folgen wirken bis heute nach

Die Kreuzzüge hinterließen tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis des christlichen Abendlands, was in einem Streifzug im letzten Kapitel des Buches zur Sprache kommt. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erhielt der Begriff „Kreuzzug“ unerwartete Brisanz durch eine Äußerung des damaligen amerikanischen Präsidenten George W. Bush. Auf die darauf folgende Entwicklung geht der Autor zwar nur flüchtig ein, was aber den Wert dieses lesenswerten Bands kaum schmälert. Das Fehlen eines Ortsregisters ist dagegen ein Mangel.

Dagmar Jestrzemski

***Jonathan Philipps: „Heiliger Krieg. Eine neue Geschichte der Kreuzzüge“**, DVA, geb., 640 Seiten, 29,99 Euro*

Bildung darf kein Spielball sein

Josef Kraus erklärt, warum Leistung wichtig ist und Freiheit vor Gleichheit geht



Man möchte dem Autor fast ständig ein zustimmendes „Ja“ zurufen, so klar, deutlich und punktgenau beschreibt er in seinem dünnen Buch „Bildung geht nur mit Anstrengung. Wie wir wieder eine Bildungsnation werden können“ die Missstände im deutschen Bildungssystem. Josef Kraus, Vorsitzender des Deutschen Lehrerverbandes und Gymnasialdirektor in Bayern, kennt die Materie, über die er schreibt, aus seinem Berufsalltag. Er ist kein Theoretiker, sondern Praktiker und weiß daher, dass viele der vor allem politisch motivierten Theorien zum Thema Bildung sich spätestens bei der Umsetzung in die Praxis als wirklichkeitsfremd erweisen.

Kraus betont gleich zu Beginn seiner Ausführungen, warum das Leistungsprinzip so wichtig sei, denn wer es „bereits in der Schule untergräbt, setzt eines der revolutionären demokratischen Prinzipien außer Kraft. In unfreien Gesellschaften sind Geldbeutel, Geburtsadel, Gesinnung, Geschlecht Kriterien zur Positionierung eines Menschen in der Gesellschaft.“ Zudem sei die Leistungsbereitschaft von Millionen von Menschen die Basis eines funktionierenden Sozialstaates.

Bereits im zweiten seiner 33 knappen Punkte erklärt er, warum Schule keine Institution zur Herstellung von Gleichheit sei, wie es vor allem linke Politiker wünschen, sondern zur Förderung von Verschiedenheit und Individualität. „Verschiedenheit ist keine Ungerechtigkeit. Vielmehr ist nichts so ungerecht wie die gleiche Behandlung Ungleicher“, so Kraus. „Menschen kommen nun einmal unterschiedlich auf die Welt. Wer völlige Chancengleichheit will, müsste die Menschen entmündigen. Er dürfte beispielsweise ausschließlich die Schwächeren und Langsameren fördern. Die Stärkeren und Schnelleren müsste er den Eltern wegnehmen, sie aus der Schule verbannen ...“ Auch erklärt der Autor, warum aus seiner Sicht die Noten vieler Schüler immer besser würden: Nicht, weil die Schüler besser würden, sondern weil sich die Lehrer klagewütige Eltern vom Hals halten wollten.

Die Ganztagsschulen nehmen den Kindern Entwicklungschancen

Desweiteren geht der Autor auf die Vorteile des Sitzenbleibens ein, erklärt, wieso man Pisa-Bildungsstudien genauer betrachten sollte, und weist darauf hin, dass Gesamtschulen, deren Mehrwert er nicht erkennen kann, den Steuerzahler 25 bis 30 Prozent mehr kosten als andere Schulen. Auch das Märchen, dass eine um zwei Jahre verlängerte Grundschulzeit mehr Chancengleichheit schaffe, widerlegt er anhand von Studien.

Der Autor schwimmt mit vielen seiner Forderungen gegen den Strom und so begründet er mit guten Argumenten, warum in Zeiten, in denen selbst die CDU die Hauptschule abschaffen will, diese gefragter sein müsste als je zuvor. Nur eine Hauptschule könne sich den Bedürfnissen ihrer Zielgruppe annehmen. Die internationalen Forderungen nach einer Akademisierung der Gesellschaft passe nicht zu Deutschland mit seiner dualen Berufsausbildung. Überhaupt seien die Wirtschaftsdaten in jenen Regionen am besten, in denen es die wenigstens Abiturienten gebe. Dort finde man auch die geringste Jugendarbeitslosigkeit.

Auch erklärt der ehemalige CDU-Kandidat für das Kultusministerium in Hessen, warum er gegen den Zwang zur Ganztagsschule sei. „Ganztagsschule und Ganztagsbetreuung schränken das Spektrum kindlicher Erfahrungen ein. Damit geraten die sehr vielfältigen Möglichkeiten der Jugendarbeit an den Rand, nämlich die Angebote etwa der Sportvereine, der kirchlichen Jugendgruppen, der Musikschulen.“ Nur Schule wäre eine drastische Verarmung der Entwicklungschancen der Kinder, meint der Autor.

Gegen Ende äußert sich der Autor noch zum Thema Integration von Migrantenkindern und verweist in diesem Zusammenhang darauf, wie schädlich der jetzige Trend zu Privatschulen sei. Seine Argumente und Belege sind auch in diesem Fall schlüssig und faktenbezogen, was seine Ausführungen zu einer erfrischenden, bereichernden Lektüre macht.

Rebecca Bellano

***Josef Kraus: „Bildung geht nur mit Anstrengung. Wie wir wieder eine Bildungsnation werden können“**, Classicus Verlag, Hamburg 2011, broschiert, 101 Seiten, 9,90 Euro*

Das Leben muss weitergehen

Stefanie Zweig über die Rückkehr einer jüdischen Familie in ihr Zuhause



Wer kennt es nicht, wenn man sich mal wieder ärgert, weil man eine Erledigung oder einen Termin vergessen hat. Man wünscht sich das Gedächtnis des sprichwörtlichen Elefanten. Befasst man sich jedoch länger mit diesem Wunsch, so erscheint er einem plötzlich doch nicht mehr so attraktiv. Denn schließlich sind es Erinnerungen an schreckliche Ereignisse und Erfahrungen, welche uns abends nicht in den Schlaf finden oder uns nachts aus diesem hochschrecken lassen. Verdrängen kann man vieles, doch ist es unmöglich alle Auslöser zu meiden, welche diese negativen Erinnerungen wieder in uns hochkommen lassen.

So geht es im Roman „Neubeginn in der Rothschildallee“ der in Oberschlesien geborenen Stefanie Zweig auch den Familienmitgliedern der jüdischen Familie Sternberg, die den Zweiten Weltkrieg einigermaßen heil überstanden haben und durch einen glücklichen Zufall zurück in ihr Vorkriegs-Zuhause, in die Rothschildallee, ziehen dürfen. Viele Erinnerungen, zu viele, stürmen zuweilen auf jeden Einzelnen ein und manchmal erscheint es auch Großmutter Betsy so, als würde die Last der Erinnerungen an den Krieg und ihren Mann sie schier erdrücken.

Mit „Neubeginn in der Rothschildallee“ setzt die Bestsellerautorin Stefanie Zweig, auch bekannt durch den Roman „Nirgendwo in Afrika“, ihre erfolgreiche Roman-Serie über die jüdische Familie Sternberg fort. Was erwartete die heimkehrenden Juden, die den Krieg weitestgehend gesund überstanden hatten? Wie sollte man reagieren, wenn der nach dem Krieg wegen seiner NS-Vergangenheit gekündigte Gymnasiallehrer plötzlich einen jüdischen Mitbürger um eine Anstellung bat, als wäre nie etwas gewesen? Was sollte man denken, wenn der Postbote mit einem feinem Essservice der Marke Rosenthal vor der Tür stand, beauftragt von der Landesregierung, quasi als kleine Wiedergutmachung für die den Juden „entstandenen Unannehmlichkeiten“? Viele groteske Situationen und doch ging das Leben weiter. Und es war auch ein Neuanfang.

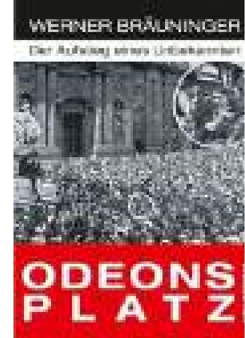
„Neubeginn in der Rothschildallee“, der vierte Teil der Familienchronik der Bestsellerautorin Stefanie Zweig, besticht durch die sehr lebendige, bildhafte Erzählweise, Menschlichkeit und einen unerschütterlichen Glauben an eine bessere Zukunft.

Vanessa Ney

***Stefanie Zweig: „Neubeginn in der Rothschildallee“**, Langen/Müller, München 2011, geb., 276 Seiten, 19,99 Euro*

Das Rätsel bleibt

Wie konnte Hitler so viel Macht erlangen?



Werner Bräuninger, Jahrgang 1965, ist sicherlich einer der interessantesten Autoren, die sich mit der deutschen Zeitgeschichte befassen. Aus immer wieder neuen Blickwinkeln betrachtet er die Ereignisse und eröffnet dabei Einblicke, die man bisher so nicht sah. Nachdem er sich mit Persönlichkeiten beschäftigt hatte, die zwar keine Nationalsozialisten waren, dennoch aber zeitweise in deren Bann geraten waren („Ich wollte nicht daneben stehen“), dann den Obersten Claus Schenk Graf v. Stauffenberg vor dem Hintergrund seiner Prägung durch den Stefan-George-Kreis geschildert, und zuletzt ein weithin beachtetes Werk über Hitler-Gegner unter führenden Nationalsozialisten vorgelegt hatte („Hitlers Kontrahenten in der NSDAP“), erschien unlängst sein neues Buch unter dem zunächst nichtssagenden Titel „Odeonsplatz“ und dem Untertitel „Der Aufstieg eines Unbekannten“. Gemeint ist Adolf Hitler, über den unendlich viel geschrieben wurde, den zu begreifen aber immer noch schwerfällt.

Tatsache ist, dass er einen kometenhaften Aufstieg vom armen Teufel zum Herrn über Deutschland machte, und diesen Weg erzählt Werner Bräuninger. Es ist kein wissenschaftlicher Schinken mit einer Unzahl von Fußnoten darraus geworden, sondern eine in gutem, teilweise glänzendem Deutsch geschriebene, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierende Erzählung.

Ein Platz als Schicksalsort

Der Münchener Odeonsplatz hatte, wie Bräuninger meint, für Hitlers gesamtes Leben eine geradezu mystische Bedeutung. Dort an der Feldherrnhalle wurde 1923 der Demonstrationszug, mit dem er seinen Putsch gegen die Reichsregierung vorantreiben wollte, von der bayerischen Landespolizei zusammengeschossen, womit aber der politische Aufstieg Hitlers begann. Und zur selben Stunde, in dem er seinem Leben ein Ende setzte, nahm die US-Armee den Odeonsplatz ein. Damit hatte sich, so Bräuninger, Hitlers Lebenskreis geschlossen.

Bräuningers Stärke besteht darin, dass er nicht isoliert den Lebensweg Hitlers darstellt, sondern ihn stets in Bezug setzt zu den Ereignissen. So wird er für den heutigen Leser verständlich. Doch sagt das noch nichts darüber aus, wie es einem Menschen, der zunächst ein Einzelgänger ohne jede Unterstützung war, gelang, sich zum Herren Deutschlands zu machen. So sehr man seine einzelnen Taten zu verstehen glaubt, wird sein Aufstieg umso rätselhafter. So bleibt, wie Bräuninger schreibt, „am Ende das Mysterium“. *Hans-Joachim von Leesen*

***Werner Bräuninger: „Odeonsplatz. Der Aufstieg eines Unbekannten“**, Universitas Verlag, Wien 2011, geb., 272 Seiten, 22 Euro*

Über die See verbunden

Hafenstädte der Ostsee beeindruckend dargestellt



Traumhafte Ostseestädte und das „nicht nur für Kreuzfahrer“ – Eberhard Petzold lädt zu einer fotografischen Reise entlang der Ostseeküste ein und stellt 14 Hafenstädte vor. Die Ostsee – ein großes Binnenmeer nur durch die schmale Meerenge „Kattegat“ oder durch den Nord-Ostsee-Kanal erreichbar. Das führte zu einer engen wirtschaftlichen Verbundenheit der Anrainerstaaten und eine langjährige gemeinsame Geschichte, wobei es durch den Zweiten Weltkrieg und die Auflösung der Sowjetunion große staatliche Veränderungen gegeben hat. Heute ist die Ostsee eine hochentwickelte, wachsende Wirtschaftsregion mit vielfältigem Schiffsverkehr durch Fähren, Handelsschiffe und Kreuzfahrtschiffe.

Petzold hat in über 200 Fotos den besonderen Charme und die Einzigartigkeit der ausgewählten Hafenstädte der Ostsee festgehalten. Er zeigt die vielfältige Architektur, geschäftige Häfen sowie Kultur und Bräuche, die jede Stadt einzigartig machen.

Die Reise beginnt in Kiel, eine Stadt, in der durch Bombardement im Zweiten Weltkrieg fast alle historischen Gebäude im Stadtkern zerstört wurden. In Kopenhagen findet man sowohl „königliche“ Traditionen als auch alternatives Leben im Stadtteil Christiana. Stockholm zeichnet sich durch eine romantische Altstadt, viele Grünanlagen und Wasserwege aus. In Helsinki trifft der Reisende auf eine faszinierende Mischung aus Ost und West. St. Petersburg, die ehemalige Hauptstadt des russischen Kaiserreiches und Weltkulturerbe der Unesco, lockt mit prunkvollen Palästen. An Bräuche und Traditionen der baltischen Hafenstädte Reval [Tallin], Riga und Memel [Klaipeda] werden vorgestellt. Unter dem Namen „Kaliningrad“ wird Königsberg als im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigte Stadt im Wandel mit Überbleibseln der deutschen Vergangenheit, Relikten aus Sowjetzeiten und Sehenswürdigkeiten der Gegenwart porträtiert. Danzig ist inzwischen um die Hafenstadt Gdingen und das Seebad Sopot gewachsen. Mit Stettin als pommersche Metropole und den Hansestädten Rostock und Lübeck wird die Rundreise um die Ostsee abgeschlossen.

Jenseits der üblichen Sehenswürdigkeiten

Jede Stadt wird durch die besonderen Fotos, die sowohl den Charakter der Stadt, aber auch das bunte Leben auf den Straßen eingefangen haben, porträtiert. Die interessanten Texte von Meißner, der auch jenseits der üblichen Sehenswürdigkeiten viele Details über die Geschichte und das Leben in den Städten zu berichten weiß, machen das Buch zu einem Lesevergnügen. *Britta Heitmann*

***Eberhard Petzold: „Hafenstädte der Ostsee. Nicht nur für Kreuzfahrer“**, Koehler, Hamburg 2011, geb., 176 Seiten, 19,90 Euro*

MELDUNGEN

Lego gefährdet Mädchen

Billund – Ab März will die Spielzeugfirma Lego mit den Figuren Mia, Stephanie, Olivia, Andrea und Emma endlich mehr Mädchen-Herzen begeistern, denn bisher spielen vor allem Jungs mit den Produkten des Unternehmens. Doch schon jetzt sieht sich Lego mit Widerstand konfrontiert. Die schlanken, sportlichen Figuren stellen eine Gefahr für Mädchen dar, so Feministinnen, denn sie beeinflussten die geschlechtsspezifische Ausrichtung und legten den Grundstein für Magersucht. *Bel*

Ex-Oligarch nun im Pen-Club

St. Petersburg – Ex-Jukos-Chef Michail Chodorkowskij ist seit kurzem Mitglied des internationalen Schriftstellerverbandes „Pen-Club“. Die St. Petersburger Sektion des renommierten Clubs lehnte einen entsprechenden Antrag der bekannten Autoren Daniil Granin und Boris Strugatzki zunächst ab, weil der Ex-Oligarch kein Schriftsteller sei. Der Inhaftierte hat nun die erforderlichen drei Publikationen vorgelegt. *MRK*

ZUR PERSON

Gegner der Muslimbrüder

Er ist wohl Ägyptens bekanntester Querdenker. Nie passte er in irgendeine Zeit, doch die wechselnden Herrscher über das Land am Nil ließen ihn stets gewähren. Ob dies auch noch gilt, wenn Muslimbrüder und Salafisten im ägyptischen Parlament ihre Arbeit aufgenommen haben, wird sich zeigen, denn **Gamal al-Bana** ist einer ihrer schärfsten Kritiker. Dabei ist der gläubige Moslem der Bruder des Gründers der Muslimbrüder. Auch heute noch spricht der 91-Jährige voller Hochachtung für seinen bereits 1949 ermordeten Bruder Hassan, doch dessen Werk heißt er keineswegs gut.

„Die haben es in mehr als 80 Jahren nicht hinbekommen, ein tragfähiges politisches Konzept zu entwickeln“, kritisiert Gamal al-Bana die Muslimbrüder, die bei den ersten freien Wahlen in Ägypten mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen konnten. Dies sei allerdings auch nicht möglich, da die islamische Scharia kein politisches Programm sei, so der sich im Mao-Aufzug kleidende ehemalige Gewerkschaftsführer. Am Beispiel Saudi-Arabiens, des Irans und des Sudans könne man sehen, wohin die Versuche, die Scharia als Grundlage für einen Staat zu nehmen, geführt hätten.



Über 100 Bücher über Gewerkschaften, den Kapitalismus und den Islam hat Gamal al-Bana verfasst. Für ihn gibt der Koran zwar Allahs Worte wieder, doch das hindere den Gläubigen nicht daran, sich eine eigene Meinung zu bilden und den Islam zu modernisieren. Kopftücher für Frauen hält er für mittelalterlichen Unsinn und spricht sich für Gleichberechtigung bis hin in die Moscheen als Vorbeterinnen aus. Doch die Muslimbrüder hält er für reform- und regierungsunfähig. Zudem gebe es unter ihnen viele Strömungen, so dass sie sich in einer Regierung mit den Salafisten zerstreiten und für die Bürger entzaubern würden. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Von der DDR lernen

Warum man besser die CSU »beobachten« sollte, wem die Deutschen vertrauen, und wie sich das Bürgertum selbst unter Feuer nimmt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die Empörung der Linkspartei und ihrer Freunde will nicht abflauen: Linksextremisten werden vom Verfassungsschutz beobachtet. „Unerträglich“ findet das Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger von der FDP. Die Linke selbst fühlt sich um die Früchte ihres harten Kampfes gegen Rechts betrogen. Der hat ja zum Ziel, dieses Land von den letzten Resten der finsteren „Adenauer-Republik“ zu reinigen. In jener berüchtigten Epoche kämpften die Demokraten noch gemeinsam gegen Kommunisten und Nazis, gegen Extremisten von links und von rechts, was man den „antitotalitären Konsens“ nannte.

In der DDR herrschte seinerzeit der „antifaschistische Konsens“ der SED. Den hätten die Linken gern wieder, und waren deshalb zufrieden und auch ein bisschen stolz, wie nach und nach immer mehr Demokraten in ihr antifaschistisches Horn blockflöteten. Unlängst haben ein paar hessische CDU-Landtagsabgeordnete sogar ihren gemeinsamen Mitarbeiter an die Luft gesetzt, weil die Linkspartei es verlangte. Wie formulierte es Ulbricht noch gleich? „Es muss alles demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Genau.

Doch nun das: Da wirft man den Linken vor, Geld zu sammeln für die kubanische Diktatur, Freundschaft zu halten mit Terroristen, die Diktatur des Proletariats anzustreben oder Wege zum Kommunismus zu beschreiten, und nimmt das zum Anlass, sie wegen mangelnder Grundgesetztreue zu „beobachten“! Grundgesetz! Hat da mal jemand reingeschaut? Da steht beispielsweise drin, dass jeder die gleichen Rechte genieße, unabhängig von seiner politischen Überzeugung. Das heißt also, dass auch derjenige sich frei äußern darf, der nichtlinken oder gar rechtsverdächtigen Vorstellungen anhängt. Dabei ist es doch antifaschistischer Konsens, dass die Nichtlinken die Meinungsfreiheit nur frech „missbrauchen“, weshalb man denen „kein Podium geben darf“.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich stellt eine ernste Gefahr dar für diesen Konsens, auf dem die Deutsche Demokratische Bundesrepublik aufgebaut werden soll. Folgerichtig spielen fortschrittliche Kräfte mit dem Gedanken, Herrn Friedrich und seine CSU lieber selbst unter „Beobachtung“ zu stellen.

Immerhin weiß jetzt jeder, dass er sich warm anziehen muss, wenn er gegen den antifaschistischen Konsens verstößt. Damit sind wir zwar noch nicht lange nicht wieder in der DDR angekommen, aber doch schon ein gutes Stück weiter.

Vom Arbeiter- und Bauernstaat haben wir ohnehin schon viel mehr übernommen, als man auf den ersten Blick erkennt. Faszinierend war beispielsweise die Fähigkeit der DDR-Oberen, das offenkundige Desaster ihres Staates selbst über seinen völligen Zusammenbruch hinaus einfach wegzuschwafeln. Damit konnten sie jeden noch so großen Abstand zwischen Ideologie und Wirklichkeit mühelos überbrücken.

> Hurra: Wegen der niedrigen Zinsen spart Deutschland Milliarden! Fragt sich nur, bei wem?

Mit anderen Worten: Die DDR funktionierte genauso wie die Euro-Rettung. Schon wieder ist da jetzt ein „Sieg“ errungen, ein „großer Fortschritt“ erzielt worden. Die steilen Sprüche vom jüngsten EU-Gipfel bergen die gleiche Ironie wie die knallroten SED-Transparente, die auf moderner Fassade den Sieg des Sozialismus verkündeten. Das Vertrauen in die Partei der Arbeiterklasse ist bloß dem „Vertrauen in die Zukunft unserer gemeinsamen Währung“ gewichen.

Unser Vertrauen ist die Waffe, mit der wir die Wirklichkeit in die Flucht schlagen. Man stelle sich vor: Selbst schwerstverliebte Paare schließen vorsichtshalber einen Ehevertrag ab, damit, falls doch nicht alles so läuft, die eine Seite die andere nicht in den finanziellen Ruin zerren kann. Anders in Europa: Per ESM-Vertrag legt Deutschland sein finanzielles Schicksal ohne Rücktrittsklausel vertrauensvoll in die Hände von Griechen, Portugiesen oder Italienern. Die Rechnung des treuen Michel ist einfach: Wenn wir denen schon solch überschwängliches Vertrauen entgegenbringen, dann können die ja gar nicht anders, als sich anständig aufzuführen. Wir werden sehen.

Je unübersehbarer das Fiasko der DDR wurde, desto lauter wurden die Menschen im Lande darüber aufgeklärt, welche Vorteile ihnen der Sozialismus bot und was für ein Inferno auf sie wartet, wenn die kapitalistische Ausbeutergesellschaft zurückkehrt. In ähnlicher Manier werden wir heute immer eindringlicher belehrt, welche Vorzüge gerade wir Deutsche wegen des Euro genießen und was für ein apokalyptischer Absturz uns blüht, falls die Mark wiederkommen sollte.

Allein der Export, der wäre über Nacht tot. Soll wohl heißen: Die reichen Chinesen kaufen deutsche Autos nur deshalb, weil auf Zypern mit dem selben Geld bezahlt wird wie bei uns. Den Zusammenhang kapieren Sie nicht? Kein Wunder, der Euro ist halt ein „Zukunftsprojekt“ wie einst im Mai der Sozialismus, und den haben wir Krämerseelen ja auch nicht verstanden.

Neuerdings lesen wir zudem, dass „Deutschland Milliarden spart“, weil die Bundesrepublik für ihre Staatsanleihen kaum oder gar keine Zinsen mehr zahlen muss oder sogar noch etwas von den Anlegern dazubekommt, die unserem Staat ihr Geld pumpen („negative Zinsen“). Alles wegen des Euro! Ist das nicht fabelhaft?

Erstens: Aber sicher doch! Zweitens: Schaun mer mal. Denn wer sind denn überhaupt diese masochistischen „Anleger“? Beispielsweise deutsche Banken und Versicherer. Und an wen reichen die ihre mickrigen Renditen weiter, für die sie „Deutschland“ das Geld leihen? Bingo. Man muss gar nicht unpopulär die Steuern erhöhen, um ans Geld der Mittelschicht zu gelangen. So geht's auch, nur dass das kaum einer merkt. Oder erst, wenn er seine Lebensversicherung einstreichen will und sich fragt, was aus den sagenhaften Renditeversprechen geworden ist. Doch dann beschimpft er ja nicht die Politik, sondern seinen Versicherungskonzern, während sich Minister Schäuble im Fernsehen für seine märchenhaften Erfolge bei der Absenkung der deutschen Zinslast bewundern lässt. Und dafür, dass er den Spekulanten am Kapitalmarkt eine Nase gedreht hat mit seinen „Negativ-Zinsen“.

Ähnlich funktioniert auch die populäre „Finanz-Transaktions-Steuer“. Die wollten wir ja immer schon, um den Spekulanten das Spekulieren zu vermiesen. Bluten sollen sie! Laut einer Umfrage gehen drei Viertel der deutschen Anlageberater davon aus, dass die betroffenen Finanzinstitute die Kosten der Steuer eins zu eins an ihre Kunden weiterreichen werden, also an uns.

Diese modernen Politiker sind wirklich Künstler, sie haben aus den Fehlern ihrer aristokratischen Vorgänger gelernt: Die hatten ihre liebe Not mit aufgebrachten Bürgern, die auf Barrikaden stiegen und von da aus uralte Herrscherhäuser zum Teufel jagten.

Um deren traurigem Schicksal nicht teilen zu müssen, sorgen die heutigen Politiker dafür, dass sich das Bürgertum auf den Barrikaden gewissermaßen selbst bekämpft. In der Propaganda geht es stets gegen die „Reichen“, die „Spekulanten“ oder ähnliches Kroppzeug, das wir aus tiefster Seele hassen – weshalb wir unsere Volksvertreter dankbar anfeuern bei ihren Strafexpeditionen gegen das Gesindel. Erst, wenn später die Gesetze und Maßnahmen gegen das Kapitalistenpack da sind und wirken, merken wir, dass es in Wahrheit mal wieder gegen uns kleine Otto Normalverdiener ging.

Ähnlich unbeliebt wie die „Spekulanten“ sind eigentlich nur noch die „Energie-Riesen“. Das ist der Politik nicht verborgen geblieben, weshalb sie auch aus deren schlechtem Ansehen einen Pfeil geschnitzt hat gegen ... Sie wissen schon. Entsinnen Sie sich, wie begierig wir darauf waren, dass der umweltzerstörenden Atom- und Kohlelobby ordentlich die Hosen runtergezogen werden? Das stolze Resultat war das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG), das jedermann heute von seiner Stromrechnung kennt.

MEINUNGEN

Der ehemalige BDI-Chef ***Hans-Olaf Henkel*** *kritisierte am 25. Januar bei „Focus online“ die* ***„Feigheit*** *der deutschen* ***Eliten****“:*

„Die Politik wird den Euro über Wasser halten, koste es die Deutschen, was es wolle. Unsere Politiker sind unfähig, einen Fehler zuzugeben, und werden bis zum bitteren Ende weitermarschieren. Das haben wir in der deutschen Geschichte schon zweimal erleben müssen. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Zone schwer beschädigt. Wenn es sein muss, wird Finanzminister Schäuble auch den Euro-Bonds den Weg ebnen.“

Horst von Buttlar *zweifelt in der „Financial Times Deutschland“ vom 23. Januar an dem reibungslosen Ablauf der* ***Energiewende****. Und bevor wir irgendwann im Dunkeln sitzen, rät er:*

„Ein kleiner Vorschlag: Warum, wenn uns die Zeit und Geld fehlt, schalten wir nicht einfach ein paar Meiler wieder an? Das würde sich allein schon lohnen, um das empörte Gesicht von Claudia Roth zu sehen. Im Ernst: Es ist nicht so, dass ich mich nach Krümmel und Brunsbüttel sehne oder eine Rückkehr ins Atomzeitalter wünsche. Was uns fehlt, ist Coolness und Pragmatismus, die Bereitschaft zu Korrekturen.“

Die ***Linke-Politikerin Christin Löchner*** *schrieb in einem Antwortbrief an einen kritischen Bürger* ***zur Vertreibung****:*

„Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod, beglückwünsche Polen für das erlangte Gebiet und die Tschech/innen für die verdiente Ruhe vor den Sudetendeutschen.“

Schulden-Bolschewismus

Wer zählt die Summen, schon vertan,
wer nennt sie, all die Namen,
die da für Volksbetrug und Wahn
bisher zusammenkamen?

Doch wieder sollen kurz vorm Knall
zum Zwecke Gelder fließen,
die sich mit reichem, vollen Schwall
ins schwarze Loch ergießen!

Erhöhen heißt es lapidar,
was aufgestockt, erweitert,
verdoppelt und dergleichen war
und gallig bloß erheitert:

Nach Schirm, Paket und Fonds konkret,
dann Sixpack, Feuermauer
samt Hebel und Fazilität
jetzt ein Fiskalpakt, schlauer!

Man ist zu Ende mit Latein,
nur stellt zum Trost der Seelen
sich stets ein neues Gutwort ein,
wo längst Begriffe fehlen.

Kein Wunder, man versteht sich ja
perfekt aufs Euphemistisch,
verkauft als Rettung – blablabla –
wohl Eiter gar aus Fisteln.

Denn Schulden-Bolschewismus pur
ist höchste Glaubenslehre,
und weil drum wider die Natur,
wär' Klartext Straftat, schwere!

Hier wendet sich als Folge draus
erst recht kein Gast mit Grausen –
doch werden wir im eignen Haus
bald selbst als Fremde hausen ...

Pannonicus